

PROTOKOLL

der 17. Sitzung des Grossen Gemeinderates
Amtsduer 2014-2018
2. Amtsjahr 2015/2016

Datum Donnerstag, 17. Dezember 2015, 18.30 Uhr, Doppelsitzung
Ort Stadthausaal, Effretikon

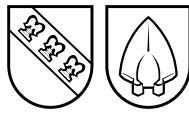
Teilnehmer/innen

Vorsitz Ratspräsident Stefan Eichenberger, JLIE

Protokoll Marco Steiner, Ratssekretär

Anwesend 36 Mitglieder des Grossen Gemeinderates:

Baracchi-Meier Marianne, SVP
Bischof-Schwarz Tanja, EVP
Büecheler André, SVP
Eichenberger Stefan, JLIE
Gavin David, SP
Gehri Hans-Jürg, BDP
Gut Urs, GP
Hafen Stefan, SP
Hari Daniel, EVP
Hasler Andreas, GLP
Hildebrand Thomas, FDP
Hiltbrunner Christian, SVP
Huber Daniel, SVP
Hürzeler Markus, CVP
Käppeli Michael, FDP
Kempf Herbert, SVP
Kindlimann Adrian, SP
Kuhn Ueli, SVP
Miauton Roger, SVP
Molina Fabian, JUSO
Morf Katharina, FDP
Müller Matthias, CVP



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Fortsetzung

Nufer Daniel, SP
Nuzzi Marco, FDP
Peier Silvana, SP
Piatti Raffaella, JLIE
Rohner Paul Martin, SVP
Röösli Brigitte, SP
Schmausser Erik, GLP
Stiefel Peter, FDP, ab 19.40 Uhr
Truninger René, SVP
Vögeli Michèle, JLIE
Vollenweider Peter, BDP
von Bassewitz Heinrich, SVP
Wohlgensinger Peter, SVP
Zimmermann Hans, GP

9 Mitglieder des Stadtrates:

Müller Ueli, SP, Stadtpräsident, Ressort Präsidiales
Klossner-Locher Erika, FDP, Ressort Schule, 1. Vizepräsidentin
Fürst Reinhard, SVP, Ressort Hochbau, 2. Vizepräsident
Bättig André, FDP, Ressort Jugend und Sport
Ottiger Mathias, SVP, Ressort Gesundheit
Wespi Philipp, FDP, Ressort Finanzen
Weiss Urs, SVP, Ressort Tiefbau
Wüst Samuel, SP, Ressort Soziales
Wyss Salome, SP, Ressort Sicherheit
Wettstein Peter, Stadtschreiber

Entschuldigt

Mitglieder des Grossen Gemeinderates:

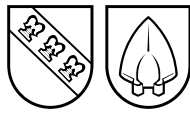
keine

Mitglieder des Stadtrates:

keine

Weibeldienst

Tagesweibelin, Nadine Fabregat, nach entsprechender Wahl



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

TRAKTANDEN

1. Mitteilungen
2. Geschäft-Nr. 055/15
Antrag des Stadtrates betreffend Gesamtrevision Ortsplanung, Genehmigung des Rahmenkredits und Bestellung der Ortsplanungskommission – Fortsetzung der Ratsdebatte
3. Wahl der Mitglieder der Ortsplanungskommission;
Abordnung des Grossen Gemeinderates
4. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Rechnungsprüfungskommission RPK für den Rest der Amtsdauer 2014-2018
5. Geschäft-Nr. 058/15
Antrag des Stadtrates zur Genehmigung des Voranschlages 2016 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2017/21
6. Geschäft-Nr. 067/15
Dringliche Interpellation Christian Hiltbrunner, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Änderung Aufnahmequote für Asylsuchende per 01.01.2016 – Begründung
7. Geschäft-Nr. 068/15
Interpellation Michèle Vögeli, JLIE, und Mitunterzeichnende, betreffend Unterbringung von Flüchtlingen in Illnau-Effretikon – Begründung
8. Geschäft-Nr. 050/11
Postulat Samuel Wüst, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Gemeindebibliothek Illnau – Beantwortung
9. Geschäft-Nr. 053/15
Interpellation Erik Schmausser, GLP, und Mitunterzeichnende, betreffend nachhaltige Beschaffung – Beantwortung

ERÖFFNUNG DER SITZUNG

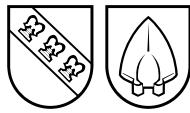
Ratspräsident Stefan Eichenberger, JLIE, eröffnet die 17. Sitzung des Grossen Gemeinderates Illnau-Effretikon der Amtsdauer 2014-2018, im zweiten Amtsjahr 2015/2016. Wie publiziert und angekündigt, wird diese Sitzung als Doppelsitzung geführt. Sie wird in Anlehnung an Art. 16 Abs. 3 GeschO GGR an geeigneter Stelle durch eine kurze Pause unterbrochen.

FESTSTELLUNG BESCHLUSSFÄHIGKEIT

Die Voraussetzungen für die ordnungsgemässe Durchführung der Sitzung des Parlamentes sind erfüllt. Die Einladung ist rechtzeitig und ordnungsgemäss erfolgt. Mindestens die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend, der Rat somit beschlussfähig (Art. 19 GeschO GGR).

Folgende Ratsmitglieder liessen sich für die heutige Teilnahme an der Sitzung des Rates entschuldigen:

- Keine Abmeldungen.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Einzig Gemeinderat Peter Stiefel, FDP/JLIE, und Stadtrat Mathias Ottiger, SVP, Ressort Gesundheit, haben späteres Erscheinen in Aussicht gestellt.

ZÄHLUNG DER ANWESENDEN RATSMITGLIEDER

Der Ratspräsident lässt durch die Stimmzählenden die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder feststellen.

Die Zählung ergibt 35 anwesende Mitglieder.

Abzüglich der Stimme des Präsidenten ergibt sich eine Zahl der stimmberechtigten Personen von 34. Die Zahl des absoluten Mehres liegt bei 18 Stimmen.

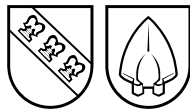
ERLASS DER TRAKTANDENLISTE

Der Ratspräsident fragt den Rat an, ob er Änderungen zur Traktandenliste wünscht. Dies zeigt sich nicht an. Somit werden die Geschäfte in Art und Reihenfolge gemäss angesetzter Tagesliste behandelt.

WAHL EINES TAGESWEIBELDIENSTES

Für die Verrichtung des Weibeldienstes anlässlich der heutigen Sitzung ist infolge Ausfall des ordentlichen Ratsweibels ein Tagesdienst zur Erfüllung dieser Funktion zu bezeichnen. Das Ratsbüro schlägt Nadine Fabregat, Sachbearbeiterin in der Abteilung Präsidiales und mit dem Ratsbetrieb bestens vertraut, zur Wahl vor.

Nachdem der Rat den Vorschlag nicht vermehrt, erklärt der Vorsitzende die Vorgeschlagene als gewählt.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

BESTAND DES GREMIUMS

Gemeinderat Fabian Molina, SP, hat das Büro des Grossen Gemeinderates darüber in Kenntnis gesetzt, wonach er beim Bezirksrat Pfäffikon um Entlassung aus seinem Amt als Mitglied des Grossen Gemeinderates ersucht habe. Der Bezirksrat hat der Entlassung noch nicht stattgegeben; es ist aber davon auszugehen, dass er den Stadtrat alsbald anweisen wird, die Nachbezeichnung vorzunehmen.

RATSAUSFLUG

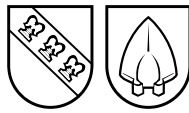
Der Ratspräsident gibt bekannt, wonach der diesmalige Ratsausflug erstmals wieder als zweitägige Veranstaltung durchgeführt werde. Die Reise führt am Freitag bzw. Samstag, 20. und 21. Mai in die deutsche Partnerstadt nach Grossbottwar. Der Vorsitzende ersucht um Vormerkung der Daten. Eine dezidierte Einladung ergeht in den nächsten Tagen; die Anmeldung wird bis Ende Januar erforderlich, damit das Ratssekretariat die entsprechenden Dispositionen vorsehen kann.

1. MITTEILUNGEN

EINGANG NEUER GESCHÄFTE

Seit der letzten Sitzung sind folgende Geschäfte eingegangen:

| Gesch.-Nr. | Geschäftstitel | Status: Datum Eingang/ Frist Beantwortung/ Mahnung | Zuteilung Kommission Vorberatung |
|------------|---|---|--|
| 063/15 | Antrag des Stadtrates betreffend Kenntnisnahme des Voranschlages 2016 und des Finanzplanes 2016-2020 des Alterszentrums Bruggwiesen | E: 22.10.2015 | RPK |
| 064/15 | Antrag des Stadtrates betreffend Bauabrechnung Sportzentrum Effretikon, Sanierung und Ausbau 3. Etappe | E: 05.11.2015 | RPK |
| 065/15 | Anfrage Christian Hiltbrunner, SVP, betreffend BVK Entwicklung | E: 05.11.2015 | -- |
| 066/15 | Anfrage Thomas Hildebrand, FDP, und Mitunterzeichnende, betreffend Ausschreibung Mahlzeitendienst AZB | E: 05.11.2015 | -- |
| 067/15 | Dringliche Interpellation Christian Hiltbrunner, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Änderung Aufnahmequote für Asylsuchende per 01.01.2016 | E: 16.11.2015 | -- |
| 068/15 | Interpellation Michèle Vögeli, JLIE, und Mitunterzeichnende, betreffend Unterbringung von Flüchtlingen in Illnau-Effretikon | E: 16.11.2015 | -- |
| 069/15 | Antrag des Stadtrates betreffend Naturschwimmteich Bisikon; Genehmigung der Bauabrechnung | E: 19.11.2015 | RPK |



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

| Gesch.-Nr. | Geschäftstitel | Status: Datum Eingang/ Frist Beantwortung/ Mahnung | Zuteilung Kommission Vorberatung |
|------------|---|---|--|
| 070/15 | Antrag des Stadtrates betreffend Aufwertung und Erschliessung Areal Moosburg; Genehmigung der Bauabrechnung | E: 03.12.2015 | RPK |

ANTWORTEN ZU PARLAMENTARISCHEN VORSTÖSSEN

Geschäft-Nr. 050/11

Postulat Samuel Wüst, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Gemeindebibliothek Illnau

Die Antwort des Stadtrates gemäss Auszug aus dessen Protokoll vom 19. November 2015 wurde dem Grossen Gemeinderat mit Newsletter vom 26. November 2015 kenntlich gemacht. Das Geschäft ist anlässlich der heutigen Sitzung zur Behandlung traktandiert (vgl. Traktandum 8).

Geschäft-Nr. 053/15

Interpellation Erik Schmausser, GLP, und Mitunterzeichnende, betreffend nachhaltige Beschaffung

Die Antwort des Stadtrates gemäss Auszug aus dessen Protokoll vom 19. November 2015 wurde dem Grossen Gemeinderat mit Newsletter vom 26. November 2015 kenntlich gemacht. Das Geschäft ist anlässlich der heutigen Sitzung zur Behandlung traktandiert (vgl. Traktandum 9).

EINGANG VON ABSCHIEDEN DER VORBERATENDEN KOMMISSIONEN

RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION RPK:

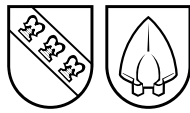
Geschäft-Nr. 058/15

Antrag des Stadtrates zur Genehmigung des Voranschlages 2016 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2017/21

Der Abschied der Rechnungsprüfungskommission vom 30. November 2015 wurde dem Grossen Gemeinderat mit Newsletter vom 2. Dezember 2015 kenntlich gemacht. Das Geschäft ist anlässlich der heutigen Sitzung zur Behandlung traktandiert (vgl. Traktandum 5).

GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION GPK:

Keine Eingänge.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

VERTRETUNG DES PRÄSIDIUMS NACH AUSSEN

- Teilnahme an den Eröffnungsfeierlichkeiten eines in der Station Illnau untergebrachten Fitness-Centers
- Teilnahme an den Würdigungsfeierlichkeiten der Metzgerei Buffoni für prämierte Wurstwaren

WEITERE MITTEILUNGEN

FRAKTIONS- ODER PERSÖNLICHE ERKLÄRUNGEN

Gemeinderat Matthias Müller, CVP, verliest eine Fraktionserklärung der CVP.

Starke Familienstrukturen bilden das Rückgrat der Gesellschaft. Das Credo der CVP widerspiegle sich in den beiden Konzeptionspapieren, die der Stadtrat Anfang Dezember in Form des Konzeptes Primokidz im Bereich der frühen Förderung von Kindern und mit dem Alterskonzept 2016-2023 veröffentlicht habe.

Beide Bereiche würden durchaus Ähnlichkeiten aufweisen: Nebst gesetzlich verankerten Leistungen der öffentlichen Hand seien ergänzende Angebote, die im Rahmen von Freiwilligenarbeit grösstenteils ehrenamtlich getragen würden, unerlässlich.

Die CVP freue sich über den Umstand, wonach sich der Stadtrat nun erstmals etwas systematischer mit dem Bereich der frühen Förderung von Kindern auseinandergesetzt habe.

Die Freude sei aber nicht von überschwänglicher Ausprägung – sie werde durch die an die Tag gelegte Qualität des Konzeptes getrübt. Obschon – oder vielleicht gerade weil – sich der Stadtrat am übergeordneten Rahmen der in diesem Bereich tätigen Jacob Foundation orientiert habe, weise das Konzept Lücken und Fehler auf.

Gemeinderat Müller erlaube sich die Darlegung dieser klaren Haltung, da er selbst als Mitglied der Projektgruppe im Impressum des Konzeptes aufgeführt sei. Notabene sei er dabei mit der Funktion „Mitglied des Grossen Gemeinderates“ bezeichnet, was ohnehin einen falschen Eindruck erwecke, habe er seitens des Grossen Gemeinderates doch gar kein Mandat für eine Mitarbeit inne.

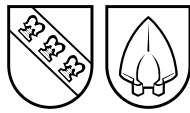
Fakt sei, wonach Matthias Müller sich im Herbst 2013 als jahrelanger ehrenamtlicher Co-Organisator des „VaKi-Zmorge“ im Pavillon Watt für eine Mitarbeit in der Arbeitsgruppe gemeldet habe und erst später in das Stadtparlament gewählt worden sei.

Die Mitglieder der Projektgruppe hätten insbesondere zur Situationsanalyse wichtige Grundlagen geliefert. Es sei nun als mehr als schade zu bezeichnen, dass das Konzept es nicht vermöge, die Ist-Situation einigermaßen korrekt und vollständig darzustellen.

Aus Sicht der CVP wurde mit dem Konzept die Chance vertan, eine dringend nötige Gesamtschau herzustellen. Schade sei auch, dass die Frage nach der Stellung der freiwillig und ehrenamtlich geleisteten Arbeit im Konzept offen bleibt. Dass es durchaus möglich sei, diesen Sachverhalt seriös und mit der nötigen Sensibilität zu erörtern, zeige das umfassende Alterskonzept. Hier sei von professioneller Begleitung der Freiwilligenarbeit die Rede, von aktiver Förderung und Wertschätzung.

Das nachfolgende Zitat stamme aus dem Alterskonzept – unter Weglassung zweier Wörter fände es 1:1 auch im Bereich der frühkindlichen Förderung Anwendung:

„Für eine gut funktionierende Freiwilligenarbeit bedarf es flankierender Unterstützung seitens der Stadt. Gute Rahmenbedingungen fördern die Freude und Motivation von freiwillig engagierten Personen und stellen einen wichtigen Faktor für eine längerfristige Bindung dar.“

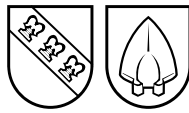


PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Der CVP sei es wichtig, wonach Freiwilligenarbeit auch bei gesellschaftlichen Kernthemen ihren Platz habe. Mit dem Schlagwort der „Partizipation“ allein – wie es im Konzept Primokiz der Fall ist – sei es aber definitiv nicht getan. Wer sich im frühkindlichen Bereich freiwillig engagiere, sei häufig selber Mutter oder Vater, und von der Erziehungs- und/oder Erwerbsarbeit stark gefordert. Für ein umfassendes ehrenamtliches Engagement fehle hier schlicht oft die Zeit.

Die CVP ersucht den Stadtrat, sich bei der weiteren Umsetzung des Projektes Primokiz vom Begriff der partnerschaftlichen Zusammenarbeit leiten zu lassen; denn eines sei klar: Partnerschaft bedeute mehr als, dass „der Partner schafft“.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

2. GESCHÄFT-NR. 055/15

Antrag des Stadtrates betreffend Gesamtrevision Ortsplanung, Genehmigung des Rahmenkredits und Bestellung der Ortsplanungskommission – Fortsetzung der Ratsdebatte

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet mit Beschluss-Nr. 156/15 dem Grossen Gemeinderat mittels Auszug aus dem stadträtlichen Protokoll vom 3. September 2015 folgenden Antrag:

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 3 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

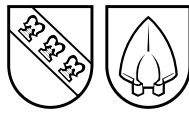
1. Für die Gesamtrevision der Ortsplanung der Stadt Illnau-Effretikon inklusive des Gebiets der jetzigen Gemeinde Kyburg, wird ein Kredit von Fr. 400'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 400.5810.61 Gesamtrevision Ortsplanung, bewilligt.
2. Für die Begleitung der Planungsarbeiten wird eine Ortsplanungskommission, bestehend aus 13 Mitgliedern bestellt. Ihr gehören an:

| | |
|--|---------------|
| - Abordnung des Grossen Gemeinderates | 5 Mitglieder |
| - Mitglieder der Stadtentwicklungskommission | 8 Mitglieder |
| - Total | 13 Mitglieder |
3. Der Grosse Gemeinderat wird eingeladen, seine Abordnung zu bezeichnen.
4. Ziffer 1 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.
5. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Stadtrat, zweifach
 - b. Stadtentwicklungskommission
 - c. Abteilung Finanzen
 - d. Abteilung Hochbau
 - e. Abteilung Präsidiales, dreifach

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die separaten Akten verwiesen.

ABSCHIED DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION (GPK)

Die Vorbereitung dieses Geschäftes fand durch die Geschäftsprüfungskommission GPK statt. Mit Schreiben vom 6. Oktober 2015 unterbreitet die GPK dem Gesamtrat einen einstimmigen Antrag, wonach sie Unterstützung der stadträtlichen Vorlage empfiehlt. Der detaillierte Wortlaut ergibt sich aus dem separaten Kommissionsabschied.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Dem Abschied widerfuhr nach dessen Publikation eine Korrektur bezüglich einer offensichtlich falschen Annahme materieller Natur. Die Fraktionspräsidien wurden über diesen Umstand in Kenntnis gesetzt.

PLENARDEBATTE

Die Beratung zum vorstehenden Geschäft wurde bereits anlässlich der 16. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 5. November 2015 lanciert, sie ist im Zuge der Debatte mittels Ordnungsantrag von Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, aber unterbrochen worden. Die Verhandlungen werden fortgeführt – die Führung einer Eintretensdebatte wird somit obsolet.

Der Ratspräsident rezitiert die zum gegebenen Zeitpunkt bestehenden Anträge:

ANTRAG 1

Antrag des Stadtrates:

8 Personen durch den Stadtrat bestimmt (Stadtentwicklungskommission) +

5 Personen durch den Grossen Gemeinderat bestimmt

ANTRAG 2

Antrag FDP:

4 stadträtliche Mitglieder der Stadtentwicklungskommission +

1 Mitglied der Baubehörde +

5 Personen aus den Reihen des Grossen Gemeinderates

Nicht auszuschliessen, ist die Meldung weiterer Anträge;

der Ratspräsident ersucht das Plenum, bereits anlässlich der letzten Sitzung zur Sache gefallenen Voten nicht zu repetieren.

Er öffnet das Wort für den Gesamtrat

Gemeinderat René Truninger, SVP, gibt die Haltung der angeschlossenen Fraktion bekannt. Sie unterstütze den stadträtlichen Antrag (Antrag 1).

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, spricht für die angeschlossene Fraktion sowie für die Mitteparteien CVP, EVP und GLP und legt deren Haltung dar.

Im Rahmen dessen bringt Zimmermann einen neuen Antrag zur Diskussion ein:

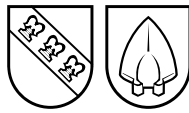
ANTRAG 3

8 Personen durch den Stadtrat bestimmt (Stadtentwicklungskommission) +

6 Personen aus dem Grossen Gemeinderat delegiert.

Der Vorteil dieser Variante komme im Umstand daher, wonach alle Vorgeschlagenen, die zur Mitarbeit motiviert seien, sich in der Kommission ohne Durchführung einer Kampfwahl einbringen können.

Die Fraktion der EVP und der GP hätten auf einen Sitz verzichtet; sie fühlen sich aber durch die übrigen vorgeschlagenen Personen genügend in ihren Haltungen vertreten.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP/JLIE, erklärt den Rückzug des vorliegenden Antrages 2.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP/JLIE, richtet sich an den Rat. Nach langem Ringen nehme er sich die Freiheit, seine Gedanken mit Blick auf die nachfolgenden Abstimmungen kund zu tun. Er erachte dies als dessen Pflicht als gewähltes Mitglied des Grossen Gemeinderates.

Der Stadtrat wolle mit einer Gesamtrevision der Ortsplanung die kommunale Richt- und Nutzungsplanung überarbeiten. Er sehe vor, zu diesem Zweck eine Ortsplanungskommission einzusetzen, die ihn bei der Vorbereitung dieses Geschäftes zu Händen des Parlaments berate.

Gemeinderat Michael Käppeli gibt zu erkennen, wonach er sich bei den folgenden Abstimmungen der Stimme enthalten werde. Da es ihm ein Anliegen sei, dass das Plenum sein Stimmgebaren auch nachvollziehen könne, möchte er seine Überlegungen offenlegen.

Gemeinderat Käppeli erachtet es als richtig, dass sich der Stadtrat bei seinen Planungsarbeiten beraten lasse, bevor er dem Parlament eine Vorlage zum Entscheid unterbreite. Die Frage, die sich dabei erschliesse, beschlage die Zusammensetzung des Beratungsorganes. Der Stadtrat meine es zweifellos gut, wenn er Parlamentarier bei der Erarbeitung der Vorlage miteinzubeziehen gedenke. Gleichzeitig stelle sich jedoch die Frage, ob dieses Vorgehen überhaupt angezeigt und beispielsweise auch in anderen Gemeinden üblich sei.

Gemeinderat Käppeli stellt folgende Fragen in den Raum:

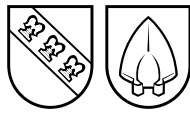
- Sollen Gemeinderäte in einer Kommission mitwirken, die den Stadtrat bei der Erarbeitung einer Vorlage zu Händen des Parlamentes berate?
- Vermische man damit nicht die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Exekutiv- und Legislativorgan?
- Und welche seien allenfalls die ungewollten Folgen der Arbeit einer gemischten Kommission, die sich sowohl aus Stadträten als auch aus Gemeinderäten zusammensetzt?

Im politischen System, mit welchem Gemeinderat Käppeli aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit und selbstverständlich alle anderen im Saal Anwesenden bestens vertraut seien, sei es die Aufgabe des Stadtrates, eine Vorlage zu Händen des Parlamentes auszuarbeiten. Die Aufgabe des Parlamentes sei es anschliessend, den Antrag des Stadtrates zu prüfen und darüber Beschluss zu fassen.

Wenn nun mehrere Mitglieder des Grossen Gemeinderates in der Ortsplanungskommission Einsitz nehmen, dann prüfen die gleichen Gemeinderäte später im Parlament eine Vorlage, an der sie selber aktiv mitgewirkt hätten. Die Konsequenz davon werde sein, dass die 5 oder 6 Gemeinderäte, die in der Ortsplanungskommission den Stadtrat beraten hätten, dann bei der parlamentarischen Behandlung zum gleichen Geschäft nicht mehr als „unbefangen“ gelten und von daher gemäss der geltenden Geschäftsordnung in den Ausstand treten müssten.

Eine Parlamentarierin bzw. ein Parlamentarier dürfe nicht über eine Vorlage bestimmen, an der er bzw. sie in der Erarbeitung aktiv und persönlich beteiligt war.

Wenn nun also heute zur Gesamtrevision der Ortsplanung – wie gesagt durchaus gut gemeint – eine gemischte Kommission aus Stadträten und Parlamentariern bestellt werde, dann würde das Stadtparlament dem Projekt und einigen den Ratskolleginnen und -kollegen einen „Bärendienst“ erweisen. Gemeinderat Käppeli möchte dies verhindern. In der Folge werde er sich aus rein sachlichen Überlegungen bei den Abstimmungen zu allen vorliegenden Anträgen enthalten. Damit möchte er zum Ausdruck bringen, dass er die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Stadtrat und Parlament wahren und respektieren möchte. Gleichzeitig halte er die



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

bewährte Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative hoch. Nach Käppeli'scher Auffassung möge dies bedeuten:

- Der Stadtrat erarbeite, selbstverständlich unter Beizug von Fachleuten, eine Vorlage zu Händen des Grossen Gemeinderates.
- Sobald die stadträtliche Vorlage mit Antrag behandlungsreif vorliege, könne zunächst die Geschäftsprüfungskommission und hernach das Gesamtparlament mit den entsprechenden Beratungen beginnen und dazu Beschlüsse fassen.
- Diese gängige Praxis würde die Stadt Illnau-Effretikon auch bei allen anderen Geschäften anwenden, und – soweit bekannt – auch bei alle anderen Parlamentsgemeinden Anwendung finden.

Auch wenn Gemeinderat Käppeli sich mit dem Dargelegten keine Sympathiepunkte einheimsen werde, so könne er sich nun treuen Gewissens der Stimmabgabe enthalten.

Der Vorsitzende erteilt das Wort dem Stadtpräsidenten.

Stadtpräsident Ueli Müller, SP, bekräftigt den stadträtlichen Antrag; der Stadtrat könne sich aber auch mit dem Inhalt des neu eingebrachten Antrages einverstanden erklären.

ABSTIMMUNG

Durch Rückzug von Antrag 2 verbleiben zwei Anträge aufrecht, die gegeneinander auszumehren sind.

ANTRAG 1

Antrag des Stadtrates:

8 Personen durch den Stadtrat bestimmt (Stadtentwicklungskommission) +
5 Personen durch den Grossen Gemeinderat bestimmt

ANTRAG 2

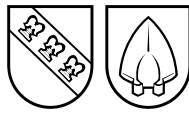
Zurückgezogen.

ANTRAG 3

Gemeinderat Hans Zimmermann GP

8 Personen durch den Stadtrat bestimmt (Stadtentwicklungskommission) +
6 Personen aus dem Grossen Gemeinderat delegiert.

Es ergeht folgender Beschluss:



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 3 der Gemeindeordnung -

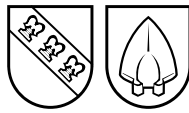
BESCHLIESST:

1. Für die Gesamtrevision der Ortsplanung der Stadt Illnau-Effretikon inklusive des Gebiets der jetzigen Gemeinde Kyburg, wird ein Kredit von Fr. 400'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 400.5810.61 Gesamtrevision Ortsplanung, bewilligt.
2. Für die Begleitung der Planungsarbeiten wird eine Ortsplanungskommission, bestehend aus 13 Mitgliedern bestellt. Ihr gehören an:

| | |
|--|---------------|
| - Abordnung des Grossen Gemeinderates | 5 Mitglieder |
| - Mitglieder der Stadtentwicklungskommission | 8 Mitglieder |
| - Total | 13 Mitglieder |
3. Der Grosse Gemeinderat wird eingeladen, seine Abordnung zu bezeichnen.
4. Ziffer 1 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.
5. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Stadtrat, zweifach
 - b. Stadtentwicklungskommission
 - c. Abteilung Finanzen
 - d. Abteilung Hochbau
 - e. Abteilung Präsidiales, dreifach

Der stadträtliche Antrag unter Ziffer 2 obsiegt mit 17:15 Stimmen.

Die Abstimmung zur Ziffer 1 und zur Schlussabstimmung ergehen mit grossem Mehr; diese Abstimmungen wurden im Sitzungsverlauf noch nachgeholt, da sie zunächst zwischen Rang und Traktanden gefallen sind.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

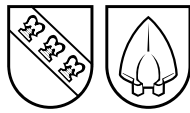
3. WAHL DER MITGLIEDER DER ORTSPLANUNGSKOMMISSION; ABORDNUNG DES GROSSEN GEMEINDERATES

Unter Traktandum 2, „Geschäft-Nr. 055/15, Antrag des Stadtrates betreffend Gesamtrevision Ortsplanung, Genehmigung des Rahmenkredits und Bestellung der Ortsplanungskommission“ hat der Grosse Gemeinderat die Kommissionsgrösse festgelegt. Es gilt nun, die entsprechende Abordnung des Grossen Gemeinderates zu wählen.

Grundlage für die Vornahme der Wahl bilden Art. 58 ff. GeschO GGR, die Folgendes stipulieren:

V. WAHLEN (OHNE KONSTITUIERUNG)

| | | |
|---------|--|---------------------------|
| Art. 55 | Für Wahlen gelten folgende Regeln: | Regeln |
| | <ol style="list-style-type: none">1. Das Präsidium fordert die Interfraktionelle Konferenz und den Rat auf, Kandidaturen vorzuschlagen. Fällt nur ein Vorschlag und kein Gegenvorschlag, wird der bzw. die Vorgeschlagene als gewählt erklärt.2. Werden die Namen mehrerer Kandidaten bzw. Kandidatinnen genannt, sind die anwesenden Mitglieder bei geschlossener Türe zu zählen. Die Zahl der Stimmen ist für jede/n Einzelne/n in der gleichen Reihenfolge festzustellen, wie die Vorschläge gefallen sind.3. <i>Es sind höchstens zwei Wahlgänge anzuordnen. Im ersten Wahlgang entscheidet das absolute, im zweiten das einfache Mehr.</i>4. Das Präsidium stimmt nur mit, wenn die beiden letzten noch in der Wahl stehenden Kandidierenden gleich viele Stimmen erhalten haben.5. <i>Wenn mehrere Sitze vorhanden sind und die Zahl der Kandidierenden die Zahl der Sitze übersteigt, ist für jeden Sitz eine besondere Wahl vorzunehmen.</i> | |
| Art. 56 | Bei geheimen Wahlen stimmt das Präsidium mit, bei offenen nur dann, wenn ein Stichentscheid erforderlich ist. | Stimmabgabe Präsidium |
| Art. 57 | <p>¹ Im Falle geheimer Wahlen wird zunächst bei geschlossener Tür die Zahl der anwesenden Mitglieder festgestellt und in der Folge die Zahl der eingesammelten Stimmzettel ermittelt. Das Präsidium gibt das Ergebnis zu Protokoll.</p> <p>² Übersteigt die Zahl der eingesammelten Stimmzettel jene der anwesenden Mitglieder, ist der Wahlgang nichtig und zu wiederholen.</p> <p>³ Bei Stimmgleichheit im geheimen Wahlverfahren ist der Wahlgang zu wiederholen; wird dann erneut Stimmgleichheit festgestellt, zieht der Präsident das Los.</p> | Wahlmodus, geheime Wahlen |



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

| | | |
|---------|--|--|
| Art. 58 | Die Stimmenzählenden ermitteln das Wahlergebnis und geben dieses zu Protokoll. Das Präsidium gibt das Resultat bekannt. | Auszählung |
| Art. 59 | ¹ Wahlen, für die nicht ein anderes Verfahren vorgeschrieben ist oder beschlossen wird, werden offen vorgenommen. Mindestens 10 der anwesenden Mitglieder können die geheime Wahl verlangen. Das Präsidium stimmt mit. ² <i>Unbestrittenen Wahlen können in globo vorgenommen werden, sofern sich der Grosse Gemeinderat mit diesem Vorgehen einverstanden erklärt.</i> | Offene und geheime Wahlen Wahlen in globo |

Der Rat hat mit Beschluss zum vorangegangenen Traktandum die Wahl folgendes Szenario zu Grunde gelegt:

8 Personen durch den Stadtrat bestimmt (Stadtentwicklungskommission) +
5 Personen durch den Grossen Gemeinderat bestimmt

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, gibt namens der Interfraktionellen Konferenz deren Wahlvorschläge bekannt. Nominiert werden:

- Gemeinderat Andreas Hasler, GLP
- Gemeinderätin Katharina Morf, FDP
- Gemeinderat Matthias Müller, CVP
- Gemeinderat Paul Rohner, SVP
- Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP
- Gemeinderat Peter Vollenweider, BDP

Ratspräsident Stefan Eichenberger, JLIE, fragt den Rat an, ob diese Vorschläge vermehrt werden.

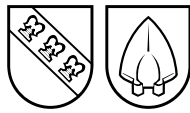
Durch den Rat werden keine zusätzlichen Vorschläge portiert. Der Ratspräsident legt das Wahlverfahren dar.

GRUNDLEGENDES:

In Anwendung von Art. 59 Abs. 2 könnten die zu besetzenden Mandate in globo gewählt werden, solange die Zahl der abgegebenen Wahlvorschläge gleich hoch bleibt, wie Sitze zu besetzen sind.

Im konkreten Fall ist diese Voraussetzung nicht gegeben.

Die Ausgangslage macht im Sinne von Art. 59 Abs. 1 GeschO GGR die Durchführung des Wahlprozederes gemäss Art. 55 Ziff. 3 und 5 notwendig. Grundsätzlich erfolgt dabei die Wahl für jeden einzelnen Sitz offen. Es sind dabei jeweils höchstens zwei Wahlgänge anzusetzen. Im ersten Wahlgang entscheidet das absolute, im zweiten das einfache Mehr.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

OFFENES WAHLVERFAHREN

Das offene Wahlverfahren stellt höchste Anforderungen an die Verfahrensökonomie. Bei fünf Sitzen mit jeweils max. zwei durchzuführenden Wahlgängen sind jeweils pro Kandidat – und für jeden Sitz einzeln – die entsprechenden Zählungen anzusetzen (Auszählung in jeweils drei Zählkreisen).

In anderen Worten: Pro Sitz und Wahlgang wird jede einzelne zur Wahl vorgeschlagene Person aufgerufen – die Stimmenermittlung erfolgt pro Kandidat durch einzelne Zählungen in den jeweils drei Zählsektoren.

Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass jedes Ratsmitglied nur die ihm zustehende Anzahl an Stimmabgaben vornimmt. Praktisch und in Realität ist diese Kontrolle angesichts der Fülle an anzusetzenden Abstimmungen kaum zu bewältigen.

Das Resultat ist aufgrund der Anzahl an durchzuführenden Abstimmungen nur schwer verifizierbar und wird einen grossen Teil der zur Verfügung stehenden Zeit beanspruchen.

SCHRIFTLICHES WAHLVERFAHREN (GEHEIME WAHL)

Zur Wahrung der Rechtssicherheit plädiert das Büro des Grossen Gemeinderates, für diesen besonderen Fall die Wahl im schriftlichen Wahlverfahren (bzw. im geheimen Wahlverfahren) durchzuführen.

Der Präsident beantragt im Sinne von Art. 59 GeschO GGR beim Plenum die geheime Wahl, was von 10 anwesenden Mitglieder zu bestätigen ist.

Die Ratsmitglieder erhalten in diesem Fall zur Stimmabgabe einen Wahlzettel, enthaltend 5 leere Linien. Im ersten Wahlgang zählt das absolute Mehr. In einem zweiten Wahlgang das relative Mehr.

Das gewählte Verfahren vereinfacht die Erfassung und Auswertung des Wahlergebnisses wesentlich – die demokratischen Grundrechte sind gewahrt.

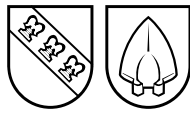
Das Ratsbüro bittet um Verständnis und ersucht das Plenum, dem vorgeschlagenen Verfahren zuzustimmen.

Die Mitglieder des Rates wurden bereits vor der Sitzung über das Verfahren in Kenntnis gesetzt.

Mittlerweile ist auch Ratsmitglied Peter Stiefel zugegen; die Mitglieder des Parlamentes sind somit vollzählig anwesend; das absolute Mehr liegt in der Folge bei 19 Stimmen. Bei geheimen Wahlen ist gestützt auf Art. 59 Abs. 1 GeschO GGR das Präsidium ebenso teilnahmeberechtigt.

ABSTIMMUNG ZUR DURCHFÜHRUNG EINER GEHEIMEN WAHL

Der Rat folgt dem Vorschlag des Ratspräsidenten einstimmig.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Die Ratsweibel-Stellvertreterin teilt in der Folge die für die Durchführung der Wahl vorbereiteten Zettel aus, und sammelt sie sobald mit der Urne wieder ein. Die Stimmzählenden werten das Wahlergebnis aus.

Der Ratspräsident gibt nach erfolgter Ermittlung das Ergebnis der Wahl bekannt:

SITZ 1

1. WAHLGANG

| | | |
|----------------------------------|----|----|
| Zahl der Stimmberechtigten | 36 | |
| Zahl der abgegebenen Stimmzettel | | 36 |
| ./. leere Stimmen | | 1 |
| ./. ungültige Stimmen | | 0 |
| Zahl der massgebenden Stimmen | | 35 |
| Absolutes Mehr | 18 | |

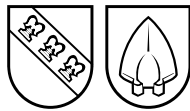
| Stimmen erhielten: | Stimmen | gewählt (ja/nein) |
|-------------------------------------|---------|-------------------|
| Gemeinderat Andreas Hasler, GLP | 20 | Ja |
| Gemeinderätin Katharina Morf, FDP | 28 | Ja |
| Gemeinderat Matthias Müller, CVP | 30 | Ja |
| Gemeinderat Paul Rohner, SVP | 24 | Ja |
| Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP | 24 | Ja |
| Gemeinderat Peter Vollenweider, BDP | 18 | Nein |

Da sämtliche Kandidaten die Zahl des absoluten Mehres erreicht haben, bleibt kein zweiter Wahlgang anzusetzen.

Gemeinderatspräsident Eichenberger rekapituliert die Zusammensetzung der Abordnung des Grossen Gemeinderates in die Ortsplanungskommission und gratuliert den Gewählten; mögen sie ihr Amt mit Freude, Erfüllung und Genugtuung zu Gunsten der Stadt Illnau-Effretikon wahrnehmen.

Mitteilung durch Wahlanzeige an:

- die Gewählten.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

4. ERSATZWAHL EINES MITGLIEDES DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION RPK FÜR DEN REST DER AMTSDAUER 2014-2018

Gemeinderätin Raffaella Piatti, JLIE, bisher Mitglied der gemeinderätlichen Rechnungsprüfungskommission RPK, teilt mit Schreiben bzw. E-Mail vom 29. November 2015 dem Ratsbüro ihren Rücktritt per Ende Jahr 2015 von ihrer Beamtung als Mitglied der vorberatenden Kommission mit, weshalb für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 ein entsprechender Ersatz zu wählen ist.

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, gibt namens der Interfraktionellen Konferenz den Wahlvorschlag bekannt. Nominiert wird Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP.

Ratspräsident Stefan Eichenberger, JLIE, fragt den Rat an, ob der Vorschlag vermehrt wird.

Dies zeigt sich nicht an.

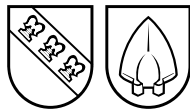
Laut Art. 55, Ziff. 1 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung sind die Voraussetzungen für eine Wahlerklärung erfüllt. Dies ist gegeben, wenn nur ein Vorschlag und dazu kein Gegenvorschlag bekannt gegeben wird. Der Rat macht keine Anstalten, ein weiteres Ratsmitglied für diese Vakanz zu nominieren.

ERGEBNIS:

Gemeinderatspräsident Eichenberger erklärt sodann Thomas Hildebrand, FDP, für gewählt und wünscht ihm viel Freude und Genugtuung im Amt.

Mitteilung durch Wahlanzeige an:

- den Gewählten.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

5. Geschäft-Nr. 058/15

Antrag des Stadtrates zur Genehmigung des Voranschlages 2016 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2017/21

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet mit Beschluss-Nr. 171/15 dem Grossen Gemeinderat mittels Auszug aus dem stadträtlichen Protokoll vom 1. Oktober 2015 folgenden Antrag:

DER GROSSE GEMEINDERAT

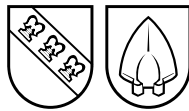
-- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag 2016 über die Aufwendungen und Erträge in der laufenden Rechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt:

| | | | |
|--|-----------|-----|-------------|
| - Laufende Rechnung | Aufwand | Fr. | 110'578'750 |
| | Ertrag | Fr. | 110'733'450 |
| - Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen | Ausgaben | Fr. | 13'320'000 |
| | Einnahmen | Fr. | 883'300 |
| - Investitionsrechnung Finanzvermögen | Ausgaben | Fr. | 0 |
| | Einnahmen | Fr. | 1'050'000 |
2. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2016 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
3. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 154'700.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.
4. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist das Referendum gegen diesen Beschluss ausgeschlossen.
5. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2017/21 wird Kenntnis genommen.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. den Stadtrat, zweifach
 - b. die Abteilung Finanzen, dreifach
 - c. sämtliche Abteilungen der Stadtverwaltung (11)
 - d. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat, dreifach.

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die umfangreichen, separaten Akten verwiesen.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

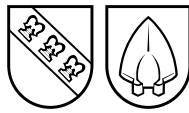
1. PLENARDEBATTE VORWORT RATSPRÄSIDENTIN

1.1 GRUNDLEGENDES

Der Ratspräsident schickt vor der Behandlung dieses Geschäftes einige grundlegende Informationen zum Ablauf voraus. Nebst den üblichen Formalitäten, wonach Anträge vor Abstimmung jeweils schriftlich der Sitzungsleitung auszuhändigen und bei Wortmeldungen Konto-Nr. und Seitenzahl gemäss des gedruckten Voranschlages zu erwähnen sind, erläutert der Präsident den vorgesehenen Fahrplan. Die Ratsmitglieder haben jeweils ein solches Exemplar ausgeteilt erhalten. Zudem wird die durch das Büro des Grossen Gemeinderates vorgesehene Reihenfolge der Behandlung des Voranschlages auf einer Sichtfolie im Sitzungssaal projiziert.

1.2 ZUM ABLAUF:

| | | |
|----------|---|------------|
| 1 | Vorwort Ratspräsident Grundsätzliches zum Ablauf | Richtwerte |
| 2 | Eintretensdebatte Im Rahmen der Eintretensdebatte wird nur zum Voranschlag im Allgemeinen diskutiert. Die konkreten Anträge werden unter Punkt 4 ff. abgehandelt. | |
| | 2.1 Referat des Finanzvorstandes | 10' |
| | 2.2 Referat des RPK-Präsidenten | 10' |
| | 2.3 Voten RPK-Mitglieder zum Eintreten | 5' |
| | 2.4 Voten Ratsmitglieder zum Eintreten | 5' |
| 3 | Abstimmung über Eintreten | |
| 4 | Detailberatung Laufende Rechnung Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 6 des gedruckten Voranschlages | |
| | 4.1 Anträge RPK | |
| | 4.2 Mitglieder GGR zu den Anträgen RPK | 2' – 3' |
| | 4.3 Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen RPK | 2' – 3' |
| | 4.4 Abstimmung zu den Anträgen der RPK | |
| | 4.5 Weitere Anträge Mitglieder GGR | 2' – 3' |
| | 4.6 Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen der Mitglieder GGR | 2' – 3' |
| | 4.7 Abstimmung zu den Anträgen Mitglieder GGR | |
| 5 | Detailberatung Investitionsrechnung Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 58 des gedruckten Voranschlages | |
| | 5.1 Anträge RPK | |
| | 5.2 Mitglieder GGR zu den Anträgen RPK | 2' – 3' |
| | 5.3 Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen RPK | 2' – 3' |
| | 5.4 Abstimmung zu den Anträgen der RPK | |
| | 5.5 Weitere Anträge Mitglieder GGR | 2' – 3' |
| | 5.6 Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen der Mitglieder GGR | 2' – 3' |



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

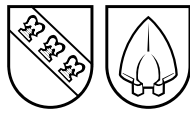
| | | |
|-----------|---|--|
| 5.7 | Abstimmung zu den Anträgen Mitglieder GGR | |
| 6 | Beratung der Abschreibungstabelle Seiten 67/68 | |
| 7 | Beratung der Verpflichtungskreditkontrolle ab Seite 69 | |
| 7.1 | Antrag RPK zu Konto 950.5031.12 „Bandenanlage Eisbahn“ | |
| 7.2 | Mitglieder GGR zum Antrag der RPK (950.5031.12 Bandenanlage) | |
| 7.3 | Stellungnahme Mitglied Stadtrat zum Antrag RPK (950.5031.12 Bandenanlage) | |
| 7.4 | Abstimmung zum Antrag RPK 950.5031.12 „Bandenanlage Eisbahn“ | |
| 7.5 | Weitere Anträge Mitglieder GGR | |
| 7.6 | Allfällige Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu Anträgen Mitglieder GGR | |
| 7.7 | Abstimmung zu Anträgen Mitglieder GGR | |
| 8 | Zwischenabstimmung zum Voranschlag Dispositiv-Ziffer 1 des stadträtlichen Antrages | |
| 9 | Diskussion zum Steuerfuss | |
| 9.1 | Antrag RPK | |
| 9.2 | Wortmeldungen Mitglieder GGR | |
| 9.3 | Stellungnahme Stadtrat | |
| 10 | Zwischenabstimmung zur Festsetzung des Steuerfusses Dispositiv-Ziffer 2 des stadträtlichen Antrages | |
| 11 | Kenntnisnahme IAFP Diskussion | |
| 12 | Zwischenabstimmung zur Kenntnisnahme des IAFP Dispositiv-Ziffer 5 des stadträtlichen Antrages | |
| 13 | Schlussabstimmung zu den Ziffern 1-6 des stadträtlichen Antrages inklusive aller vorgenommenen Änderungen | |

Im Besonderen sei erwähnt, dass in die nun folgende Eintretensdebatte nur Raum für Grundsätzliches und für Aspekte zur Sache bietet. Konkrete Anträge können zwar angemeldet, aber erst in der jeweiligen Detailberatung gestellt werden.

Grundsätzlich stehen dem Rat zwei Möglichkeiten zur Vornahme der Beratungsweise zur Verfügung:

VARIANTE A:

Beratungsweise wie oben dargestellt: Die RPK-Anträge werden im Gesamtverlauf zu jenem Zeitpunkt beraten, wenn die jeweilige Kontengruppe gemäss Reihenfolge des Kontenplans bzw. des gedruckten Voranschlages beraten wird.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

VARIANTE B

2014 (zum VA 2015; damaliger Ordnungsantrag Gemeinderat André Büecheler, SVP):

Die Detailberatung der Laufenden Rechnung (und im Anschluss folgend gleich jene der Investitionsrechnung) beginnt mit der Behandlung der durch die RPK formulierten Anträge. Über diese wird hernach abgestimmt.

Erst danach können weitere Anträge durch die Ratsmitglieder vorgebracht werden, wobei die weitere Beratung der Laufenden und hernach der Investitionsrechnung seiten- und Kontogruppenweise erfolgt.

Der Ratspräsident sieht vor, sich der Variante A zu bedienen und den Voranschlag in einem Beratungsgang zu bereinigen.

1.3 REDEZEITEN

Art. 35 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates regelt die Redezeiten. Das Ratsbüro hat im vorliegenden Fahrplan marginale Kürzungen dieser Regelzeiten vorgenommen und bittet, diese einzuhalten. Nur dann gelingt es, die Diskussionen straff und nicht ausufernd zu führen.

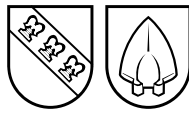
1.4 ABSTIMMUNGEN

Abstimmungen erfolgen gemäss Art. 45 ff. der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates. Insbesondere sei auf das Vorgehen für den Fall hingewiesen, sollten zu einer Sache oder Position mehr als zwei gleichrangige Änderungsanträge vorliegen. Art. 48 der neuen Geschäftsordnung regelt die diesbezügliche Handhabung wie folgt:

| | | |
|---------|--|-------------------------|
| Art. 48 | <p>¹ <i>Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Änderungs- oder Hauptanträge vor, werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Ratsmitglied nur für einen Antrag stimmen kann. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus. Das Verfahren wird wiederholt, bis nur noch ein Antrag verbleibt.</i></p> <p>² Über einen verbleibenden Hauptantrag wird gemäss Abs. 3 abgestimmt.</p> <p>³ Ein Antrag gilt als angenommen, wenn er mehr zustimmende als ablehnende Stimmen auf sich vereinigt.</p> | Gleichgeordnete Anträge |
|---------|--|-------------------------|

Der Ratspräsident bittet um Kenntnisnahme, wonach diese Regelung mit Revision der Geschäftsordnung aufgrund des Nachvollzugs des übergeordneten Gesetzes über die politischen Rechte GPR neu in dieser Form angewendet werden muss.

Der Ratspräsident erkundigt sich beim Plenum, ob dieses zum erläuterten Vorgehen Wortmeldungen wünscht. Dem Schweigen des Ratskörpers ist zu entnehmen, dass das Vorgehen somit auf allgemeine Akzeptanz stösst.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

2 EINTRETENSDEBATTE

2.1 REFERAT DES FINANZVORSTANDES

Erstmals seit mit Revision der gemeinderätlichen Geschäftsordnung (vgl. GGR-Beschluss 056/15 vom 1. Oktober 2015) geänderten Votenfolge bei Behandlung von Voranschlag und Jahresrechnung eröffnet der Finanzvorstand mit seinem Referat die Eintretensdebatte.

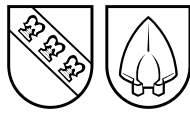
Für sein Referat bedient sich *Stadtrat Philipp Wespi, JLIE, Ressort Finanzen*, zur Illustration seiner Ausführungen einer visuellen Projektion, welche sich im Anhang zu diesem Protokoll findet. Zusammenfassend gewährt er einen Überblick über die Eckdaten und die wichtigsten Kennzahlen.

| | V2016 | V2015 | ABW. ZU VA15 |
|----------------------------------|--------|--------|--------------|
| Ressourcenausgleich | 19.0 | 19.9 | -0.9 |
| Ertragsüberschuss (+) | +0.155 | +0.114 | +0.041 |
| Einlage Vorfinanzierung | 0.8 | - | +0.8 |
| Abschreibungen ord. (ohne SF) | 6.9 | 6.9 | - |
| Abschreibungen zus. (ohne SF) | 0.7 | - | +0.7 |
| Investitionen VV (netto ohne SF) | 7.7 | 6.1 | +1.6 |
| Cashflow = Selbstfinanzierung | 8.5 | 7.0 | +1.5 |
| Selbstfinanzierungsgrad (in %) | 110 % | 116 % | -6 % |

Zu den übrigen Kennzahlen und finanztechnischen Details wird auf die umfangreiche Antragschrift des Stadtrates verwiesen.

Stadtrat Wespi zieht folgendes Résumé:

- Div. (v.a. gebundene) Mehraufwände können durch (z.T. ausserordentliche) Mehreinnahmen (Steuern) überkompensiert werden (Bildung VF Hagen 0.8 Mio).
- SPARPAKET'17: Zahlen vollumfänglich eingeflossen (IAFP) ⇒ Umsetzung weiterhin notwendig.
- Cashflow mit Fr. 8.5 Mio. innerhalb Zielband (Fr. 7 – 10 Mio.).
- Investitionsruhiges Jahr: Selbstfinanzierungsgrad > 100 % (110 %).
- IAFP: Einnahmen müssen weiterhin wachsen, um gebundenes Ausgabenwachstum (Sozialhilfe, Zusatzleistungen, Pflegefinanzierung) kompensieren zu können. Falls die Tendenz dreht, droht die Gefahr eines strukturellen Defizites.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

2.2 REFERAT DES RPK-PRÄSIDENTEN

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, präsentiert in dessen Funktion als Präsident der Rechnungsprüfungskommission die Beurteilung der Sachlage aus deren Blickwinkel.

Gemeinderat Käppeli bedankt sich bei Stadtrat Wespi für dessen Präsentation der wichtigsten Eckdaten zum Voranschlag 2016 und zum IAFP 2017-2012. Jene Ausführungen ermöglichen es dem Kommissionspräsidenten, sich kurz und prägnant zu halten.

Dies bedeute aber auch, dass er sich in seinem Referat ausschliesslich auf den Voranschlag 2016 fokussiere und bezüglich finanzpolitischem Blick in die weitere Zukunft auf den Kommissionsabschied verweise.

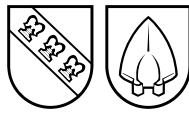
Mit dem Voranschlag 2016 sei die Rechnungsprüfungskommission zufrieden. Mit dem leichten Plus von Fr. 150'000.- bei gleichbleibendem Steuerfuss erfülle der Stadtrat die Forderung nach schwarzen Zahlen. Dies sei umso erfreulicher, als verschiedene umliegende Gemeinden wie zum Beispiel Lindau, Weisslingen, Fehraltorf, Pfäffikon oder auch Volketswil für nächstes Jahr Budgetdefizite beschlossen hätten. In Pfäffikon und in Volketswil erhöhe man zudem für nächstes Jahr die Steuern um 3 bzw. 5 %.

Diese Vergleiche mit anderen Gemeinden vor Augen und da der Stadtrat dem Parlament bereits ein leichtes Budgetplus vorlege, möchte eine Minderheit der Rechnungsprüfungskommission den Voranschlag 2016 unverändert genehmigen.

Sollte hingegen das Parlament heute Abend einzelne Budgetverbesserungen beschliessen, empfehle die Kommissionsminderheit bei der Schlussabstimmung, den Voranschlag abzulehnen. Kommissionsmitglied Adrian Kindlimann möge im Anschluss an die Präsidiumsausführungen diese Minderheitsposition noch näher begründen.

Eine Kommissionsmehrheit möchte dem stadträtlichen Antrag nicht ohne Weiteres folgen. Die Mehrheit sehe aber auch keinen Anlass, in der Schlussabstimmung den Voranschlag 2016 abzulehnen und damit Illnau-Effretikon ein Notbudget aufzuerlegen. Unter dem Regime eines Notbudgets dürfte nämlich der Stadtrat lediglich noch diejenigen Ausgaben tätigen, wo sie gesetzlich vorgeschrieben sind. Eine Ablehnung des Voranschlages hätte also beispielsweise zur Folge, dass kein Neujahrsapéro mit Ansprache des Stadtpräsidenten stattfinde. Und es könnten in den nächsten Monaten auch keine kulturellen Veranstaltungen mit städtischer Unterstützung stattfinden. Ebenfalls in Verzug kämen verschiedene Investitionsvorhaben. Eine Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission wünsche dies nicht. Was eine RPK-Mehrheit hingegen beantrage, seien ausgewählte Budgetverbesserungen im Umfang von insgesamt bis zu Fr. 450'000.-. Damit möchte eine Mehrheit der Kommission der eingeleiteten Trendwende hin zu gesunden Finanzen zusätzliche Schubkraft verleihen. Die freigespielten Finanzmittel im Umfange zwischen 1 und 2 Steuerprozenten sollen dem Erhalt und der weiteren Pflege der Standortattraktivität von Illnau-Effretikon zugute kommen.

Soviel zur Einstimmung. Zum Voranschlag 2016 brauche der Kommissionspräsident gar nicht mehr weiter ausholen. Die Empfehlungen der Kommissionsmehr- und -minderheit seien bekannt und die Positionen der Fraktionen bezogen. Zudem gehe Gemeinderat Käppeli aufgrund des sehr transparenten Verfahrens, welche die Kommission bei der Vorbereitung des Abschiedes gewählt habe, nicht davon aus, dass das Plenum am heutigen Abend noch durch zahlreiche neue Zusatzanträge überrascht werde. Damit sollten aus Käppeli'scher Sicht alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen sein, dass das Ratsplenum in rund einer Stunde bei der Schlussabstimmung den Voranschlag einstimmig genehmigen könne. Egal, wie weit das Parlament in der nachfolgenden Detailberatung das Budget finanziell noch leicht verbessere; der insgesamt erfreuliche Voranschlag 2016 verdiene das Vertrauen aller.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Zwischenzeitlich ist auch Stadtrat Mathias Ottiger, SVP, Ressort Gesundheit, dem Plenum hinzugestossen; Grosser Gemeinderat und Stadtrat sind demnach nun vollzählig anwesend.

2.2 VOTEN WEITERER MITGLIEDER RPK 2.2.1 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN, SP

Gemeinderat Adrian Kindlimann, RPK, legt die Haltung der Kommissionsminderheit dar. Diese beantrage dem Gesamtrat, den Voranschlag unverändert zu genehmigen. Entgegen der soeben getätigten Aussage des Kommissionspräsidenten habe die Minderheit nie verlauten lassen, wonach sie den Voranschlag abzulehnen gedenke. Es entziehe sich jeglicher Kenntnis, wie der Kommissionpräsident zu einer derartigen Äusserung und Schlussfolgerung gelange; führe doch auch die Minderheit im schriftlich vorliegenden Abschied dazu gänzlich nichts aus.

Auch die Kommissionsminderheit sei vom Bedürfnis erfüllt, dem Stadtrat für die Ausarbeitung des höchst erfreulichen vorliegenden Voranschlages zu danken. Die Minderheit beantragt dem Rat, auf die Vorlage einzutreten, sehe aber davon ab, sowohl in der Laufenden als auch in der Investitionsrechnung Kürzungen vorzunehmen. Die Kommissionsminderheit kann sich mit einem weiteren Abbau staatlicher Leistungen nicht einverstanden erklären; diese Vorgänge seien nicht mehr unter dem Begriff „Sparen“ zu subsumieren, sondern sie kämen eher der Abwälzung sämtlicher Kosten auf jede einzelne Einwohnerin und jedem einzelnen Einwohner gleich. Dieser Umstand trage je länger je mehr zur Sozialunverträglichkeit bei.

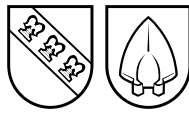
Bildlich gesprochen sei insbesondere bei den Positionen der Laufenden Rechnung die Zitrone allmählich ausgepresst. Auch vorgesehene Investitionen, die infolge der grassierenden Sparwut nicht zur Realisation gelangen, können in der Zukunft Mehrkosten verursachen, da sie den Ausfall von Einnahmen auch beim lokalen Gewerbe begünstigen.

Der nun zur Debatte stehende Voranschlag umfasse entgegen der Darlegung der Kommissionmehrheit nicht nur leicht ausgeglichene Werte, sondern sehe erhebliche Mehreinnahmen vor. Nach Dafürhalten der Kommissionminderheit mache sich deren Counterpart nun unglaubwürdig, wenn die Mehrheit nun trotz schwarzer Zahlen weiterhin auf zusätzliche Einsparungen poche.

In der Privatwirtschaft würde man bei solchen Vorzeichen den Mitarbeitenden Boni ausrichten, um die Mitarbeitenden zu motivieren. Bei der Stadt Illnau-Effretikon dresche man auf das Personal ein, und verweigere Mittel, die Anreize für Lohnmassnahmen schaffen. Das Personal könne für das Wachstum an gebundenen Ausgaben doch nicht belangt werden.

Angesichts der guten finanziellen Entwicklungen sehe sich die Minderheit zur Empfehlung veranlasst, jene Posten, die angesichts des Sparpaktes und vergangener Budgetdebatten in den Bereichen Kultur, Entwicklungshilfe usw. eingespart wurden, wieder einer Erhöhung zuzuführen.

Gemeinderat Kindlimann kommt resümierend zum Schluss, wonach die Kommissionsminderheit den stadträtlichen Antrag als zufriedenstellend taxiere und sich weiterer Kürzungen verweigere.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

2.2.2 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, attestiert dem Voranschlag 2016 angesichts des geringfügigen Ertragsüberschusses ein gutes Resultat; bei genauerer Analyse jedoch, komme die SVP-Fraktion nicht umhin, steigende Kosten in den Ressorts Schule und Soziales festzustellen.

Der Ertragsüberschuss resultiere aus höher budgetierten Grundstückgewinnsteuern und durch höher eingesetzte Steuererträge von natürlichen Personen. Nach Auffassung von René Truninger beurteile der Stadtrat diese Positionen als zu optimistisch; gehe doch beispielsweise der Stadtpräsident von Wetzikon von einer Trendwende in Richtung tieferer Steuereinnahmen aus. Auch die Stadt Zürich prognostiziere aktuell tiefere Steuererträge.

Die Zeit werde zeigen, ob der Stadtrat sich täusche.

Die SVP-Fraktion ersucht vor diesem Hintergrund derweil, sämtliche Spar- und Streichungsanträge zu unterstützen. Der Ertragsüberschuss möge für zusätzliche Vorfinanzierungen beim Schulhaus Hagen verwendet werden.

2.2.3 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, erlaubt sich namens der Mitteparteien einen nüchternen Blick auf den Voranschlag 2016. Der Zahl von Fr. 150'000.- komme hierbei eine grosse Bedeutsamkeit zu. Der Stadtrat habe einen Ertragsüberschuss in dieser Höhe budgetiert, was allgemein positiv zur Kenntnis zu nehmen sei. Derweil habe die Rechnungsprüfungskommission ein Potenzial von weiteren Fr. 450'000.- ausgemacht, wo sie denke, könne Weiteres eingespart werden.

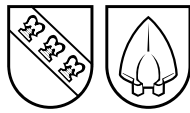
Davon entfielen Fr. 150'000.- (also ein Drittel) auf Entwicklungen bzw. Anpassungen, die sich im Zeitraum zwischen stadträtlicher Budgeterstellung (Sommer) und parlamentarischer Budgetdebatte (Winter) ergeben hätten und dem reinen Nachvollzug bzw. der Aktualisierung angesichts gegebener Umstände dienen. Im konkreten Beispiel fallen die Beiträge für Kleinkinderbetreuung aufgrund eines übergeordneten Entscheid des Kantonsrates weg; dazu habe die kommunale Politik bzw. der Grosse Gemeinderat nichts beigetragen.

Der zweite Drittel betreffe die konsequente Nachverfolgung der eigenen Haltung der Rechnungsprüfungskommission hinsichtlich bzw. anlässlich bereits früherer Budgetdebatten entledigter Posten (z.B. die viel diskutierte Ersatzbeschaffung von Stühlen im Gasthaus Rössli, Illnau).

Die letzten Fr. 150'000.- beschlagen vier „neue“ Positionen, die aus der Kommission im Sinne eines Kompromisses zur Streichung beantragt werden; die Mitte behalte sich vor, diese mit unterschiedlicher Gewichtung zu unterstützen. Die Meinungen zu den Massnahmen zu Saläranspassungen beim kommunalen Personal divergieren auch bei den Mitteparteien durchaus stark.

Im Übrigen habe der Finanzvorstand korrekterweise zum Rückgang langfristiger Schulden referiert; konsequenterweise sei der Vollständigkeit halber erwähnt, dass aber auch die kurzfristigen Schulden nicht aus dem Blickfeld verloren gehen dürfen.

Wichtig scheint Gemeinderat Hasler zu dem die Bemerkung, wonach die Eingemeindung von Kyburg nicht als Verlustgeschäft bezeichnet werden dürfe. Politisch sei dies einem sehr glücklichen Entscheid gleichgekommen; finanzpolitisch möge allenfalls seitens des Stadtrates eine andere Haltung kolportiert worden sein.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine weiteren Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission das Wort zum Eintreten begehren. Die Diskussion steht nun dem Gesamtrat offen.

2.3 VOTEN RATSMITGLIEDER ZUM EINTRETEN
2.3.1 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, legt dar, wonach der stadträtliche Voranschlag gänzlich den Forderungen der Rechnungsprüfungskommission, welche diese bei der letztjährigen Budgetdebatte ins Feld geführt habe, entspreche.

Sie zitiert aus dem Ratsprotokoll der 17. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 18. Dezember 2014 anlässlich welcher der Voranschlag 2015 debattiert wurde:

„Die Rechnungsprüfungskommission erwarte, dass der Stadtrat ab Vorlage des Voranschlages zum Jahr 2016 aus eigenen Stücken deutlich schwarze Zahlen budgetiere. Deutlich schwarze Zahlen würden die Chance bieten, auf den einen oder anderen Leistungsabbau, wie ihn der Stadtrat plant, bei der Behandlung der Voranschläge 2016 bzw. 2017 nicht einzugehen.“

Schöne Worte seien das gewesen, ausgesprochen von Kommissionspräsident Käppeli.

Stadtrat und Verwaltung hätten im Rahmen der Erarbeitung des nun zu debattierenden Budgets grossartige Arbeit geleistet. Gemeinsam hätten sie den Sparwillen bekundet und auch zum Ausdruck gebracht.

Brigitte Röösl bedankt sich bei allen beteiligten Stellen für deren Engagement und vermisst nun vor allem seitens der Rechnungsprüfungskommission den Moment des Innehaltens. Deren verschriftlichte Versprechungen seien dahin gefallen, derweil sie mit dem Sparhammer aushole und Vieles, was Stadtrat und Verwaltung erarbeitet hätten, nun zerstöre.

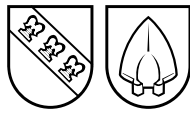
Dieses Gebaren sei gerade gegenüber dem städtischen Personal als wenig wertschätzendes Zeichen auszulegen. Die SP-Fraktion weiss um die Wichtigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich motiviert für die Sache einsetzen; mit den vorliegenden Kommissionsanträgen erweise sich die Rechnungsprüfungskommission selbst und der Stadt Illnau-Effretikon keinen Dienst.

Ferner zitiert Gemeinderätin Röösl den Kommissionspräsidenten der Rechnungsprüfungskommission:

„Die Rechnungsprüfungskommission hätte es als Chance gewertet, wenn der Stadtrat Hand für einen gemeinsamen Effort von Exekutive und Legislative geboten hätte.“

Offenbar habe die Rechnungsprüfungskommission es verpasst bzw. unterlassen, diese Chance zu packen. Wäre Gemeinderätin Röösl in der Position des Stadtrates, würde sie bei der Erarbeitung des nächsten Voranschlages keinen grossen Effort mehr darauf verwenden, dem Budget eine derart hohe Detailgenauigkeit zu Grunde zu legen, da die Rechnungsprüfungskommission die Korrektheit ohnehin für sich gepachtet habe.

Das diesjährige Budget, so wie es die Rechnungsprüfungskommission mit Kürzungen zu versehen gedenkt, sei für Gemeinderätin Brigitte Röösl beschämend. Die Kommissionsmehrheit verkenne den



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Ernst der Lage und trage dazu bei, dass die Stadt Illnau-Effretikon noch mehr zu einer Schlafstadt verkomme. Kultur fände bald nur noch in den Städten Winterthur und Zürich statt.

Aus lauter Angst ein paar Franken Steuern einzubezahlen, hieve man sich selbst in einen Sparwahn. Die an den Tag gelegte Politik komme purem Egoismus gleich.

Gemeinderätin Rösli wird den Machenschaften der Rechnungsprüfungskommission aus ethischer und moralischer Verpflichtung nicht zudienen und in der Folge sämtliche Streichungsanträge verwerfen.

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, bemüht die biblische Geschichte aus dem Buch Moses, wo auf sieben magere wiederum sieben fette Jahre folgen mögen. Diese Gesetzmässigkeit gelte auch heute noch; die Ökonomen verwenden dafür heute allerdings den Begriff der mittelfristigen Konjunkturschwankungen.

Dem Grundsatz, wonach in den fetten Jahren Reserven für die mageren Jahre anzuäufnen seien, könne der Wahrheitsgehalt auch in der heutigen Zeit (und wohl bis in alle Ewigkeit) nicht abgesprochen werden.

Es lägen nun metaphorisch gesprochen sieben fette Jahre hinter uns; stark steigende Immobilienpreise begünstigen höhere Steuereinnahmen; tiefe Schuldzinskonditionen resultieren in tieferen Zinszahlungen; annähernde Vollbeschäftigung der Arbeitnehmenden lasse Schlüsse auf eine gute Zahlungsmoral bei den Steuerforderungen zu. Die boomende Börse trägt das ihrige zur guten Konjunkturlage bei.

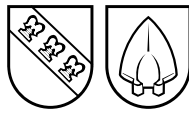
Während der günstigen Zeitphase seien Reserven anzulegen und Schulden abzubauen. Die Stadt Illnau-Effretikon behändige sich aber gegenteiliger Aktionen, indem sie den Anteil Verpflichtungen gegenüber Dritten (Schulden) geradezu noch erhöhe.

Der momentan durch den Stadtrat angesichts der guten Liquiditätslage angeordnete Schuldenabbau sei von keiner langfristigen Strategie geprägt. Gemeinderat Zimmermann bezeichnet die stadträtliche Vorgehensweise als „Taschendiebstreich“, da die Verpflichtungen gegenüber Dritten in späteren Jahren ohnehin wieder erhöht oder mit festen Vorschüssen wieder überbrückt würden. Die einzige positive Bewandnis zeige sich im Umstand, wonach das eben zurückgezahlte Geld später zu besseren Konditionen wieder entlehnt werden könne.

Gemeinderat Zimmermann freut sich auf eine spannende Detailberatung und insbesondere auf die Steuerfussdebatte – sollte es eine solche überhaupt geben, nachdem sie anlässlich der letztjährigen Debatte unverhoffterweise dahin gefallen sei.

3. ABSTIMMUNG ÜBER EINTRETEN

Der Ratspräsident fragt den Grossen Gemeinderat an, ob nach der gewalteten Eintretensdebatte die weitere Behandlung des Geschäftes bestritten sei. Der Ratspräsident stellt fest, dass das Gremium ohne Gegenvotum auf das Geschäft mit Einstimmigkeit eintritt.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

4 BERATUNG

LAUFENDE RECHNUNG

In Umsetzung des eingangs durch *den Ratspräsidenten* erläuterten vorgesehenen Behandlungsganges orientiert sich die Detailberatung an der institutionellen Gliederung der Laufenden Rechnung. Spontane Einzelanträge sowie die Anträge der Rechnungsprüfungskommission werden in einem Umgang und entlang der Reihenfolge ihrer Kontogruppen behandelt.

Der Ratspräsident fragt sämtliche Kontogruppen, Seite für Seite des gedruckten Voranschlages ab.

Wo einzelne Positionen in der folgenden Protokollierung nicht erwähnt werden, erging auch keine Diskussion bzw. keine Antragstellung. Die Positionen wurden in diesem Sinne stillschweigend genehmigt und werden im Folgenden nicht gesondert protokolliert oder abgebildet.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

160 – STATAMANN- UND BETREIBUNGSAMT

4.1 EINZELANTRAG GEMEINDERAT HANS-JÜRIG GEHRI, BDP 160.3160.00 MIETE PARKPLÄTZE

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, bringt einen eigenen Antrag zur Halbierung der veranschlagten Position von Fr. 8'000.- auf Fr. 4'000.- ein. Die Position umfasse die Miete der in der Unterniveau-Garage des Stadthauses dem Betriebsamt zugewiesenen Parkplätze. Das Amt verfüge über genügend Parkplätze; die Anzahl Stellplätze, die in der Stadthausparkgarage der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, sei ohnehin bescheiden.

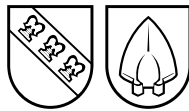
4.1.1 WEITERE MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM EINZELANTRAG GEHRI

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, gibt bei dieser Gelegenheit stellvertretend für die Mitteparteien bekannt, wonach sämtliche Einzelanträge, die Positionskürzungen, gänzliche Streichungen aber auch Mehreinnahmen umfassen, konsequent abgelehnt und mit dem entsprechenden Stimmverhalten quittiert würden.

4.2 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM EINZELANTRAG GEHRI

Der Stadtpräsident führt aus, wonach es sich hierbei um eine rein intern-buchhalterische Abbildung handle; die Aufwendungen werden den angeschlossenen Gemeinden in Rechnung gestellt. Mit Kürzung der Position schade sich die Stadt selber, indem der eigene Anteil in der Folge steigen würde.

Angesichts der stadrätlichen Argumentation zieht *Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP*, den eben gestellten Antrag zurück.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

163 – ZENTRALER PERSONALDIENST

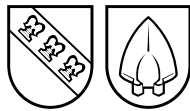
4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | ANTRAG SR | ANTRAG RPK | KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG) |
|-------------|---|--------------|---------------|--|
| 163.3010.10 | Pauschalbetrag für Saläranpassungen (inkl. Sozialleistungen) | 105'000 | 60'000 | - 45'000 Dem städtischen Personal sollen weiterhin attraktive und wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen geboten werden. Neben den zentralen qualitativen Faktoren (Arbeitsinhalte, Betriebskultur, Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitszeit, zusätzlich gewährte Ferienwoche, Entwicklungsmöglichkeiten etc.) zählt dazu auch eine angemessene Entlohnung. Für Fördermassnahmen und Einmalzulagen bei ausgewählten Mitarbeitenden soll im Jahre 2016 ein Betrag von Fr. 60'000.- zur Verfügung stehen. Dabei mitberücksichtigt ist, dass angesichts der prognostizierten negativen Teuerung von über 1 % zusätzlich alle Mitarbeitenden bereits von einer Reallohnerhöhung profitieren. |

Der Stadtrat und die Rechnungsprüfungskommission seien sich einig: Dem städtischen Personal sollen weiterhin attraktive und wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen zu Teil werden. In diesem Zusammenhang sei aus zahlreichen Untersuchungen bekannt, dass für eine hohe Arbeitszufriedenheit primär qualitative Faktoren wie der eigentliche Arbeitsinhalt, eine gute Betriebskultur, Gestaltungsfreiräume und Entwicklungsmöglichkeiten sowie ein gutes Vorgesetzten-Mitarbeitenden-Verhältnis entscheidend seien. Von den Mitarbeitenden geschätzt werden zudem eine hohe Arbeitsplatzsicherheit, flexible Arbeitszeiten und eine angemessene Entlohnung.

Im Vorjahr habe das Parlament bei einer faktischen Nullteuerung Fr. 90'000.- für individuelle Lohnerhöhungen beschlossen. Der Stadtrat habe davon, wie die RPK auf Nachfrage informiert worden sei, Fr. 75'000.- ausgeschöpft und jedem vierten städtischen Mitarbeitenden einen Stufenanstieg und damit eine individuelle Lohnerhöhung gewährt.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Die Rechnungsprüfungskommission beantrage, auch 2016 wieder zusätzliche Mittel für individuelle Lohnerhöhungen ins Budget aufzunehmen. Eine RPK-Minderheit spreche sich für die durch den Stadtrat beantragten Fr. 105'000.- aus, eine RPK-Mehrheit empfehle derweil den Betrag für Saläranspassungen bei Fr. 60'000.- festzusetzen.

Gemeinderat Käppeli begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit wie folgt:

Dank der Negativteuerung, die aktuell – Stand November – bei -1.4 % liege, würden alle Mitarbeitenden von einer bereits beachtlichen Realloohnerhöhung profitieren. Die sinkenden Konsumentenpreise und die Frankenstärke hätten auch andere Arbeitgeber bei den Lohnmassnahmen für 2016 mitberücksichtigt.

Zudem kämen in Illnau-Effretikon die städtischen Mitarbeitenden seit diesem Jahr in den Genuss einer zusätzlichen Ferienwoche. Dies sei begrüssenswert und trage zu einer gesunden Work-Life-Balance bei.

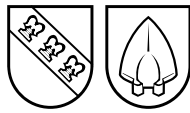
Im Weiteren soll zur Ergänzung der generellen Realloohnerhöhung und zur zusätzlich gewährten Ferienwoche im Budget 2016 wiederum ein Zusatzbetrag für individuelle Lohnerhöhungen eingestellt werden. Der Stadtrat soll auch nächstes Jahr über die Möglichkeit verfügen, ausgewählten Mitarbeitenden Stufenanstiege zu gewähren und besonders gute Leistungen angemessen zu honorieren. So würde das Ratsplenum also auch beim vorliegenden RPK-Mehrheitsantrag – obwohl der Stadtrat dies nun nicht gerne hören möge – nicht über eine Lohnkürzung, sondern über einen zusätzlichen Betrag für Lohnerhöhungen zugunsten der städtischen Mitarbeitenden sprechen.

Im Übrigen zeigen Umfragen, wonach im Jahre 2016 die durchschnittlichen Lohnerhöhungen in allen Branchen im öffentlichen und privaten Sektor tiefer ausfallen als im Vorjahr. Der Antrag des Stadtrates auf Erhöhung des Pauschalbetrages gegenüber dem Vorjahr trage diesem Umstand nicht Rechnung. Der Antrag der RPK-Mehrheit, den Betrag für Lohnerhöhungen auf Fr. 60'000.- festzulegen, sei demgegenüber gut vertretbar.

Letztendlich seien die Leistungen der Stadtangestellten wichtig und verdienen die Anerkennung der politischen Instanzen. Und allen sei bekannt: Allein mit einer jährlichen Lohnerhöhung, egal wie hoch sie ausfalle, käme die Wertschätzung nicht zum Ausdruck. Wertschätzung beruhe vielmehr auch auf vielen kleinen Zeichen im Alltag. Ein Gruss, Zeit für ein Gespräch, ein persönlicher Dank, ein Lob für eine besonders tolle Arbeit, eine Einladung zum Kaffee und vieles mehr seien die kleinen Dinge in der täglichen Zusammenarbeit, die oft ebenfalls Grosses bewirken.

Der Kommissionspräsident hofft, dass sich die Ratsmitglieder dies vor Augen halten, wenn nun die Diskussion zum ersten, grossmehrheitlich gefassten RPK-Antrag folge.

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, moniert noch während des Käppeli'schen Votums dessen Länge; der Ratspräsident lässt gewähren.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.2.1 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, bekräftigt namens der angeschlossenen Fraktion deren einstimmige Unterstützung des Kommissionsmehrheitsantrages.

Obschon sich das wirtschaftliche Umfeld in der Schweiz verändere und dies zu Entlassungen und Arbeitszeiterhöhungen bei der UBS, der Credit Suisse, der Zürich Versicherungen, der Schweizerischen Post, den Schweizer Bundesbahnen, usw. führe, könne sich die Stadt glücklich schätzen, wenn ihr Fr. 60'000.- für individuelle Lohnanpassungen verbleiben. Dies biete dem Stadtrat genügend Spielraum, ausserordentliche Leistungen zu würdigen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Der Stadtpräsident begrüsst insbesondere das städtische Personal, welches sich vereinzelt auf der Tribüne eingefunden hat, um den Sitzungsverlauf zu verfolgen.

Der Stadtrat legt Wert auf anerkennende Wertschätzung und Zuwendung gegenüber des städtischen Personals, welches auch im sich zu Ende neigenden Jahr hervorragende Arbeit geleistet habe, was gezielte Saläranspassungen autorisiere.

Die Stadt Illnau-Effretikon möchte weiterhin als attraktive Arbeitgeberin auftreten und dies auch weiterhin tun können. Eine gute wertschätzende Betriebskultur könne nur aufrechterhalten bleiben, wenn sich die Stadt die Dienste der besten Mitarbeitenden auf dem Markt zu sichern vermag.

Bei Vorstellungsgesprächen zeige sich bereits heute, wonach sich die salärtechnischen Möglichkeiten der Stadt am unteren Ende der Bandbreite der Vorstellungen der Bewerbenden bewegen. In der Regel sollen sich städtische Angestellte erst mit den Jahren und guten Leistungen um höhere Saläreinreihungen verdient machen, stelle das Parlament dafür aber keine Gelder zur Verfügung, sei klar, dass dieses Konzept nicht mehr von Erfolgen gekrönt sein könne. Die bestqualifizierten Mitarbeitenden werden in der Folge die Stelle wechseln, und sich Arbeitgeber suchen, die entweder über ein besseres Salärsystem oder über höhere Einstiegsgehälter verfügen.

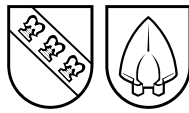
Der Stadtrat fördere so das Mittelmass, was gänzlich nicht seiner Personalstrategie entspreche. Jungen und guten Mitarbeitenden möge eine attraktive Entwicklungsmöglichkeit geboten werden.

Der Stadtpräsident titulierte die Argumentation der Kommissionsmehrheit hinsichtlich Realloohnerhöhung in Bezug auf den Teuerungsstand als absurd und gefährlich; gleichzeitig kann sich der Vorsitzende des Stadtrates den Hinweis nicht verkneifen, wonach die Ökonomie eben doch keine exakte Wissenschaft sei. Da könne man auch Hellseher Mike Shiva um einen Blick in die Kristallkugel bitten und die Trefferquote würde etwa ähnlich akkurat ausfallen.

Gelächter im Saal.

Die angeführte Negativ-Teuerung könne aber auch in Realität mit beispielsweise 11 % höher ausfallenden Krankenkassenprämien das Argumentationsgerüst der Kommissionsmehrheit zum Einsturz bringen. Für das gemeine Volk ginge die Theorie somit nicht auf.

Zur von der durch die Kommissionsmehrheit ins Argumentationsfeld geführten fünften Ferienwoche führt Stadtpräsident Ueli Müller aus, wonach von den fünf lediglich deren zwei reine Tage verbleiben; da die anderen drei Tage durch Brückentage bzw. Personalausflug dahin fielen und nun den Ferien zugeschlagen wurden.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Stadtpräsident Müller appelliert abschliessend an die Glaubwürdigkeit des Grossen Gemeinderates. Letztes Jahr kürzte der Grosse Gemeinderat bei derselben Position Fr. 85'000.- und vertröstete das Personal auf dieses Jahr. Nun mache die Kommissionmehrheit beliebt, erneute Kürzungen zu vollziehen, nachdem in diesem Jahr die Vorzeichen des Gesamtbudgets dies eindeutigerweise zulassen würden.

Der Stadtpräsident ersucht das Ratsplenum, den stadträtlichen Antrag zu stütze und jenen der Kommissionmehrheit abzulehnen.

Die Ratslinke spendet Applaus, während Ratspräsident Eichenberger feststellt, dass auch der Stadtpräsident die ihm zugemessene Redezeit arg strapaziert habe.

4.4 WEITERE DISKUSSION

4.4.1 GEMEINDERAT ROGER MIAUTON, SVP

Gemeinderat Roger Miauton, SVP, kann sich aufgrund eigener beruflichen Erfahrungen nicht vorstellen, dass die Anstellungskonditionen der Stadt nicht marktfähig seien, insbesondere da sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt derzeit gut präsentiere.

Wenn es auch der Sitte unüblich ist, wonach sich zwei Mitglieder des Stadtrates zu einem Thema äussern, so gestattet *der Ratspräsident* dem Finanzvorstand, sich kurz an das Plenum zu richten.

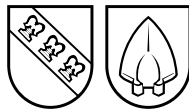
4.4.2 STADTRAT PHILIPP WESPI, JLIE

Stadtrat Wespi, JLIE, versichert auch namens des Ressorts Finanzen, wonach die Stadt sich die im Voranschlag eingestellte Position sehr wohl zu leisten vermöge. Es biete sich nun eine Gelegenheit, die alsbald vielleicht nicht mehr zu Tage treten werde. Stadtrat Wespi zeigt die Entwicklung der diesbezüglichen Ausgaben seit dem Jahre 2008 anhand einer Grafik auf; diese zeigt eine sinkende Entwicklung. Der durch die Kommissionmehrheit beantragte Etat von Fr. 60'000.- weise den tiefsten Wert seit Anbeginn der auf der Grafik dargestellten Zeitlinie aus.

Der Stadtrat bediene sich nicht des Giesskannenprinzipes; vielmehr möchte er Talente in der Stadtverwaltung fördern; Mitarbeitende, welche gute Leistungen erbringen, mögen längerfristig gebunden werden können.

Der Grosse Gemeinderat verunmögliche mit einem Negativ-Entscheid dem Stadtrat eine weitsichtige Durchsetzung der durchdachten Personalstrategie.

Die Stadt vergleiche sich mit den Gegebenheiten auf kantonaler Stufe und nicht etwa mit den Verhältnissen der Privatwirtschaft. Rotationsgewinne fallen auf kantonaler Ebene etwa dem Personaletat zu, während sie bei der Stadt Illnau-Effretikon zu Gunsten des allgemeinen Finanzhaushaltes deklariert werden.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Die Verwaltung leiste derzeit Ausserordentliches. Nebst dem Tagesgeschäft widme sie sich dem Eingemeindungsprozess von Kyburg, dem Sparpaket, der Behörden- und Verwaltungsreorganisation usw. All dies geschehe nicht von alleine, dahinter stünden brillante Köpfe, die all dies ausarbeiten, Entscheidungsgrundlagen schaffen und diese auch durchsetzen. Die Verwaltung habe bislang darauf verzichtet, externe Mandate beizuziehen; sämtliche Projekte werden mit internen Ressourcen bewältigt; würde die Stadt externe Beratungen beauftragen, schlänge dies mit frappanten Mehrkosten zu Buche.

Heuchlerisch und schönfärberisch gebe die Kommissionsmehrheit zu Protokoll, wonach sie den Stadtrat bei der Umsetzung einer attraktiven Personalpolitik unterstützen und dafür die notwendigen Grundlagen bereitstellen möchte.

Stadtrat Wespi redet sich derart mit Feuer und Flamme in Rage, dass er in seinem Votum den roten Faden verliert

Gelächter im Ratssaal.

Stadtrat Wespi ersucht das Ratskollegium eindringlichst, dem stadträtlichen Antrag stattzugeben und in der Folge den Kommissionsantrag abzulehnen.

Von der Zuschauertribüne her erschallt eine ausgiebige Applausbekundung, was der Ratspräsident in der Folge strikte untersagt.

4.4.3 GEMEINDERÄTIN TANJA BISCHOF, EVP

Gemeinderätin Tanja Bischof, EVP, fühlt sich provoziert, sich zu Wort zu melden.

Gewisse Äusserungen stossen ihr sauer auf; sie stellt die rhetorische Frage in den Raum, ob von den diskussionsführenden Personen schon jemals welche eine Familie mit vier- oder fünftausend Franken hätten durchbringen müssen. In der Realität und den vorherrschenden Verhältnissen auf tiefem Niveau würden jede hundert Franken zählen, die es Familien ermöglichen, Ausflüge oder Ferien zu erleben. Die finanziellen Anreize seien eine wichtige Wertschätzung.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

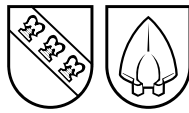
DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | KÜRZUNG | NEUER BETRAG | RESULTAT | OBSIEGENDER ANTRAG |
|-------------|--|----------|--------------|----------|--------------------|
| 163.3010.10 | Pauschalbetrag für Saläranpassungen (inkl. Sozialleistungen) | 45'000.- | 60'000.- | 20:14 | RPK |

An dieser Stelle unterbricht das unüberhörbare – mit lautem Knall – Zuschlagen der Türe zum Zuschauerraum die Ratsverhandlungen. Der Ratspräsident ermahnt sowohl die Zusehenden als auch die Diskussionsredner zu Sitten und Anstand im Parlamentsbetrieb.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

170 – KULTUR

- 4.1 EINZELANTRAG GEMEINDERAT DANIEL NUFER, SP
170.3180.00 KULTURELLE VERANSTALTUNGEN

Gemeinderat Daniel Nufer, SP, bringt einen Einzelantrag zur Aufstockung des Positionsetats um Fr. 20'000.- von bisher Fr. 60'000.- auf neu Fr. 80'000.- ein. Das kulturelle Angebot der Stadt sei zu fördern, da es von vielen Personen am Ort sehr geschätzt werde.

- 4.1.1 WEITERE MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM EINZELANTRAG NUFER

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP, gibt bei dieser Gelegenheit stellvertretend für die angeschlossene Fraktion bekannt, wonach sämtliche Einzelanträge, die Positionskürzungen, gänzliche Streichungen aber auch Mehreinnahmen umfassen, konsequent abgelehnt und mit dem entsprechenden Stimmverhalten quittiert würden.

- 4.2 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM EINZELANTRAG NUFER

Keine Wortmeldung.

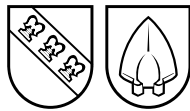
- 4.3 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG NUFER
KULTURELLE VERANSTALTUNGEN

DER GROSSE GEMEINDERAT

– bezugnehmend auf den Antrag von Gemeinderat Daniel Nufer betreffend Kto. Nr. 170.3180.00 –

BESCHLIESST:

1. Der Erhöhungsantrag von Gemeinderat Daniel Nufer, SP, die unter Position 170.3180.00, Kulturelle Veranstaltungen, genannten Fr. 60'000.- um Fr. 20'000.- auf Fr. 80'000.- zu erhöhen, wird mit grossem Mehr abgelehnt.
-



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

185 – WIRTSCHAFT/ENTWICKLUNG

- 4.1 EINZELANTRAG GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP
185.3640.00 PARTNERSCHAFTEN INLAND

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, bringt einen Einzelantrag zur Aufstockung des Positionsetats um Fr. 15'000.- von bisher Fr. 55'000.- auf neu Fr. 70'000.- ein. Die Stadt Illnau-Effretikon und das Calancatal pflegen eine langjährige traditionelle Verbindung; die Gemeinde Calanca sei eine der ärmsten Schweizer Gemeinden, weshalb Unterstützungsleistungen im besagten Umfange gerechtfertigt seien.

- 4.1.1 WEITERE MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM EINZELANTRAG RÖÖSLI

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, zeigt sich ob dem Diskussionsverlauf des heutigen Abends erstaunt. Fern von jeglichem ökonomischen Wissen würden Anträge gestellt.

Der Kanton Graubünden schüttele den fraglichen Berggemeinden Fr. 26 Mio. an Unterstützungszahlungen aus, während der Kanton Zürich diese mit Fr. 16 Mio. bedacht.

Es scheine daher gerechtfertigt, die Zahlungen aus Illnau-Effretikon auf dem heutigen, gekürzten Niveau zu belassen.

- 4.2 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM EINZELANTRAG RÖÖSLI

Keine Wortmeldung.

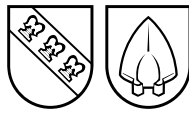
- 4.3 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG RÖÖSLI
PARTNERSCHAFTEN INLAND

DER GROSSE GEMEINDERAT

– bezugnehmend auf den Antrag von Gemeinderätin Brigitte Röösl betreffend Kto. Nr. 185.3640.00 –

BESCHLIESST:

1. Der Erhöhungsantrag von Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, die unter Position 185.3640.00, Partnerschaften Inland, genannten Fr. 55'000.- um Fr. 15'000.- auf Fr. 70'000.- zu erhöhen, wird mit grossem Mehr abgelehnt.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

185 – WIRTSCHAFT/ENTWICKLUNG

- 4.1 EINZELANTRAG GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP
185.3670.00 ENTWICKLUNGSPROJEKTE

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, bringt einen Einzelantrag zur Aufstockung des Positionsetats um Fr. 14'000.- von bisher Fr. 56'000.- auf neu Fr. 70'000.- ein. Die Stadt Illnau-Effretikon pflegt eine langjährige Tradition im Bereich der Entwicklungshilfe, wo sie sich zusammen mit den ortsansässigen Kirchen karitativ betätigt. Gemeinderätin Röösl appelliert an die CVP, diesen Antrag zu stützen, müsste das Ansinnen doch auch in deren Sinne sein.

- 4.1.1 WEITERE MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM EINZELANTRAG RÖÖSLI

Keine Wortmeldungen.

- 4.2 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM EINZELANTRAG RÖÖSLI

Keine Wortmeldung.

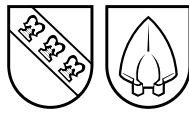
- 4.3 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG RÖÖSLI
ENTWICKLUNGSPROJEKTE

DER GROSSE GEMEINDERAT

– beziehend auf den Antrag von Gemeinderat Brigitte Röösl betreffend Kto. Nr. 185.3670.00 –

BESCHLIESST:

1. Der Erhöhungsantrag von Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, die unter Position 185.3670.00, Kulturelle Veranstaltungen, genannten Fr. 56'000.- um Fr. 14'000.- auf Fr. 70'000.- zu erhöhen, wird mit grossem Mehr abgelehnt.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 300

303 – PRIMARSCHULE

4.1 EINZELANTRAG GEMEINDERAT PAUL ROHNER, SVP 303.3174.00 SKILAGER

Gemeinderat Paul Rohner, SVP, bringt einen Einzelantrag zum Ressort Schule ein, wozu sich gemeinhin niemand getraue, Fragen anzumerken oder Vorgänge zu hinterfragen. Das Ressort Schule geniesse gemeinhin den unantastbaren Status einer „heiligen Kuh“.

In den vergangenen Jahren wurden Kosten im Millionenumfang in die Höhe getrieben. Ob die Schule im gleichen Masse besser geworden, wie sie auch teurer geworden sei, bleibe dahin gestellt. 2014 schlugen die Ausgaben im Bereich Schule noch mit Fr. 24.3 Mio. zu Buche, wo sie nun ein Jahr später bereits bei Fr. 25.1 Mio. schliessen.

Die Investitionen im Bereich der Bildung seien wichtig; dies stünde ausser Frage. Diskussionsgegenstand sei vielmehr der Umstand, ob man sich alles leisten müsse, was gemeinhin einfach eingeplant und vorgesehen sei.

In der Folge stellt Gemeinderat Rohner den Antrag, die Budgetposition für Schneesportlager zu kürzen; könne man doch jetzt ohnehin noch nicht vorhersagen, ob diese angesichts der klimatischen Verhältnisse überhaupt stattfinden können. Bisher budgetiert waren pro Jahr alternierend jeweils Fr. 30'000.- bzw. im darauffolgenden Zyklus Fr. 60'000.-. Zudem veranschlage die Schule Projektwochen im Umfang von Fr. 40'000.-. Der Voranschlag 2016 präsentiere sich gesamthaft nicht derart glorreich, dass damit Fr. 100'000.- sinnvoll gerechtfertigt werden könnten.

Gemeinderat Rohner macht beliebt, die fragliche Position auf Fr. 30'000.- zu kürzen und verzichtet im Gegenzug darauf, die korrespondierende Position bei der Oberstufe ebenso zu streichen.

4.1.1 WEITERE MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM EINZELANTRAG ROHNER

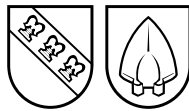
Keine Wortmeldungen.

4.2 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM EINZELANTRAG ROHNER

Die zuständige *Stadträtin Erika Klossner-Locher, FDP*, macht beliebt, die diesbezügliche Stellungnahme dem zuständigen Referenten der Rechnungsprüfungskommission zu übertragen, da dieser ohnehin wohl besser Bescheid wisse.

Anschwellende Erheiterung im Ratssaal.

Stellung nimmt Kommissionsmitglied *René Truninger, SVP*. Laut dessen Ausführungen werde der Betrag jeweils mit alternierender Grösse in den Voranschlag aufgenommen, da die Zahl teilnehmender KlasseN von Jahr zu Jahr divergiere.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Stadträtin Erika Klossner-Locher ergänzt nur insofern, als dass sich die Truninger'schen Ausführungen auf die Klassenlager und nicht auf die Schneesportlager bezogen hätten. Bei den Skilagern fallen zudem Erträge ins Gewicht, die buchhalterisch ebenso abzubilden seien.

4.3 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG ROHNER SKILAGER

DER GROSSE GEMEINDERAT

– bezugnehmend auf den Antrag von Gemeinderat Paul Rohner betreffend Kto. Nr. 303.3174.00 –

BESCHLIESST:

1. Der Kürzungsantrag von Gemeinderat Paul Rohner, SVP, die unter Position 303.3174.00, Skilager, genannten Fr. 62'500.- um Fr. 32'500.- auf Fr. 30'000.- zu reduzieren, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

LAUFENDE RECHNUNG

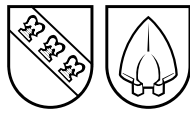
KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

400 – ABTEILUNG HOCHBAU

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | ANTRAG SR | ANTRAG RPK | KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG) |
|-------------|--------------------------------|--------------|---------------|---|
| 400.3650.00 | Heimatschutz/ Denkmalpflege | 62'500 | 22'500 | - 40'000 Das kommunale Inventar ist weit gereift. Aktive Massnahmen des Stadtrates für noch weitergehenden Denkmalschutz sollen deutlich reduziert werden. In absehbarer Zeit sollen vom Stadtrat keine eigenen Initiativen mehr gestartet und zu diesem Zweck Gutachten in Auftrag gegeben werden. Ein verbleibender Budgetposten soll dazu dienen, zwingend erforderliche Abklärungen |



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

_____ vorzunehmen.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.2.1 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, erklärt namens der Kommissionminderheit Sinn und Zweck einzuholender Gutachten im Bereich des Heimatschutzes und der Denkmalpflege. Im Weiteren leitet er anhand der Ausführungen im jährlich erscheinenden stadträtlichen Geschäftsbericht die durchschnittlich pro Jahr einzusetzenden Aufwendungen her. Im Verlauf der letzten fünf Jahre seien insgesamt 100 Projekte betreut worden; was Kosten von gesamthaft Fr. 400'000.- generierte – in der Folge ist von Kosten von jährlich Fr. 80'000.- auszugehen. Der Stadtrat habe in Konsequenz des Sparpaketes aber mitnichten jenen, sondern einen tieferen, Betrag eingesetzt.

Die Gelder werden für Bauberatungen, -begleitungen und Vernehmlassungen eingesetzt; sie dienen Bauherrschaften im Sinne einer Dienstleistung, wenn diese beabsichtigen, an ihren inventarisierten Objekten bauliche Veränderungen vorzunehmen. Die Kosten werden nur im Bedarfsfall ausgelöst.

Komme das Parlament nun zum Schluss, die veranschlagte Position in ihrem Umfang zu kürzen, so könne sie keine kundenorientierte Dienstleistung mehr erbringen und müsste Entscheide von Bauherrschaften so vertagen bzw. priorisieren, dass sie mit den Budgetvorgaben einher gehen.

Gemeinderat Hasler kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dieser Antrag als Mittel genutzt wird, sich für den Nebenschauplatz beim Dorfplatz Illnau zu rächen, wo ein Gebäude – die vielzitierte Liegenschaft Usterstrasse 23 – und deren Inventarisierung die Gemüter erregt und sich derzeit auch die Gerichte mit beschäftigen.

4.2.2 GEMEINDERÄTIN MICHÈLE VÖGELI, JLIE

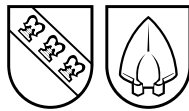
Gemeinderätin Michèle Vögeli, JLIE, verwehrt sich gegen die durch Vorredner Hasler in den Raum gestellte Behauptung, wonach der Antrag der Kommissionsmehrheit als Reaktion zum Gerichtsurteil in Sachen Inventarentlassung Usterstrasse 23 auszulegen sei.

Der Antrag wurde in dieser Form alljährlich im Rahmen der Budgetberatung in die Rechnungsprüfungskommission getragen; und in diesem Jahr habe er dort Gehör gefunden und sich nun insofern durchzusetzen vermocht, als er nun im Gesamtrat zur Debatte stünde.

Der Heimatschutz möge auf ein Minimum beschränkt werden, treibe er doch bisweilen seltsame, gar absurde Blüten. Die Renovationskosten von einem 10 m² Grundfläche umfassenden WC-Häuschen beim Bahnhof Illnau beschlug dank des Heimatschutzes Kosten von Fr. 120'000.-. Die im gekürzten Budgetposten eingestellten Gelder mögen für Beurteilungen eingesetzt werden, wo diese tatsächlich sinnvoll seien.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, taxiert den „weit gereiften“ Antrag der Kommissionsmehrheit als unsachgemäss, basiere er doch auf einem Grundlagenirrtum. Damit liesse sich nicht der Bestand bzw. die Anzahl der im Inventar schützens- bzw. erhaltenswerter Bauten figurierender Objekte lenken. Der Stadtrat hege keine Absichten, das Inventar zu verändern.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Der unter dieser Kostenposition eingestellte Betrag sei für die Ausarbeitung von Gutachten zur Bearbeitung von Baugesuchen vorgesehen, die von Eigentümern zur baulichen Veränderung bereits inventarisierter Objekte eingereicht würden. Diesem Prozess komme im Baubewilligungsverfahren übergeordnete Bedeutsamkeit zu, seien diese Grundlagen doch in einem allfälligen Rechtsstreit von evidenter Wichtigkeit.

Baubehörde und Stadtrat können die Zahl entsprechend eingehender Baugesuche im nächsten Jahr nicht voraussehen.

Stadtrat Fürst appelliert an das Plenum, den Entscheid gut abzuwägen.

4.4 WEITERE DISKUSSION

4.4.1 GEMEINDERAT ERIK SCHMAUSSER, GLP

Zum Votum von Vorrednerin Vögeli fügt *Gemeinderat Erik Schmausser, GLP*, an, wonach die Realisation eines neuen WC-Häuschens beim Illnauer Bahnhof mit mindestens gleich hohen Kosten zu Buche geschlagen hätte; allerdings wäre eine neue Toilettenanlage wohl im Stile einer „Blehbüchse“ ausgefallen. Es gelte, kulturelles Erbe zu erhalten.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | KÜRZUNG | NEUER BETRAG | RESULTAT | OBSIEGENDER ANTRAG |
|-------------|--------------------------------|---------|--------------|----------------------------------|--------------------|
| 400.3650.00 | Heimatschutz/ Denkmalpflege | 62'500 | 22'500 | 18:15 (bei 2 Enthaltungen) | RPK |

LAUFENDE RECHNUNG

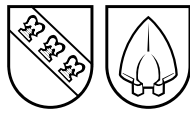
KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | ANTRAG | ANTRAG | KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG) |
|-----------|-------------|--------|--------|----------------------|
|-----------|-------------|--------|--------|----------------------|



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

| | | SR | RPK | |
|-------------|-------------------------|---------|--------|--|
| 420.3114.00 | Anschaffung Mobilien | 128'000 | 58'000 | - 70'000 |
| | | | | <p>Auf die Neuanschaffung der noch nicht zehn Jahre alten Rössli-Stühle für 70'000 Franken soll in den kommenden Jahren weiterhin verzichtet werden. Die Stühle haben das Ende ihrer Nutzungsdauer noch nicht erreicht. Gemäss Auskunft des Stadtrats mussten in den Jahren 2013, 2014 und 2015 je sechs Stühle repariert werden, was bisher einen externen Aufwand von rund 3'000 Franken auslöste.</p> <p>Begründung Streichung Rössli-Stühle im Vorjahr: Die Rössli-Stühle, die ersetzt werden sollen, wurden nach Auskunft Stadtrat im Jahre 2006 für Fr. 50'000.- beschafft. Diese Stühle bereits wieder zu ersetzen (150 neue Stühle), ist kaum nachhaltig. Allfällig defekte Stühle reparieren.</p> |

- 4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK
4.2.1 GEMEINDERAT PETER VOLLENWEIDER, BDP

Gemeinderat Peter Vollenweider, BDP, setzt sich für den Erhalt dieses Budgetpostens ein. Ein weiterer Aufschub dieser Anschaffung wirke sich für das Gasthaus mit zunehmender Abnutzung der Stühle reputationsschädigend aus, drohen die Sitzmöglichkeiten doch nächstens zu bersten; die Stühle seien ohnehin unbequem. Nicht auszudenken, was die Folgen wären, würde sich jemand verletzen.

- 4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

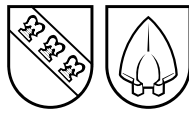
Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, sekundiert die Aussagen von Gemeinderat Vollenweider und hat der Sache nichts mehr hinzuzufügen.

- 4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

- 4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT



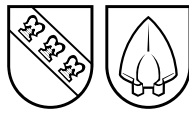
PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | KÜRZUNG | NEUER BETRAG | RESULTAT | OBSIEGENDER ANTRAG |
|-------------|-------------------------|---------|-----------------|----------------------------------|--------------------|
| 420.3114.00 | Anschaffung Mobilien | 128'000 | 58'000 | 19:11 (bei 5 Enthaltungen) | RPK |



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | ANTRAG SR | ANTRAG RPK | KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG) |
|-------------|-------------------------|--------------|---------------|---|
| 420.3140.70 | Baulicher Unterhalt AZB | 255'000 | 175'000 | - 80'000 |
| | | | | Gleiche Begründung wie im Vorjahr: Bei einem so neuen Gebäude sollten in den nächsten Jahren zum Wertehalt 0.3 % der Versicherungssumme der GVZ ausreichen. Demgegenüber möchte der Stadtrat für 2016 0.9 % des GVZ-Wertes budgetieren. |
| | | | | Hinweise: Der verbleibende Budgetbetrag von Fr. 175'000.- würde dem Beschluss wie Voranschlag 2015 entsprechen (Fr. 20'000.- Baulicher Unterhalt plus Fr. 155'000.- Serviceverträge [bisher Kto.: 420.3156.01]). Zudem ist zu berücksichtigen, dass die ersten Fr. 100'000 Unterhaltskosten vom AZB zu tragen sind. |

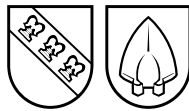
4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, legt die Budgetierungsweise zu Immobilien vom Grundsatz her dar. Man budgetiere aufgrund von Erfahrungswerten in Kenntnis der Historie der einzelnen Liegenschaften; bereits jetzt setze man Aufwendungen unterhalb der Mittelwerte ein.

Der Betrieb des Alterszentrums laufe auf Hochtouren; derzeit herrsche Vollbelegung vor. Es versteht sich von selbst, wonach sich Elemente und Betriebseinrichtung durch stetigen Gebrauch abnutzen. Verzichte man darauf, laufenden Unterhalt zu tätigen, so räche sich dies später mit höheren Investitionskosten.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

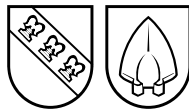
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | KÜRZUNG | NEUER BETRAG | RESULTAT | OBSIEGENDER ANTRAG |
|-------------|----------------------------|---------|-----------------|-------------------------------------|--------------------|
| 420.3140.70 | Baulicher Unterhalt AZB | 255'000 | 175'000 | Grossmehrheitliche Unterstützung | RPK |



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 600 SOZIALES

635 – ALIMENTE KLEINKINDERBETREUUNG

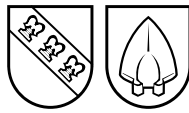
4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | ANTRAG SR | ANTRAG RPK | KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG) |
|-------------|-----------------------------------|--------------|---------------|---|
| 635.3662.00 | Beiträge für Kleinkinderbetreuung | 550'000 | 410'000 | - 140'000 Wesentliche Veränderungen seit Verabschiedung des Voranschlages durch den Stadtrat sollen ins bewilligte Budget einfließen. Der Kantonsrat wird voraussichtlich die Abschaffung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge beschliessen; ein Referendum ist nicht zu erwarten. Ab Frühjahr 2016 können aufgrund dieses übergeordneten Entscheids keine neuen Gesuche mehr eingereicht werden. Für bereits bewilligte Gesuche wird eine Übergangsfrist bis Herbst 2016 gelten. Der Wegfall, den der Stadtrat begrüsst („soll schnellstmöglich gestrichen werden“; vgl. Antrag Stadtrat, S. 3), soll im Voranschlag berücksichtigt werden. Der zuständige Stadtrat rechnet aufgrund des zu erwartenden Wegfalls für 2016 mit einer Aufwandreduktion von Fr. 140'000.-. |

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Namens des Stadtrates gibt Ressortvorstand Soziales, *Samuel Wüst, SP*, bekannt, wonach das Parlament diese Position gestrichen werden könne. Auf übergeordneter kantonaler Stufe deuten alle Zeichen darauf hin, dass das Kantonsparlament die Kleinkinderbetreuungsbeiträge in dieser Form aufheben würde.

Angesichts aktueller Entwicklungen sei es allenfalls sogar denkbar, der bei dieser Position wegfallende Betrag bei der Flüchtlingsbetreuung einzustellen.

Diese Aussage nicht ungehört, erkundigt sich *Kommissionspräsident Käppeli* sofort nach neusten Entwicklungen in diesem Bereich. Der Stadtrat habe es in der Folge unterlassen, über wesentliche Veränderungen zu orientieren.

Keine weitere Kommentierung des Stadtrates.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

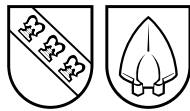
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | KÜRZUNG | NEUER BETRAG | RESULTAT | OBSIEGENDER ANTRAG |
|-------------|-----------------------------------|---------|--------------|----------------------------------|--------------------|
| 635.3662.00 | Beiträge für Kleinkinderbetreuung | 550'000 | 410'000 | Grossmehrheitliche Unterstützung | RPK |



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 800 SOZIALES

816 – FEUERWEHR

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

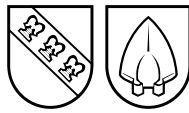
| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | ANTRAG SR | ANTRAG RPK | KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG) |
|-------------|---|--------------|---------------|--|
| 816.3114.00 | Anschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen | 80'000 | 25'000 | - 55'000 Die vorgebrachten stadträtlichen Argumente für einen Ersatz des Picket-Offiziers-Fahrzeuges der Feuerwehr überzeugten eine RPK-Mehrheit in den Vorberatungen nicht. Das Fahrzeug [Jahrgang 2007; Km-Stand: 57'400] scheint noch in einem ausreichend guten Zustand zu sein. Es soll noch einige Jahre im Einsatz bleiben. |

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Namens des Stadtrates gibt Ressortvorsteherin, *Salome Wyss, SP*, bekannt, wonach die Stadt ihren Fahrzeugen hinreichend Sorge trage; allerdings sei das Gefährt infolge intensivsten Gebrauchs in den vergangenen acht Jahren reparaturbedürftig. Schon damals habe man sich einer Notlösung bedienen müssen; auch dannzumal fürchtete man sich davor, wonach, der Grosse Gemeinderat etwelche höhere Anschaffungskosten nicht goutieren würde. Es sei nun abzuwägen, ob die anstehenden Reparaturen noch in einem Verhältnis zum Fahrzeugwert stehen. Die Anforderungen an ein solches Arbeitsgerät seien in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen; diese vermöge das gegenwärtige Fahrzeug nicht mehr zu erfüllen. Für notwendiges Einsatzmaterial (Notfallsignalisation, Computer, usw.) bestünde nur unzureichender Stauraum. Die Platzverhältnisse und Ablageflächen sind zu klein dimensioniert. Das Fahrzeug werde auch den unterschiedlichen Körpergrössen der verschiedenen Korpsoffiziere nicht mehr gerecht; das Lenken des Fahrzeuges gestalte sich daher zum Teil sehr ungestüm. Die manuelle Getriebebeschaltung verunmögliche das gleichzeitige Bedienen von Lenkrad, Funkgerät und weiteren Kommunikationsmitteln im Einsatzfall. Der Erhalt eines Fahrzeuges, das nachhaltig seinen Zweck nicht mehr zur Zufriedenheit zu erfüllen vermag, beurteilt der Stadtrat als nicht sinnvoll.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

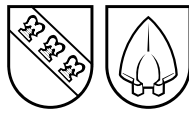
Die Gebäudeversicherung des Kantons Zürich GVZ stelle der Feuerwehrorganisation von Illnau-Effretikon ein hervorragendes Zeugnis aus. Sie stelle dabei fest, dass die Kosten pro Einwohner mit Fr. 29.- gar unter dem kantonalen Durchschnitt von Fr. 47.- liegen. Die Feuerwehr erfülle für die Öffentlichkeit Aufgaben von unschätzbarem Wert. Sie sei dieses Jahr im Umfang von über 2'000 Stunden bereits 260 Mal zu Einsätzen ausgerückt; 30 % von diesen Operationen entfallen dabei auf Wochenendtage. Da nützen auch Aussagen, wie sie beispielsweise Gemeinderat Herbert Kempf bereits verlautbaren liess, wonach die anderen Organisationen halt zu teuer seien, nichts.

Das Korps der Feuerwehr sei für die Verrichtung ihrer wertvollen Arbeit darauf angewiesen, dass ihm zweckmässige, funktionierende und zeitgemässe Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Gemeinderat Herbert Kempf, SVP, kennt als erfahrener Automechaniker das fragliche Fahrzeug aufgrund eigener Inspektionen bestens. Es erfülle die technischen Anforderungen nach wie vor und befinde sich in einem guten Zustand. Das Einsatzgerät könne gar in einen Streifenwagen für die Stadtpolizei umgenutzt werden. Im Übrigen sei das Fahrzeug hinsichtlich seiner Ausstattung „vergoldet“.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

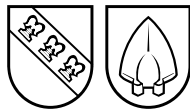
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | KÜRZUNG | NEUER BETRAG | RESULTAT | OBSIEGENDER ANTRAG |
|-------------|---|---------|--------------|----------------------------------|--------------------|
| 816.3114.00 | Anschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen | 80'000 | 25'000 | Grossmehrheitliche Unterstützung | RPK |



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 900 JUGEND UND SPORT

950 – SCHWIMMBAD UND KUNSTEISBAHN

4.1 ANTRAG DER RPK

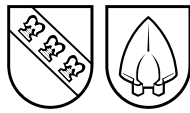
Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | ANTRAG SR | ANTRAG RPK | KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG) |
|-------------|---------------------------------|--------------|---------------|--|
| 950.3114.00 | Anschaffung Maschinen/Fahrzeuge | 85'000 | 50'000 | - 35'000 Gemäss Stadtrat sollen für die Eselriet-Fussballplätze zwei Rasenmäherboter für je Fr. 17'000.- (inkl. Installation) beschafft werden. Einer RPK-Mehrheit fehlte in den Vorberatungen der greifbare und verlässliche Nachweis, dass diese Anschaffung innert ca. 2 Jahren amortisiert sein soll (weniger Mähen durch Gartenbauunternehmen und weniger Abführen der Waldrandkompostierung). Es wird vielmehr befürchtet, dass die Mäherboter einen grossen Unterhalt mit sich bringen. |

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

4.2.1 GEMEINDERAT HANS ZIMMERMANN, GP

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, ersucht den zuständigen Stadtrat darzulegen, in welchem Betätigungsfeld die durch den Einsatz zweier Mäherboter freiwerdenden personellen Ressourcen eingesetzt würden.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

4.2.2 GEMEINDERAT MARCO NUZZI, FDP

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP, kann den Antrag der Kommissionsmehrheit nicht nachvollziehen. Es fallen mitnichten Unterhaltskosten an, da die Geräte eine zweijährige Garantiefrist aufweisen.

Es sei im Interesse des Fussballclubs Illnau-Effretikon, wonach die Rasenfelder regelmässiger Pflege und Rückschnitten bedürfen; heute richte sich die Mähfrequenz nach dem zur Verfügung stehenden Budget, was der Spielqualität nicht förderlich sei.

Gemeinderat Herbert Kempf, SVP, bezweifelt die Richtigkeit der Höhe der Unterhalts- als auch der Amortisationskosten. Zudem würden reine Unterhaltskosten in ausserordentlichen Fällen, wie sie beispielsweise bei Vandalismus, Entwendung usw. anfallen, per se nie durch Garantiekosten gedeckt.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

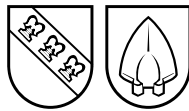
Stadtrat André Bättig, FDP, erläutert namens des Ressorts Jugend und Sport die Einzelheiten zu diesem strategisch wichtigen Geschäft, wie er es mit ironischem Unterton taxiert.

Die Stadt beabsichtige für den automatisierten Mähvorgang ihrer beiden Rasenfelder im Sportzentrum Effretikon zwei Mähroboter für gesamthaft Fr. 34'000.- anzuschaffen; zuzüglich der Kosten von Fr. 2'000.- die Basisinstallation der Dockstation.

Die Rasenfläche werde heute konventionell gemäht; die Stadt vergibt diesen Auftrag jeweils einer externen Gartenbaufirma (zu Lasten Konto 950.3140.20, Unterhalt Fussballplätze). Durch den Einsatz von Robotern lassen sich pro Platz je 30 Mäheinheiten in der gesamthaften Kostenhöhe von Fr. 30'000.- einsparen.

Die Stadt habe das Produkt mit Vorsicht evaluiert; dieses verrichte bei vergleichbaren Sporteinrichtungen und grossen Stadien gute Arbeit. Die Qualität des Rasenschnittes sei gar höher als beim manuellen Vorgang.

Sollte der Grosse Gemeinderat die Kostenposition streichen, so werde der Stadtrat die Geräte mit einem Leasingvertrag zum Einsatz bringen.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

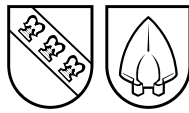
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | KÜRZUNG | NEUER BETRAG | RESULTAT | OBSIEGENDER ANTRAG |
|-------------|--|---------|-----------------|-------------------------------------|--------------------|
| 950.3114.00 | Anschaffung Maschinen/ Fahrzeuge | 85'000 | 50'000 | Grossmehrheitliche Unterstützung | SR |



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 200 FINANZEN

210 – VORFINANZIERUNGEN

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | ANTRAG SR | ANTRAG RPK | KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG) |
|-------------|--|--------------|---------------|--|
| 210.3800.04 | Einlage in Vorfinanzierung Erweiterung Schulanlage Hagen, Illnau | 800'000 | 1'000'000 | + 200'000 Sofern der Voranschlag 2016 durch die beantragten Kürzungen ausreichend verbessert werden kann, soll die Vorfinanzierung des Schulhauses Hagen auf 1 Million aufgestockt werden. Diese Vorfinanzierung wird im weitsichtigen Sinne einer Entlastung zukünftiger Rechnungen zugute kommen. |

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

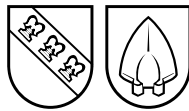
Keine Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

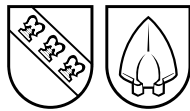
– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | KÜRZUNG | NEUER BETRAC | RESULTAT | OBSIEGENDER ANTRAG |
|-------------|--|---------|--------------|-------------------------------------|--------------------|
| 210.3800.04 | Einlage in Vorfinanzierung Erweiterung Schulanlage Hagen, Illnau | 800'000 | 1'000'000 | Grossmehrheitliche Unterstützung | RPK |

Der Ratspräsident macht beliebt, die Sitzung an dieser Stelle durch eine Pause zu unterbrechen, was auch im Sinne der in der gemeinderätlichen Geschäftsordnung festgehaltenen Bestimmung zur Durchführung von Doppelsitzungen empfohlen ist. Eine Abstimmung entfällt.

Die Verhandlungen werden um 21:00 Uhr für 5 Minuten (bis 21:05 Uhr) ausgesetzt.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

5 BERATUNG DER KÜRZUNGSANTRÄGE DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION INVESTITIONSRECHNUNG

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

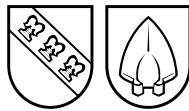
5.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | ANTRAG SR | ANTRAG RPK | KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG) |
|-------------|--|--------------|---------------|--|
| 420.5060.10 | Stadthaus Gebäudesteuerung Technik | 50'000 | 0.00 | - 50'000 Beim Posten Gebäudesteuerung Technik handelt es sich um einen allfälligen Ersatz der Lüftungssteuerung im Stadthaus (im IAFP, S. 52, sind dafür total 250'000 eingestellt). Die Lüftung ist gemäss Auskunft des Stadtrates trotz ihres Alters von rund 20 Jahren noch gebrauchstauglich. Zudem erfüllt sie die gesetzlichen Anforderungen – nach aktuellem Wissensstand – weiterhin. Von daher ist für eine RPK-Mehrheit ein Ersatz weder dringlich noch zwingend. In den Voranschlag aufzunehmen sind jedoch gemäss stadträtlicher Investitionsstrategie lediglich Investitionen mit höchster Dringlichkeitsstufe. Deshalb soll die bestehende, noch gebrauchstaugliche Lüftungssteuerung bis auf weiteres im Einsatz bleiben. |

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, führt namens des Ressorts Hochbau aus, wonach die Lüftung derzeit noch funktioniere; sie den Ansprüchen der derzeitigen Form des Saalbetriebes aber nicht mehr zu genügen vermöge. Die Lüftung sei nicht hinreichend regulierbar und verursache Geräuschimmissionen, was bei grossen Veranstaltungen und anspruchsvoller Kundschaft nicht geduldet sei. Da es dem System an einer ausgereiften Systematik fehle, ergeben sich durch manuelle Steuerungskorrekturen ungewünschte Schwankungen hinsichtlich der Lufttemperatur.

Zudem seien heute auf dem Markt verfügbare Ersatzteile nicht mehr mit der veralteten Steuerungseinheit kompatibel, was die Beschaffung solcher Bestandteile erschwert und dem Betrieb der Anlage nachhaltigen Schaden zufügt.

Gemeinderat André Büecheler, SVP, stellt zur Thematik eine technische Frage. Die Verpflichtungskreditkontrolle umfasse in den stadträtlichen Darlegungen keine entsprechende Position. Ferner sei die anzustellende Studie vielmehr in der Laufenden als in der Investitionsrechnung abzubilden.

Stadtrat Fürst führt in einer etwas verwirrenden Erklärung aus, wonach der Gesamtbetrag in verschiedene Einheiten gesplittet wurde. Einzelne Teile wären zur Realisierung zeitlich vorgezogen worden, weshalb die Studie nun auch in der Investitionsrechnung Eingang gefunden hätte.

Der Ratspräsident erfragt den Stadtrat nach weiteren klärenden Ausführungen, derweil dieser kein Bedürfnis hegt, weitere Angaben zur Sache vorzubringen.

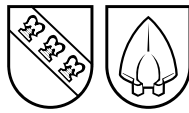
5.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | KÜRZUNG | NEUER BETRAG | RESULTAT | OBSIEGENDER ANTRAG |
|-------------|--|---------|--------------|----------|--------------------|
| 420.5060.10 | Stadthaus Gebäudesteu erung Technik | 50'000 | 0.00 | 20:15 | RPK |



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

INVESTITIONSRECHNUNG

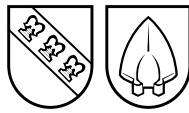
KONTOGRUPPE 500 TIEFBAU

510 – GEMEINDESTRASSEN

Gemeinderat Hansjörg Gehri, BDP, ersucht den Stadtrat um Auskunft der Sachlage bei der Bannhaldenstrasse. Jene soll in das städtische Eigentum überführt werden, wogegen sich fünf private Grundeigentümer verweigert hatten. Die Stadt plane nun, die Kanalisationsleitungen zu sanieren. Es frage sich ob dies sinnvoll sei, da die Stadt angesichts der ungeklärten Kostenteilung wohl subsidiär dafür aufkommen müsse.

Stadtrat Urs Weiss, SVP, bestätigt, wonach die fragliche Strasse im Verlaufe des sich zu Ende neigenden Jahres ins städtische Eigentum überging; tatsächlich sehe sich die Stadt dabei mit sehr komplexen Eigentumsverhältnissen konfrontiert. Die Wasser- und Kanalleitungen befänden sich aber zum grössten Teil in städtischem Besitz, was die Sache wesentlich vereinfache. Die Stadt fokussiere nun ihre Planungen und lade die übrigen Eigentümer dazu ein, sich am Verfahren zu beteiligen.

Der Ratspräsident nimmt Notiz vom Umstand, wonach nur eine Frage beantwortet und zur Sache kein Antrag gestellt worden sei.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

5.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | ANTRAG SR | ANTRAG RPK | KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG) |
|-------------|----------------------------|--------------|---------------|--|
| 816.5060.30 | Ersatz Sanitätsfahrzeug | 110'000 | 0.00 | - 110'000 Die vorgebrachten stadträtlichen Argumente für einen Ersatz des Sanitätsfahrzeuges der Feuerwehr, das im Pflichtenheft der GVZ ist (deren Subventionsgrundlagen überarbeitet werden sollen), überzeugten eine RPK-Mehrheit in den Vorberatungen nicht. Das Fahrzeug [Jahrgang 1996; Km-Stand: 17'809] scheint noch in einem ausreichend guten Zustand zu sein. Es soll noch einige Jahre im Einsatz bleiben und weiterhin in erster Linie die Gesundheit der Feuerwehr-Einsatzkräfte sicherstellen. Neuerdings und ergänzend dazu ist rund um die Uhr der Sani First Response (Notfälle) mit dem in Kemptthal stationierten Rettungswagen möglich. |

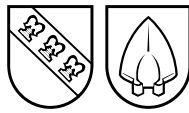
5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadträtin Salome Wyss, SP, legt namens des Ressorts Sicherheit dar, wonach es sich beim fraglichen Objekt um ein 23 Jahre altes Fahrzeug handle. Die Stadt ist gemäss Vorgaben der Gebäudeversicherung des Kantons Zürich, GVZ, verpflichtet, ein solches Fahrzeug in ihrer Flotte zu führen; eine Flotte, die – wie bereits ausgeführt – zwar gut unterhalten sei, aber nicht mehr den gängigen Anforderungen entspreche.

Stadträtin Wyss weist auf den langwierigen Budgetierungs- und Beschaffungsvorgang hin, was zusätzlichen Druck auf den Beschaffungszeitpunkt auslöst.



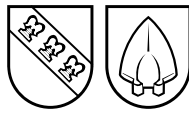
PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Das Fahrzeug stelle die sogenannten „Frist-Responder“-Einsätze im Rahmen der medizinischen Grundversorgung sicher.

Der Grosse Gemeinderat habe trotz ausgezeichneter finanzielle Lage im Feuerwehrebereich den vorherigen Antrag zum Kommandantenfahrzeug nicht gutgeheissen; allenfalls möge das Argument, wonach sich die Gebäudeversicherung des Kantons Zürich beteilige, hier den ausschlagenden Punkt für eine positive Unterstützung liefern.

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, ersucht eindringlich um Ablehnung des Kommissionsantrages; habe er doch anlässlich der letzten Weihnachtsfeierlichkeiten privat auch ein solches Fahrzeug beanspruchen müssen.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

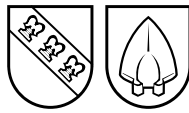
5.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | KÜRZUNG | NEUER BETRAG | RESULTAT | OBSIEGENDER ANTRAG |
|-------------|--------------------------------|---------|-----------------|---------------------------------|-----------------------|
| 816.5060.30 | Ersatz Sanitätsfahrze ug | 110'000 | 0.00 | 16:18 (bei einer Enthaltung) | SR |



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 910 JUGEND UND SPORT

910 – KINDERTAGESSTÄTTE

5.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

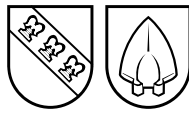
| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | ANTRAG SR | ANTRAG RPK | KÜRZUNG (BEGRÜNDUNG) |
|-------------|--|--------------|---------------|--|
| 910.5031.20 | Erweiterung Kindertagesstätte (KiTa) | 50'000 | 0.00 | -50'000 Gemäss Voranschlag, S. 86, handelt es sich um einen Planungskredit für eine neue Kita. Gleichzeitig steht in der Weisung des Stadtrates, S. 21, dass der beabsichtigte Ausbau des Angebots wegen stag-nierendem Bedarf nochmals geprüft werde solle. Der Stadtrat hat nun am 19. November 2015 ein Grundsatzpapier zur Entwicklung der Kleinkinder-Betreuung verabschiedet. Im Bereit KiTa verfolgt der Stadtrat eine konservative Strategie und möchte zunächst das vorhandene Raumpotenzial ausnutzen. Konkret heisst dies gemäss Stadtrat: Einmietung von freien Plätzen in anderen Gemeinden und Eröffnung einer 3. Gruppe in der KiTa Illnau, sobald der Mittagstisch Hagen steht. Von daher teilte der zuständige Stadtrat der RPK mit, dass er gegen eine Streichung dieses Planungskredites keine Einwände habe. |

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat André Bättig, FDP, legt namens des Ressorts Jugend und Sport dar, wonach sich die interne Planung nun an anderen Gegebenheiten ausrichte und der Betrag getrost aus dem Voranschlag gestrichen werden könne.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

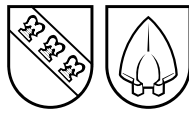
5.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | KÜRZUNG | NEUER BETRAG | RESULTAT | OBSIEGENDER ANTRAG |
|-------------|--------------------------------------|---------|--------------|----------------------------------|--------------------|
| 910.5031.20 | Erweiterung Kindertagesstätte (KiTa) | 50'000 | 0.00 | Grossmehrheitliche Unterstützung | RPK |



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 910 JUGEND UND SPORT

950 – KUNSTEISBAHN / SCHWIMMBAD

- 5.1 EINZELANTRAG GEMEINDERAT HANS-JÜRG GEHRI, BDP
950.5031.11 Spielplatz Sportzentrum

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, bringt einen eigenen Einzelantrag ein.

Er möchte beliebt, die unter dieser Position eingestellten Gelder nicht den üblichen Haushaltsgeldern zu entnehmen, sondern diese aus dem für diesen Zweck geschaffenen Hans Wegmann-Fonds zu speisen.

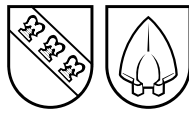
- 5.2 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM EINZELANTRAG GEHRI

In der stadrätlichen Replik führt Stadtrat André Bättig aus, wonach unbestritten sei, dass besagtes Spielgerät stark baufällig und daher dringend zu ersetzen sei.

Der Hans Wegmann-Fonds sei noch gut geäufnet, allerdings wird er derzeit auch noch von anderen Projekten (Hütteschür Ottikon) belehnt. Die Zweckbestimmungen würden das Ansinnen von Gemeinderat Gehri zwar nicht verbieten, der zuständige Ausschuss bediente sich jedoch der langjährigen Usanz, keine Unterhaltsarbeiten über den Fonds abzuwickeln. Früher oder später würde so das dort angesammelte Kapital infolge zahlreicher Instandsetzungsarbeiten getilgt, was zu bedauern sei, wenn damit in bislang ständiger Praxis ausschliesslich Neurealisierungen begünstigt wurden. Unterhaltspflichten seien seit jeher über die Laufende Rechnung abgebildet worden.

Gemeinderat Hansjürg Gehri, BDP, hält fest, wonach das eben von Stadtrat Bättig Ausgeführte zwar der Interpretation und des Usus des Stadtrates entspreche, er aber dennoch an seinem Antrag festhalte. Selbiger sei nicht statutenwidrig.

Die Zulässigkeit des Antrages wird nicht weiter bestritten.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

5.3 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG GEHRI SPIELPLATZ SPORTZENTRUM

DER GROSSE GEMEINDERAT

– bezugnehmend auf den Antrag von Gemeinderat Hans-Jürg Gehri betreffend Kto. Nr. 950.5031.11 –

BESCHLIESST:

1. Der Antrag von Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, die unter Position 950.5031.11, Spielplatz Sportzentrum, genannten Fr. 100'000.- dem Hans-Wegmann-Fonds zu entnehmen, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

6 BERATUNG DER ABSCHREIBUNGSTABELLEN

Ausser der Bemerkung *des Ratspräsidenten*, wonach aufgrund der befolgten Beschlüsse sich nun auch das nachfolgende Zahlenmaterial entsprechend ändert, folgt keine weitere Diskussion zur Abschreibungstabelle.

7 BERATUNG DER VERPFLICHTUNGSKREDITKONTROLLE

Ausser der protokollarischen Bemerkung von Gemeinderat André Büecheler, SVP, wonach in der Folge redaktionelle Korrekturen vorzunehmen sind, folgt keine weitere Diskussion zur Kontrolle der Verpflichtungskredite.

8 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUM VORANSCHLAG

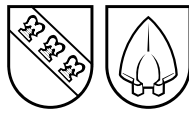
DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Voranschlag 2016 wird unter Berücksichtigung sämtlicher vorstehend beschlossenen Änderungen gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 1. Oktober 2015 genehmigt.

Der Beschluss kam mit einem grossmehrheitlichen Stimmenverhältnis zu Stande.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

9 DISKUSSION ZUM STEUERFUSS

Namens der Rechnungsprüfungskommission gibt deren *Präsident, Michael Käppeli, FDP*, den hinlänglich kommunizierten Vorschlag zur Belassung des Steuerfusses auf 115 % der einfachen Staatssteuer bekannt.

9.1 VOTEN AUS DEM RAT ZUM STEUERFUSS

9.1.1 GEMEINDERAT HANS ZIMMERMANN, GP

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, stellt einen Antrag, wonach der Steuerfuss auf 124 % festgesetzt werden soll.

Er vergleicht dabei die Entwicklungen in anderen Zürcher Gemeinden und referenziert dazu nochmals die biblische Geschichte, die bereits zu Beginn der Sitzung hinlänglich mit sieben mageren und sieben fett Jahren umrissen wurde.

Die fetten Jahre seien vorbei; man möge noch an ihn denken.

Gemeinderat Zimmermann leitet die Berechnung seines Steuerfussansatzes mit einer nicht minder komplexen Erklärung her. Der Gesamtrat versucht, den Ausführungen zu folgen.

Im Originalwortlaut äussert sich Gemeinderat Zimmermann wie folgt:

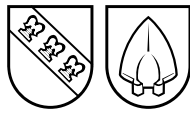
„9 Steuerprozent sind ca. 3 Mio. Franken + 1.5 Mio. Ressourcenausgleich macht total 4.5 Mio. Franken. Diese 4.5 Mio. Franken könnten wir mehr als gut gebrauchen für bereits bewilligte grosse Bauvorhaben, oder für die Schuldenreduktion“.

„Ich stelle den Antrag, den Steuerfuss um 9% zu erhöhen auf 124 % für das Jahr 2016. Der daraus resultierende Steuerertrag wird vollumfänglich dazu verwendet, für Vorfinanzierungen grosser bewilligter Bauvorhaben, oder für die Schuldenreduktion“

Der Ratspräsident weist darauf hin, dass die Ausführungen von Gemeinderat Zimmermann nur teilweise korrekt waren; mit Festlegung des Steuerfusses könne keine Zweckbindung von Steuergeldern geltend gemacht werden; der Antrag ist entsprechend zu korrigieren.

9.1.2 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN, SP

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, rügt mit Anführung des Zitates „Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod“ der fahrlässige Umgang seitens Gemeinderat Zimmermann mit der grammatischen sprachlichen Korrektheit.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

9.1.3 GEMEINDERAT ANDRÉ BÜCHELER, SVP

Gemeinderat André Büecheler, SVP, ruft in Erinnerung, wonach für den geschilderten Fall zusätzliche Abschreibungen zu budgetieren und die getätigten Vorfinanzierungen anzuheben seien; ein solches Verfahren gelte es, zum Voraus mit dem Stadtrat und den Fraktionen abzusprechen; es sei nicht statthaft, dies an dieser Stelle ad-hoc bei der Debatte zum Steuerfuss einzuleiten.

9.1.4 GEMEINDERAT HANS ZIMMERMANN, GP

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, erwägt, einen Rückkommensantrag zur Veränderung der Abschreibungen zu stellen, sollte der Grosse Gemeinderat der Anhebung des Steuerfusses nicht zustimmen.

9.1.5 STADTRAT PHILIPP WESPI, JLIE

Der Stadtrat verzichtet angesichts der Aussichtslosigkeit des gestellten Zimmermann'schen Antrages auf Erfolg auf die epische Darlegung von Gegenargumenten.

10 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR FESTSETZUNG DES STEUERFUSSES

10.1 BEREINIGUNG DER ANTRÄGE

Es liegen der Antrag des Stadtrates – unterstützt durch die Rechnungsprüfungskommission – lautend auf 115 % und ein Gegenantrag von Hans Zimmermann, GP, lautend auf 124 %, vor.

Die beiden Anträge werden einander gegenüber gestellt.

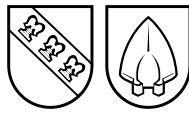
DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Steuerfuss wird für das Jahr 2016 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Der stadträtliche Antrag obsiegt in der Ausmarchung mit grossem Mehr.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

11 KENNTNISNAHME IAFP

Keine Diskussion.

12 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR KENNTNISNAHME DES IAFP

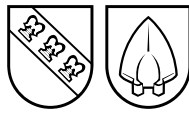
DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2017/21 wird Kenntnis genommen.

Obenstehender Beschluss erfolgte mit einstimmigem Ergebnis.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

13 SCHLUSSABSTIMMUNG

Es ergeht die Schlussabstimmung. An dieser Stelle wird der konsolidierte Gesamtbeschluss inklusive aller Änderungen abgebildet:

DER GROSSE GEMEINDERAT

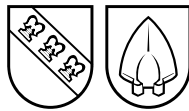
- gestützt auf den Antrag des Stadtrates (SRB-Nr. 171 vom 1. Oktober 2015)
und in Kenntnis des Abschiedes der Rechnungsprüfungskommission vom 30. November 2015
sowie in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag 2016 wird gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 1. Oktober 2015 wie folgt verändert:

1.1 LAUFENDE RECHNUNG

| <u>KONTO-NR.</u> | <u>BEZEICHNUNG</u> | <u>NEUER BETRAG</u> | <u>KÜRZUNG</u> |
|------------------|---|------------------------------|----------------------|
| 163.3010.10 | Pauschalbetrag für Saläranspassungen (inkl. Sozialleistungen) | Fr. 60'000.- | Fr. 45'000.- |
| 208.3310.00 | Ordentliche Abschreibungen Verwaltungsvermögen | Fr. 7'826'000.- | Fr. 15'000.- |
| 400.3650.00 | Heimatschutz/Denkmalpflege | Fr. 22'500.- | Fr. 40'000.- |
| 420.3114.00 | Anschaffung Mobilien | Fr. 58'000.- | Fr. 70'000.- |
| 420.3140.70 | Baulicher Unterhalt AZB | Fr. 175'000.- | Fr. 80'000.- |
| 635.3662.00 | Beiträge für Kleinkinderbetreuung | Fr. 410'000.- | Fr. 140'000.- |
| 816.3114.00 | Anschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen | Fr. 25'000.- | Fr. 55'000.- |
| <u>KONTO-NR.</u> | <u>BEZEICHNUNG</u> | <u>NEUER BETRAG</u> | <u>AUFSTOCKUNG</u> |
| 210.3800.04 | Einlage in Vorfinanzierung Erweiterung Schulanlage Hagen, Illnau | Fr. 1'000'000.- | Fr. 200'000.- |
| | | Total Veränderung | Fr. 245'000.- |



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

1.2 INVESTITIONSRECHNUNG

| <u>KONTO-NR.</u> | <u>BEZEICHNUNG</u> | <u>NEUER BETRAG</u> | <u>KÜRZUNG</u> |
|------------------|--------------------------------------|---------------------|----------------------|
| 420.5060.10 | Stadthaus Gebäudesteuerung Technik | Fr. 0.– | Fr. 50'000.– |
| 910.5031.20 | Erweiterung Kindertagesstätte (KiTa) | Fr. 0.– | Fr. 50'000.– |
| | | Total | Fr. 100'000.– |
| | | Veränderung | |

2.1 Unter Berücksichtigung der unter Ziffer 1 dieses Beschlusses genannten Veränderungen ergeht somit der Voranschlag 2016. Die Aufwendungen und Erträge in der Laufenden Rechnung sowie die Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens weisen folgende Zahlen aus:

| | | | |
|--|-----------|-----|-------------|
| - Laufende Rechnung | Aufwand | Fr. | 110'333'750 |
| | Ertrag | Fr. | 110'733'450 |
| - Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen | Ausgaben | Fr. | 13'220'000 |
| | Einnahmen | Fr. | 883'300 |
| - Investitionsrechnung Finanzvermögen | Ausgaben | Fr. | 0 |
| | Einnahmen | Fr. | 1'050'000 |

2.2 Der Voranschlag 2016 gemäss Ziffer 2.1 wird genehmigt.

3. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2016 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

4. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 399'700.– wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.

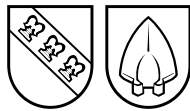
5. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.

6. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2017-2021 wird Kenntnis genommen.

7. Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Stadtrat, zweifach
- Abteilung Finanzen, dreifach
- Rechnungsprüfungskommission
- sämtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates
und die abonnierten Empfänger/innen der Geschäftsunterlagen / via Newsletter
- sämtliche Ressortvorstehende des Stadtrates
- sämtliche Abteilungsleitungen der Stadtverwaltung
- das Ratssekretariat, dreifach

Der obgenannte Beschluss kam mit grossmehrheitlichem Stimmenverhältnis zu Stande.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

7. GESCHÄFT-NR. 067/15

Dringliche Interpellation Christian Hiltbrunner, SVP, betreffend Änderung Aufnahmequote für Asylsuchende per 01.01.2016 – Begründung

Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP, und Mitunterzeichnende, reiche mit Schreiben vom 16. November 2015 folgenden Vorstoss ein:

Gemäss Geschäftsbericht 2014 betreute und unterstützte die Stadt Illnau-Effretikon, bei einer Aufnahmequote von 0.5 %, durchschnittlich 78 Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene. Bereits im 2014 sei eine starke Zunahme von Asylgesuchen verzeichnet worden und führte zu massiven Unterbringungsproblemen bei Kanton und Gemeinden.

„Die meisten neuen zugewiesenen Asylsuchenden stammen aus Syrien oder Eritrea. Personen aus diesen Ländern erhalten fast durchwegs den Status als anerkannte Flüchtlinge oder als vorläufig Aufgenommene. Durch die hohe Anerkennungsquote sind die Gemeinden verpflichtet, neue Flüchtlinge aufzunehmen und den dazu notwendigen Wohnraum bereitzustellen. Die Abteilung Soziales mietet dazu pro Jahr vier bis sechs neue Wohnobjekte auf dem Wohnungsmarkt.“

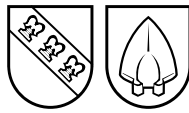
Neu, wie am 10. November bekannt wurde, ist ein markanter Anstieg der Flüchtlinge aus Afghanistan zu verzeichnen. Deutschland lässt offenbar verlauten, dass Flüchtlinge von dort bei Ihnen geringe Aufnahmechancen haben, weshalb sie in die Schweiz ausweichen.

Am 2. November 2015 teilte die Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich mit, dass die Aufnahmequote für Asylsuchende für Gemeinden per 1. Januar 2016 von 0,5 % auf 0,7 % Asylsuchende pro 1'000 Einwohner erhöht wird. Für Illnau-Effretikon bedeutet dies mit einer Bevölkerungsanzahl von rund 16'500 Einwohnern (Stand 2014) eine Zunahme von geschätzten 33 Flüchtlingen. Diese müssen neu untergebracht und betreut werden.

Im Voranschlag 2016 wird im Bereich der Asylbewerberbetreuung (Asylsuchende, Status N) mit einer grossen Aufwandreduktion budgetiert. Speziell zu erwähnen sind die Bereiche Grundbedarf (Fr. -90'000) und Miete von Liegenschaften (Fr. -45'000). Hingegen wird im Bereich der gesetzlich wirtschaftlichen Hilfe (unter anderem vorläufig Aufgenommene, Status F) mit einer Aufwanzunahme von Fr. 750'000 budgetiert.

Somit stelle ich folgende Fragen:

1. War der Stadtrat, aufgrund der Ausführungen im Geschäftsbericht 2014 und in Anbetracht der aktuellen Flüchtlingssituation, im Rahmen einer Eventualplanung auf eine Erhöhung der Aufnahmequote vorbereitet? Wenn ja, welche Massnahmen wurden aufgrund der Eventualplanung getroffen?
2. Ist bereits bekannt, wie viele zusätzliche Flüchtlinge effektiv untergebracht und betreut werden müssen? Wenn ja, wie viele?
3. Hat der Stadtrat Erfahrungswerte oder gibt es bereits genauere Angaben über den Aufenthaltsstatus und der Struktur (Familien oder Einzelpersonen, jung oder alt, Religion, Herkunft etc.) der zu erwartenden Flüchtlinge?
4. Zur Integration der schulpflichtigen Kinder
 - a) Wie viele Kinder werden erwartet?
 - b) Wie werden diese Kinder schulisch betreut?
 - c) Werden die Kinder auf alle Schulen in Illnau-Effretikon verteilt oder einer Schule zentral zugeteilt?



PROTOKOLL

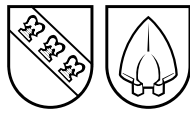
Sitzung vom 17. Dezember 2015

- d) Werden die fremdsprachigen Kinder in den jetzigen Klassen integriert oder wird eine neue Klasse gebildet?
5. Stehen genügend Mietobjekte oder anderweitige Unterkunftsöglichkeiten zur Verfügung? Wo genau befinden sich die geplanten und bereits bekannten Objekte? Ist eine Unterbringung nach dem Modell Fehraltorf denkbar?
6. Gibt es gesetzliche Vorgaben im Bereich der Unterbringung? Können Asylsuchende und/oder vorläufig Aufgenommene auch in Kollektivstrukturen untergebracht werden? Wenn ja, welche Vor- und Nachteile wären mit dieser Unterbringung verbunden und wie stehen die Kosten im Verhältnis zu einer Unterbringung in Wohnungen? Wird diese Möglichkeit im Rahmen der Quotenerhöhung als Übergangslösung geprüft?
7. Alle Gemeinden sind von der Erhöhung der Quote betroffen. Ist eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden geplant um effizienter Arbeiten zu können? Sind gemeinsame Unterbringungen und demzufolge gemeinsame Betreuungen vorgesehen?
8. Gedenkt der Stadtrat die Betreuung der Asylsuchenden auszulagern? Wurde diese Möglichkeit bereits geprüft?
9. Welche Auswirkung hat die Änderung der Aufnahmequote in den Bereichen Sozialhilfe, Asylbewerberbetreuung, Integration, Schule und Sicherheit? Gibt es noch weitere Bereiche? Wenn ja, welche Auswirkungen erwartet der Stadtrat in diesen Bereichen?
10. Welche kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen sind in allen Bereichen nötig? Welche Massnahmen betreffen bereits den Voranschlag 2016? Welche Massnahmen aufgrund der Quotenerhöhung sind im Voranschlag 2016 nicht enthalten?

Urheber: Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP

Mitunterzeichnende: Gemeinderätin Marianne Baracchi-Meier, SVP
Gemeinderat Paul Rohner, SVP
Gemeinderat Heinrich von Bassewitz, SVP
Gemeinderat André Büecheler, SVP
Gemeinderat René Truninger, SVP
Gemeinderat Herbert Kempf, SVP
Gemeinderat Peter Wohlgensinger, SVP
Gemeinderat Daniel Huber, SVP
Gemeinderat Ueli Kuhn, SVP
Gemeinderat Roger Miauton, SVP

Eingang Ratsbüro: 16. November 2015



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Interpellation taxiert. Eine Überprüfung des Ratsbüros ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Interpellationen gemäss Art. 75 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates GeschO GGR gestellt werden, einzuhalten vermag.

BEHANDLUNG IM PLENUM

Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP, begründet - auch namens der Mitunterzeichnenden - im Sinne von Art. 77 Abs. 1 GeschO GGR den eingereichten Vorstoss, wobei der Redner seine Referat mehrheitlich auf Basis des zu Grunde liegenden Interpellationstextes aufbaut. Neue bzw. weitere Fakten, die aus dem Text nicht hervorgehen, ergeben sich keine.

Der Ratspräsident erkundigt sich in Anwendung von Art. 77 Abs. 2 GeschO GGR beim Stadtrat nach der gewünschten Beantwortungsmodalität.

Namens des Ressorts Soziales gibt *Stadtrat Samuel Wüst, SP*, bekannt, wonach er die gestellten Fragen zufolge der Aktualität der Thematik sogleich mündlich zu beantworten wünscht.

Der Ratspräsident erteilt das Wort Stadtrat Wüst, dessen Votum (Samuel Wüst betont dezidiert, dass er nicht sämtliche 26 gestellten Fragen beantworten wird, sondern sie thematisch bündelt) sich anhand folgender Stichworte wie folgt zusammenfassen lässt:

AUSGANGSLAGE

- Quote: neu 114 (bisher 81) Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene per 1. Januar 2016
- Per 17. Dezember 2015 betreut die Stadt 93 Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen
- 16 Personen reisen im Januar 2016 ein
- Bis Mitte Januar 2016 sollte Quote erfüllt sein
- Weitere Entwicklung ungewiss. Zunahme im Frühjahr oder Sommer 2016 möglich

UNTERBRINGUNG DER FLÜCHTLINGE IN ILLNAU-EFFRETIKON

Phase 1: in einfachen Notunterkünften der Stadt

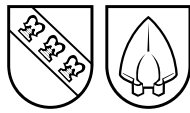
Phase 2: eigene Wohnung

Die Mietkosten pro Person/Monat betragen Fr. 336.- (Weisslingen Fr. 430.-, Fehraltorf Fr. 220.-)

Unterbringungen in Effretikon:

Brandrietstrasse, Rappenstrasse, Märtplatz, Rütlistrasse, Gartenstrasse, Weiherstrasse und im Moos

Unterbringung in Illnau: Kempptalstrasse, Usterstrasse



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

NOCHMALIGE ERHÖHUNG DES KONTIGENTS

- Wohnungssuche für Asylsuchende ist extrem schwierig
- Abklärungen laufen für Zivilschutzanlagen, Baracken, Container

SCHULE

- Unter den neu zugewiesenen Personen befinden sich schätzungsweise 5 bis 6 schulpflichtige Kinder.
- Die Schule sieht sich nach bisherigen Erfahrungen eher mit Problemen (zahlenmässig und inhaltlich) bei Kindern aus Familiennachzügen aufgrund des Ausländerrechts und der bilateralen Verträge konfrontiert.
- Die Schulpflege wird eine Aufnahmeklasse eröffnen.

LÄNGERFRISTIGE HERAUSFORDERUNGEN

- Integration bei Kinder- und Jugendlichen verläuft dank vorbildlichem Bildungssystem gut bis sehr gut.
- Grösste Herausforderung ist die schlechte Arbeitsintegrationsquote von Flüchtlingen ab ca. 40 Jahre
- Nach 10 Jahren Aufenthalt in der Schweiz verfügen nur 50 bis 60 % über eine stabile Arbeit
- Steigende Sozialhilfekosten
Bund, Kantone und Gemeinden haben das Problem erkannt. Überzeugende Konzepte und Ideen bestehen noch nicht.

ZU DEN FRAGEN IM EINZELNEN:

FRAGE 2:

- Nein, aber Im Rahmen der eigenen Wohnungssuche haben Familien Wohnungen an der Schmitttestrasse und am Dorfbach gemietet. Die Mieten liegen innerhalb der Richtlinien der Fürsorgebehörde.

FRAGE 3:

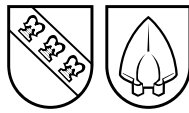
- Phase 1: in einfachen Notunterkünften der Stadt
- Phase 2: eigene Wohnung, Kosten gemäss Richtlinien der Fürsorgebehörde
- 2 Personenhaushalt maximal Fr. 1'350.-
- 5 Personenhaushalt maximal Fr. 1'950.-

FRAGE 4:

- Die Mietkosten pro Person/Monat betragen Fr. 336.- (Weisslingen Fr. 430.-, Fehraltorf Fr. 220.-)

Der Ratspräsident fragt den Rat in Anwendung von Art. 77 Abs. 5 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung an, ob zu den Ausführungen die Diskussion gewünscht wird. Nachdem das Plenum an dieser Stelle keine Anstalten macht, das Wort weiter zu begehren, erteilt er dem Interpellanten das ihm zustehende Schlusswort.

Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP, dankt für die ausführliche Darlegung der stadträtlichen Antworten.



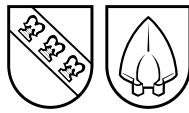
PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Wie Art. 77 unter Abs. 5 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt demnach der Pendenzenliste. Inwiefern sich Interpellant und Stadtrat über die im Schlussvotum angezweifelten Thesen und Darlegungen verständigen, ist Sache dieser Parteien. Im Übrigen kann diese Protokollierung konsultiert werden.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Soziales
- Ratssekretariat (Geschäftsakten)



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

7. GESCHÄFT-NR. 068/15

Interpellation Michèle Vögeli, JLIE, und Mitunterzeichnende, betreffend Unterbringung von Flüchtlingen in Illnau-Effretikon – Begründung

Gemeinderätin Michèle Vögeli, JLIE, und Mitunterzeichnende, reichen mit dem Schreiben vom 16. November 2015 folgenden Vorstoss ein:

Die aktuellen Flüchtlingsströme in Richtung Europa sind in aller Munde. Täglich erreichen uns Neuigkeiten, die bewegen und zum Nachdenken anregen. Beinahe alle haben eine – meist dezidierte – Meinung zur Asylpolitik. Auch die Jungliberalen lässt das Schicksal der Flüchtlinge nicht kalt. Gleichzeitig stellt sich uns unter anderem die ganz praktische Frage, wo Flüchtlinge in Illnau-Effretikon untergebracht werden. In diesem Zusammenhang wurde den Jungliberalen zugetragen, dass die Stadt Flüchtlinge u.a. in Neubauwohnungen einquartiere. Sollte dies zutreffen, sind wir sehr erstaunt, welch hohen Standard sich die Stadt Illnau-Effretikon bei Flüchtlingswohnungen leistet und welche Mietzinsen sie bezahlt. Dies ist auch unter dem Gesichtspunkt einer angespannten Finanzlage u.a. infolge kontinuierlich steigender Sozialkosten irritierend. Nach unseren Informationen ist die Unterbringung von Flüchtlingen in Neubauwohnungen in anderen Gemeinden nicht üblich. Wir erachten dies auch nicht als angemessen. Zudem gibt es in der Stadt zahlreiche ältere Bauten mit Wohnungen zu tieferen Preisen.

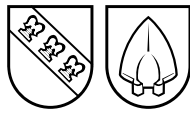
Die Jungliberalen Illnau-Effretikon bitten den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wo werden Flüchtlinge in der Stadt Illnau-Effretikon untergebracht?
2. Trifft es zu, dass die Stadt Flüchtlinge oder andere Empfänger staatlicher Unterstützungsleistungen in Neubauwohnungen (z.B. Station Illnau, Dorfbach Illnau) unterbringt?
3. Was für einen Standard bei der Unterbringung von Flüchtlingen erachtet der Stadtrat als angemessen?
4. Welche Mietkosten fallen der Stadt aktuell für die Unterbringung von Flüchtlingen an? Wo stehen die durchschnittlichen Mietkosten im Vergleich zur Unterbringung von Flüchtlingen in umliegenden Gemeinden (z.B. Fehraltorf, Lindau, Weisslingen)?

Urheber: Gemeinderätin Michèle Vögeli, JLIE

Mitunterzeichnende: Gemeinderätin Raffaella Piatti, JLIE
Gemeinderat Peter Stiefel, FDP
Gemeinderat Michael Käppeli, FDP
Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP
Gemeinderätin Katharina Morf, FDP

Eingang Ratsbüro: 16. November 2015



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Interpellation taxiert. Eine Überprüfung des Ratsbüros ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Interpellationen gemäss Art. 75 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates GeschO GGR gestellt werden, einzuhalten vermag.

BEHANDLUNG IM PLENUM

Gemeinderätin Michèle Vögeli, JLIE, begründet - auch namens der Mitunterzeichnenden - im Sinne von Art. 77 Abs. 1 GeschO GGR den eingereichten Vorstoss, wobei die Rednerin ihr Referat mehrheitlich auf Basis des zu Grunde liegenden Interpellationstextes aufbaut. Neue bzw. weitere Fakten, die aus dem Text nicht hervorgehen, ergeben sich keine.

Der Ratspräsident erkundigt sich in Anwendung von Art. 77 Abs. 2 GeschO GGR beim Stadtrat nach der gewünschten Beantwortungsmodalität.

Namens des Ressorts Soziales gibt *Stadtrat Samuel Wüst, SP*, bekannt, wonach er die gestellten Fragen zufolge der Aktualität der Thematik sogleich mündlich zu beantworten wünscht.

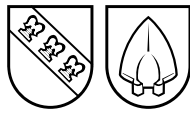
Der Ratspräsident erteilt das Wort Stadtrat Wüst, dessen Votum sich an die Antworten der bereits anlässlich des vorgängigen Traktandums geäusserten Darlegungen anschliesst. Auf die Repetition dieser Erläuterungen wird an dieser Stelle verzichtet.

Der Ratspräsident fragt das Plenum an, ob die Diskussion gewünscht wird.

Der Bedarf für eine Diskussion scheint angezeigt, was in der laut Art. 77 Abs. 5 GeschO GGR durchzuführenden Abstimmung grossmehrheitlich bestätigt wird.

Gemeinderat Fabian Molina, SP, macht auf die weltpolitische Situation und die Tragik der derzeit herrschenden Zustände an den europäischen Grenzen aufmerksam. Er prangert dabei die absendende Partei des zu Grunde liegenden Vorstosses an; liberale Kräfte würden nun ihre Unbarmherzigkeit zeigen. Fabian Molina vertraut auf den Stadtrat Illnau-Effretikon, dass er sich ethisch korrekt verhalte. Man möge der Situation mit Grosszügigkeit begegnen.

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, erachtet den Vorstoss als vertretbar und der darin nachgefragte Inhalt als zulässig, ohne dass man dafür gleich als Rassist in die rechte Ecke gestellt werden müsse.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Die Schweiz habe bewiesen, wonach sie fähig sei, Integration zu leben; Hans-Jürg Gehri lebt diese Haltung auch in der Betriebskultur seiner eigenen Firma vor.

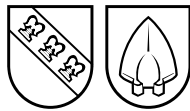
Das Mitteilungsbedürfnis der Ratsmitglieder scheint sich erschöpft zu haben, sodass *der Ratspräsident* dem Urheber des Vorstosses die Möglichkeit der Darlegung der ihm gemäss Art. 77 Abs. 5 GeschO GGR zustehenden persönlichen Schlusserklärung einräumt.

Vorstossurheberin Michèle Vögeli, JLIE, mag nicht auf die von Fabian Molina transportierte Symbolproblematik und das Parteiengeplänkel eingehen. Die Tragik des Schicksals grosser Teile der Erdbevölkerung sei omnipräsent und allseits bekannt; es sei vermessen, dies in Abrede zu stellen. Die stadträtliche Antwort befriedige sie indessen nicht, vermittele das Gebaren der Abteilung Soziales doch ein spezielles Bild, wenn die Stadt dazu übergehe, Flüchtlinge in Neubauten unterzubringen.

Wie Art. 77 unter Abs. 5 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt demnach der Pendenzenliste.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Soziales
- Ratssekretariat (Geschäftsakten)



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

8. GESCHÄFT-NR. 050/11

Postulat Samuel Wüst, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Gemeindebibliothek Illnau – Beantwortung

ANTRAG DES STADTRATES

In Beantwortung bzw. zur Erledigung des vorstehenden Postulates unterbreitet der Stadtrat mit Protokollauszug vom 19. November 2015 einen Antrag um Abschreibung bzw. Erledigung des Vorstosses.

An dieser Stelle sei zum detaillierten Nachvollzug des Geschäftes auf die entsprechenden Geschäftsakten und die zugehörige Protokollierung im substantiellen Textteil der Protokolle des Grossen Gemeinderates verwiesen.

| <u>Geschäft-Nr.</u> | <u>Eingang</u> | <u>Bezeichnung des Geschäftes</u> | <u>Ratsdebatte GGR</u> | <u>Protokollierung S.</u> |
|---------------------|----------------|---|--|---------------------------|
| 050/11 | 15.09.2011 | Postulat Samuel Wüst, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Gemeindebibliothek Illnau | 06.10.11 08.11.12 19.12.13 29.01.15 | 0655 1229 1725 |

DER GROSSE GEMEINDERAT

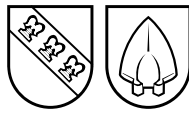
- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 18 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Von der Antwort des Stadtrates zum Postulat des ehemaligen Gemeinderats Samuel Wüst, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Gemeindebibliothek Illnau wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - b. Stadtrat Ressort Jugend und Sport
 - c. Abteilung Hochbau
 - d. Abteilung Jugend und Sport
 - e. Abteilung Präsidiales, dreifach

Da der ursprüngliche Verfasser, damaliger Gemeinderat Samuel Wüst, zwischenzeitlich Mitglied des Stadtrates ist, erteilt Ratspräsident Eichenberger Gemeinderat David Gavin fraktionsvertretend das Wort zu einer Stellungnahme.

Gemeinderat David Gavin, SP, sieht die Voraussetzungen zur Erledigung dieses Postulates mitnichten erfüllt; der Grosse Gemeinderat habe anlässlich dreier Gelegenheiten die geforderten Massnahmen zur Optimierung des Bibliothekenstandortes in Illnau bekräftigt – der Stadtrat sich derweil immer noch nicht fähig sieht, Lösungen zu präsentieren, die dem Postulatswillen entsprechen. Das Postulat soll demnach aufrechterhalten bleiben. David Gavin ersucht den Vorstoss nicht abzuschreiben.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

Der Ratspräsident erteilt das Wort weiteren Votanten.

Gemeinderat Erik Schmausser, GLP, dankt namens der angeschlossenen Fraktion, wonach sich der Stadtrat zum Erhalt der Bibliothek in Illnau entschieden habe – wenn diese auch in den bisherigen Räumlichkeiten verbleibe. Die Bedeutsamkeit dieses Treffpunktes sei für die Bevölkerung von Illnau von nicht zu unterschätzendem Wert. „Lieber eine kleine Bibliothek als gar keine“.

Unter den gegebenen Umständen ersucht Gemeinderat Schmausser das Postulat als erledigt abzuschreiben. Die Situation möge aber zu einem späteren Zeitpunkt – sobald die rechtliche Situation um den Dorfplatz dereinst geklärt sei – einer Neubeurteilung zugeführt werden.

Weder Mitglieder des Stadtrates noch weitere Ratsmitglieder wünschen zur Sache das Wort zu ergreifen, weshalb *der Ratspräsident* den Abstimmungsvorgang einleitet.

ABSTIMMUNG

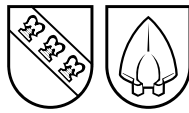
DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 18 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Von der Antwort des Stadtrats zum Postulat des ehemaligen Gemeinderats Samuel Wüst, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Gemeindebibliothek Illnau wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - b. Stadtrat Ressort Jugend und Sport
 - c. Abteilung Hochbau
 - d. Abteilung Jugend und Sport
 - e. Abteilung Präsidiales, dreifach

Obgenannter Beschluss kam mit einem grossmehrheitlichen Stimmenverhältnis zu Stande.



PROTOKOLL

Sitzung vom 17. Dezember 2015

9. GESCHÄFT-NR. 053/15

Interpellation Erik Schmausser, GLP, und Mitunterzeichnende, betreffend nachhaltige Beschaffung – Beantwortung

Eingang der Interpellation:

3. September 2015

Mündliche Begründung im Rat durch den Interpellanten

1. Oktober 2015

Antwort des Stadtrates

19. November 2015

Der Stadtrat übermittelt mit Beschluss-Nr. 225/15 vom 19. November 2015 die Antwort auf die vorstehende Interpellation. Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Interpellationsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

Der Ratspräsident fragt das Plenum an, ob die Diskussion gewünscht wird.

Der Ratspräsident fragt das Plenum an, ob die Diskussion gewünscht wird. Der Rat erwidert auf diese Frage keine bejahende Antwort, sodass der Vorsitzende dem Interpellanten das Wort zur ihm laut Art. 77 Abs. 5 GeschO GGR zustehenden Schlusserklärung erteilt.

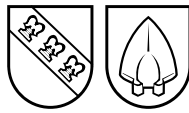
Interpellant Erik Schmausser, GLP, zeigt sich anlässlich seiner Schlusserklärung nicht vollständig von der stadträtlichen Antwort befriedigt. Der Stadtrat habe die Möglichkeit verpasst, an konkreten Beispielen aufzuzeigen, welcher Beschaffungspraxis er sich puncto Nachhaltigkeit bediene. Die Interpellationsantwort hätte dazu ideale Gelegenheiten geboten; derweil der Stadtrat in seinen Ausführungen eher lau und flüchtig bleibe. Gemeinderat Schmausser kann sich des Eindruckes nicht erwehren, wonach der Stadtrat die Anliegen des Umweltschutzes und der sozialen Verträglichkeit nur halbherzig berücksichtige. Wie möge man sich sonst erklären, wonach die Stadt die jüngste Publikation einer Broschüre auf Papier drucke, welches nicht den klimaneutralen Normen entspreche?

Gemeinderat Schmausser hofft auf die Bereitschaft des Stadtrates, sich mit dieser Thematik noch etwas ernsthafter auseinanderzusetzen.

Wie Art. 77 unter Abs. 5 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt demnach der Pendenzenliste.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Präsidiales
- Ratssekretariat (Geschäftsakten)



PROTOKOLL
Sitzung vom 17. Dezember 2015

Ende der Sitzung: 23:30 Uhr

Für richtiges Protokoll

Marco Steiner
Ratssekretär

UNTERSCHRIFTEN

Präsidium

Stefan Eichenberger
Ratspräsident

Stimmzähler

Hans Zimmermann
Stimmzähler

Markus Hürzeler
Stimmzähler

Daniël Nufer
Stimmzähler



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 17. Dezember 2015

Gesch. Nr. SR: 156 / GGR: 055/15

04.03.20 Bauplanung; Kommunale Planung

Gesamtrevision Ortsplanung / Kreditbewilligung / Bestellung Ortsplanungskommission

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 3 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Für die Gesamtrevision der Ortsplanung der Stadt Illnau-Effretikon inklusive des Gebiets der jetzigen Gemeinde Kyburg, wird ein Kredit von Fr. 400'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 400.5810.61 Gesamtrevision Ortsplanung, bewilligt.
2. Für die Begleitung der Planungsarbeiten wird eine Ortsplanungskommission, bestehend aus 13 Mitgliedern bestellt. Ihr gehören an:

| | |
|--|---------------|
| - Abordnung des Grossen Gemeinderates | 5 Mitglieder |
| - Mitglieder der Stadtentwicklungskommission | 8 Mitglieder |
| - Total | 13 Mitglieder |
3. Der Grosse Gemeinderat wird eingeladen, seine Abordnung zu bezeichnen.
4. Ziffer 1 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.
5. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Stadtrat, zweifach
 - b. Stadtentwicklungskommission
 - c. Abteilung Finanzen
 - d. Abteilung Hochbau
 - ✓ e. Abteilung Präsidiales, dreifach

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon

Stefan Eichenberger
Ratspräsident

Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 18.12.2015



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 17. Dezember 2015

Gesch. Nr. 058/15

10.07 Finanzen; Voranschläge (Archiv Abt. IIIA. + B.)

Genehmigung des Voranschlages 2016 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme des Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes (IAFP) 2017/21

DER GROSSE GEMEINDERAT

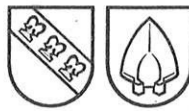
- gestützt auf den Antrag des Stadtrates (SRB-Nr. 171 vom 1. Oktober 2015)
und in Kenntnis des Abschiedes der Rechnungsprüfungskommission vom 30. November 2015
sowie in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag 2016 wird gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 1. Oktober 2015 wie folgt verändert:

1.1 LAUFENDE RECHNUNG

| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | NEUER BETRAG | KÜRZUNG |
|------------------------------|---|-----------------|----------------------|
| 163.3010.10 | Pauschalbetrag für Saläranspassungen (inkl. Sozialleistungen) | Fr. 60'000.- | Fr. 45'000.- |
| 208.3310.00 | Ordentliche Abschreibungen Verwaltungsvermögen | Fr. 7'826'000.- | Fr. 15'000.- |
| 400.3650.00 | Heimatschutz/Denkmalpflege | Fr. 22'500.- | Fr. 40'000.- |
| 420.3114.00 | Anschaffung Mobilien | Fr. 58'000.- | Fr. 70'000.- |
| 420.3140.70 | Baulicher Unterhalt AZB | Fr. 175'000.- | Fr. 80'000.- |
| 635.3662.00 | Beiträge für Kleinkinderbetreuung | Fr. 410'000.- | Fr. 140'000.- |
| 816.3114.00 | Anschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen | Fr. 25'000.- | Fr. 55'000.- |
| KONTO-NR. | BEZEICHNUNG | NEUER BETRAG | AUFSTOCKUNG |
| 210.3800.04 | Einlage in Vorfinanzierung Erweiterung Schulanlage Hagen, Illnau | Fr. 1'000'000.- | Fr. 200'000.- |
| Total Veränderung | | | Fr. 245'000.- |



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 17. Dezember 2015

1.2 INVESTITIONSRECHNUNG

| <u>KONTO-NR.</u> | <u>BEZEICHNUNG</u> | <u>NEUER BETRAG</u> | <u>KÜRZUNG</u> |
|------------------|--------------------------------------|---------------------|----------------------|
| 420.5060.10 | Stadthaus Gebäudesteuerung Technik | Fr. 0.– | Fr. 50'000.– |
| 910.5031.20 | Erweiterung Kindertagesstätte (KiTa) | Fr. 0.– | Fr. 50'000.– |
| | | Total | Fr. 100'000.– |
| | | Veränderung | |

2.1 Unter Berücksichtigung der unter Ziffer 1 dieses Beschlusses genannten Veränderungen ergeht somit der Voranschlag 2016. Die Aufwendungen und Erträge in der Laufenden Rechnung sowie die Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens weisen folgende Zahlen aus:

| | | | |
|--|-----------|-----|-------------|
| - Laufende Rechnung | Aufwand | Fr. | 110'333'750 |
| | Ertrag | Fr. | 110'733'450 |
| - Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen | Ausgaben | Fr. | 13'220'000 |
| | Einnahmen | Fr. | 883'300 |
| - Investitionsrechnung Finanzvermögen | Ausgaben | Fr. | 0 |
| | Einnahmen | Fr. | 1'050'000 |

2.2 Der Voranschlag 2016 gemäss Ziffer 2.1 wird genehmigt.

3. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2016 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

4. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 399'700.– wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.

5. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.

6. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2017-2021 wird Kenntnis genommen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 17. Dezember 2015

7. Mitteilung durch Protokollauszug an:
- a. Stadtrat, zweifach
 - b. Abteilung Finanzen, dreifach
 - c. Rechnungsprüfungskommission
 - d. sämtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates
und die abonnierten Empfänger/innen der Geschäftsunterlagen / via Newsletter
 - e. sämtliche Ressortvorstehende des Stadtrates
 - f. sämtliche Abteilungsleitungen der Stadtverwaltung
 - ✓g. das Ratssekretariat, dreifach

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon

Stefan Eichenberger
Präsident Grosser Gemeinderat

Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 18.12.2015

ms



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 17. Dezember 2015

Gesch. Nr. SR: 221 / GGR: 050/11

43.04.46 Jugend und Sport - Projekte/Konzepte

Beantwortung und Antrag auf Abschreibung des Postulats von Gemeinderat Samuel Wüst, SP, und Mitunterzeichnende betreffend Gemeindebibliothek Illnau

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 18 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Von der Antwort des Stadtrats zum Postulat des ehemaligen Gemeinderats Samuel Wüst, SP, und Mitunterzeichnende, betreffend Gemeindebibliothek Illnau wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - b. Stadtrat Ressort Jugend und Sport
 - c. Abteilung Hochbau
 - d. Abteilung Jugend und Sport
 - e. Abteilung Präsidiales, dreifach

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon

Stefan Eichenberger
Ratspräsident

Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 18.12.2015

Projektions-Präsentation zu

Traktandum 5

**Antrag des Stadtrates zur Genehmigung des
Voranschlages 2016 mit Festsetzung des Steuerfusses
sowie Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und
Finanzplan (IAFP) 2017/21**

Referat Stadtrat Philipp Wespi



Stadt Illnau-Effretikon

VORANSCHLAG 2016 IAFP 2017/2021

Präsentation GGR Illnau-Effretikon
Donnerstag, 17. Dezember 2015



Stadthaus
Postfach
Märtplatz 29
8307 Effretikon

Telefon 052 354 24 24
Fax 052 354 23 23
info@ilef.ch
www.ilef.ch

VORANSCHLAG 2016 / IAFP 17-21



Stadt Illnau-Effretikon

INHALT

- Voranschlag 2016
- Investitionsrechnung 2016
- Entwicklungen / Aufgaben- und Finanzplan 2017-2021



VORANSCHLAG 2016



ZUSAMMENFASSUNG

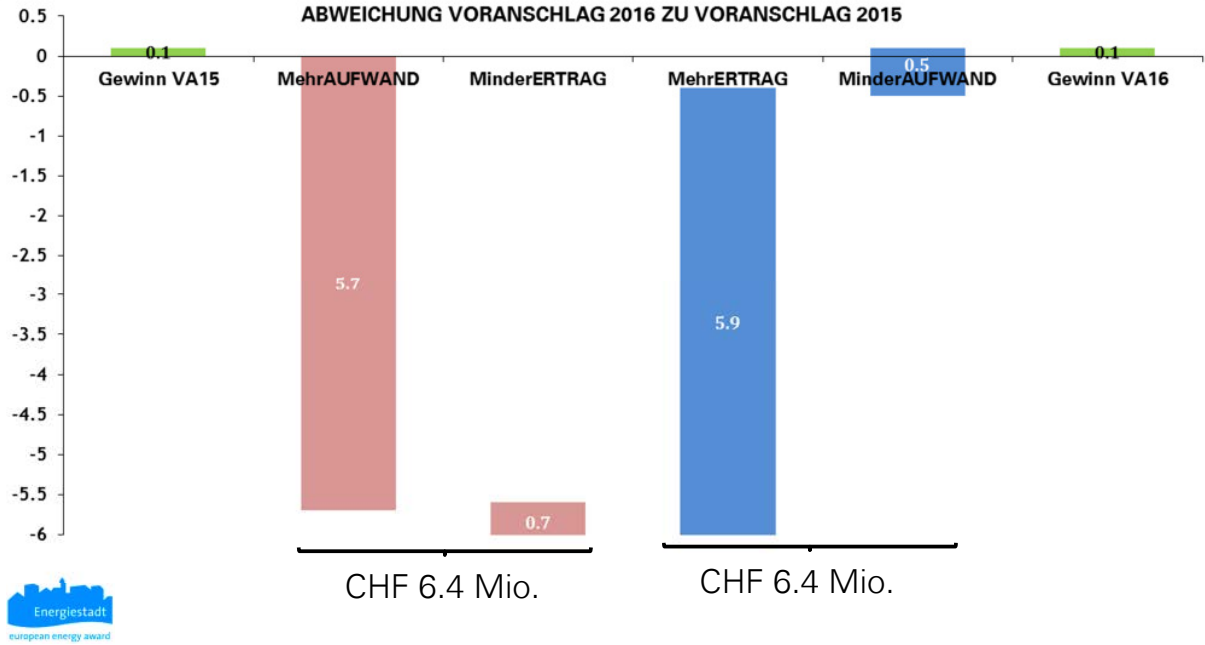
Zahlen in CHF/Mio.

| | V2016 | V2015 | ABW. ZU VA15 |
|----------------------------------|--------|--------|-----------------|
| Ressourcenausgleich | 19.0 | 19.9 | -0.9 |
| Ertragsüberschuss (+) | +0.155 | +0.114 | +0.041 |
| Einlage Vorfinanzierung | 0.8 | - | +0.8 |
| Abschreibungen ord. (ohne SF) | 6.9 | 6.9 | - |
| Abschreibungen zus. (ohne SF) | 0.7 | - | +0.7 |
| Investitionen VV (netto ohne SF) | 7.7 | 6.1 | +1.6 |
| Cashflow = Selbstfinanzierung | 8.5 | 7.0 | +1.5 |
| Selbstfinanzierungsgrad (in %) | 110% | 116% | -6% |



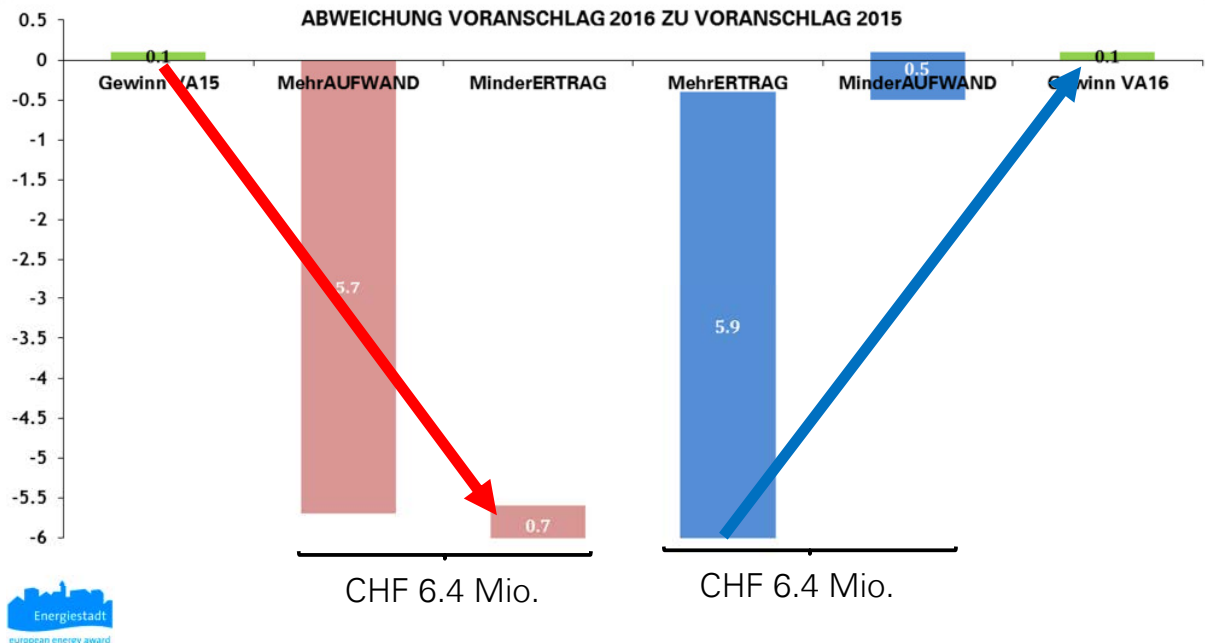
ÜBERSICHT ABWEICHUNGEN ZUM VA15

Zahlen in CHF/Mio.



ÜBERSICHT ABWEICHUNGEN ZUM VA15

Zahlen in CHF/Mio.





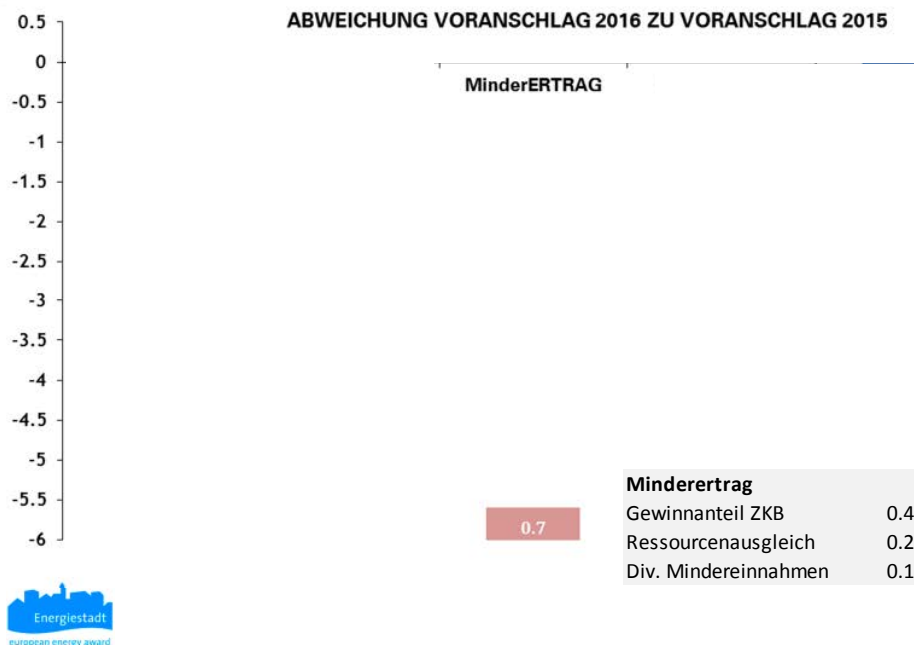
ÜBERSICHT ABWEICHUNGEN ZUM VA15

Zahlen in CHF/Mio.



ÜBERSICHT ABWEICHUNGEN ZUM VA15

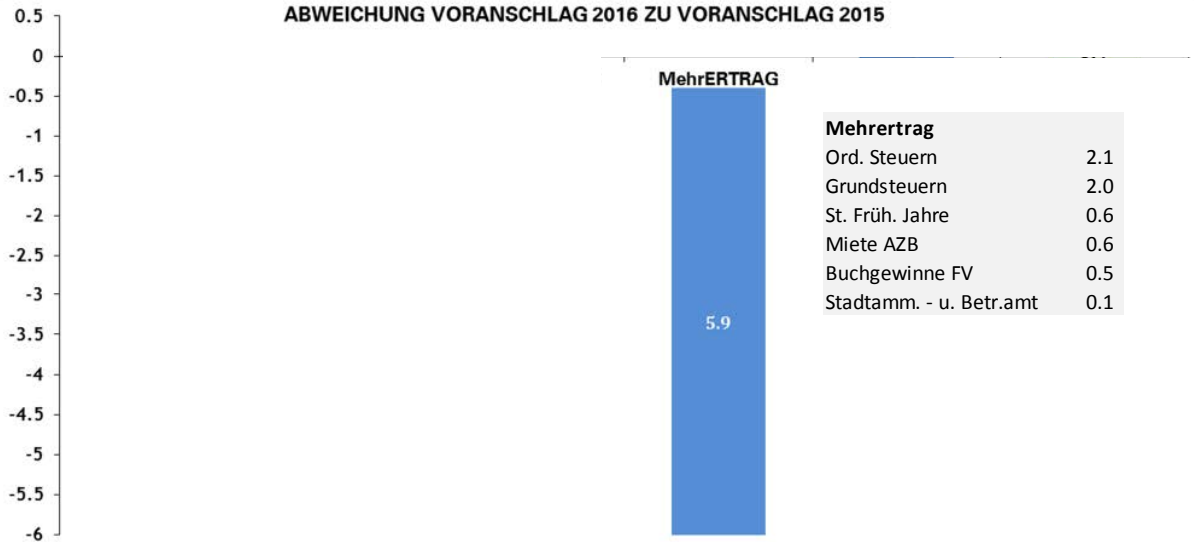
Zahlen in CHF/Mio.





ÜBERSICHT ABWEICHUNGEN ZUM VA15

Zahlen in CHF/Mio.



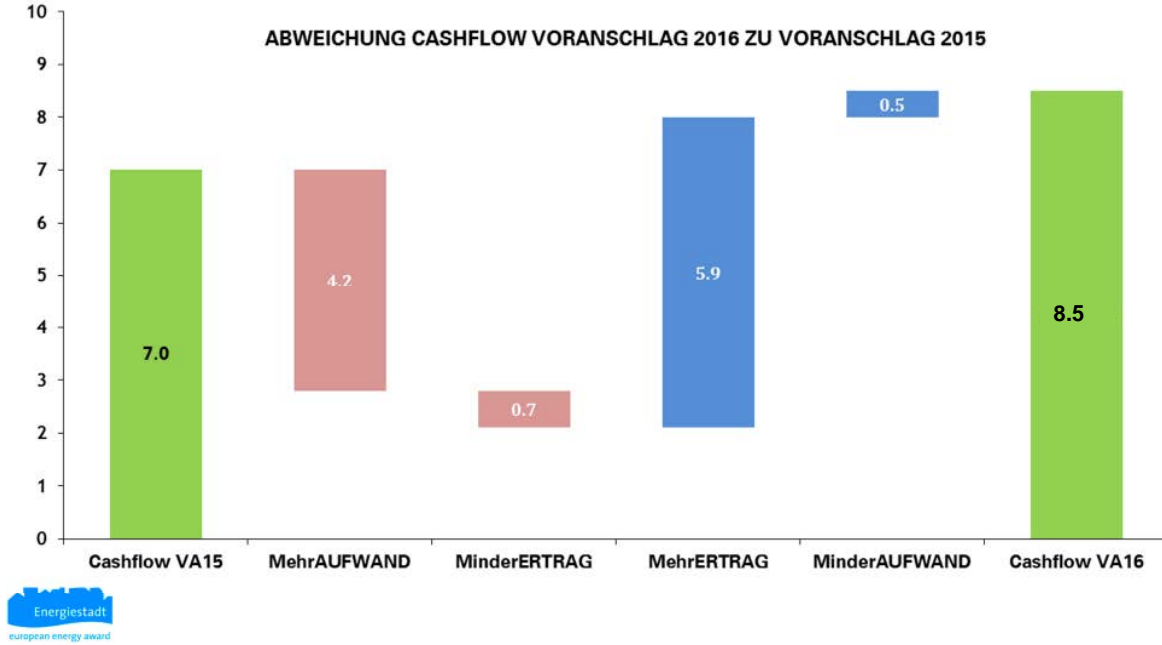
ÜBERSICHT ABWEICHUNGEN ZUM VA15

Zahlen in CHF/Mio.



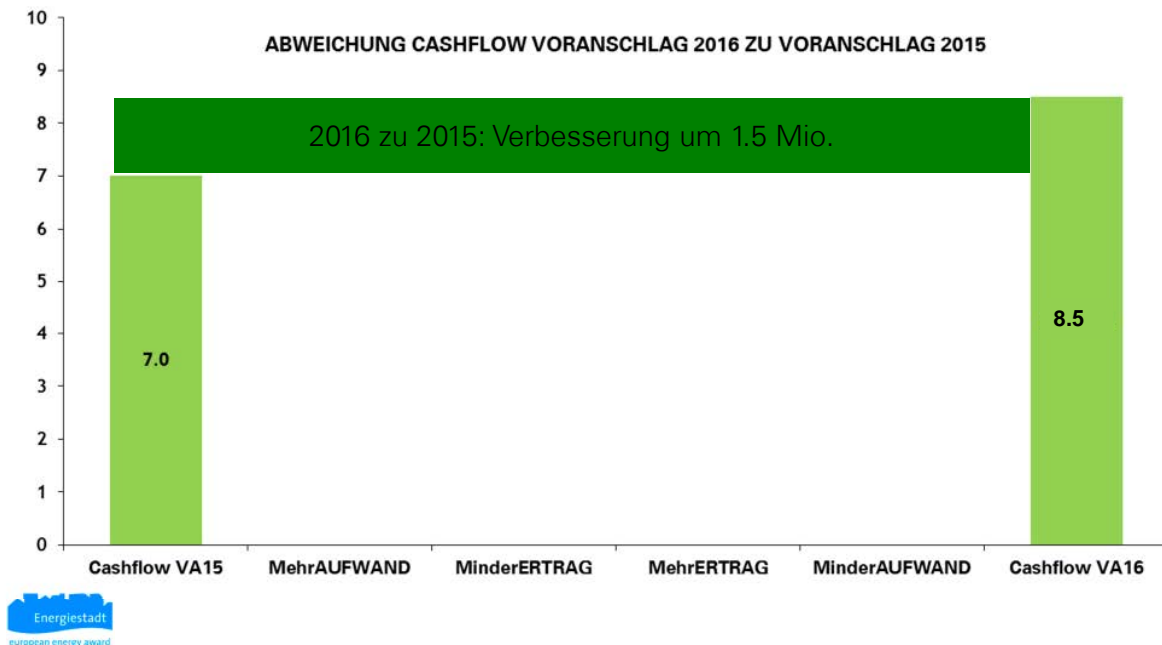
ÜBERSICHT ABWEICHUNGEN ZUM VA15

Zahlen in CHF/Mio.



ÜBERSICHT ABWEICHUNGEN ZUM VA15

Zahlen in CHF/Mio.



Auswirkung Integration Kyburg

Im Voranschlag enthalten:

- Total wiederkehrende, **steuerfinanzierte** Nettoerträge
ca. Fr. 188'000
- Total wiederkehrende, **gebührenfinanzierte** Nettoerträge
ca. Fr. 25'000

=> **Szenario** Auswirkung Anschluss Kyburg (=budgetneutral) **bestätigt**



INVESTITIONSRECHNUNG



ZUSAMMENFASSUNG

Zahlen in CHF/Mio.

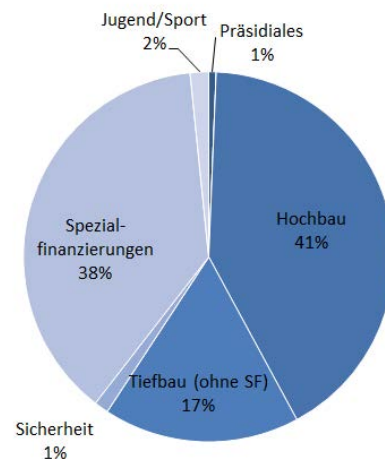
| Investitionen: | V2016 | V2015 |
|---|--------------|--------------|
| Verwaltungsvermögen Politisches Gut | 7.7 | 6.0 |
| Verwaltungsvermögen Spezialfinanzierungen | 4.7 | 1.7 |
| Finanzvermögen | -1.0 | -1.5 |
| Total Investitionen | 11.4 | 6.2 |
| Selbstfinanzierung (= Cashflow) | 8.5 | 7.0 |
| Selbstfinanzierung in % | 110% | 116% |



WICHTIGSTE INVESTITIONEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

Zahlen in CHF/Mio.

| | |
|---|-----|
| Schulraumerweiterung Schulhaus Hagen | 3.3 |
| Versickerungsbecken Schoren (ehem. Nauen) | 1.5 |
| Div. Hauszuleitungen/Wasserleitungen etc. | 0.5 |
| Div. Sanierungen Strassennetz | 0.5 |
| Renovation Schulhaus Watt, Effretikon | 0.4 |
| Div. Kanalisationen | 0.4 |



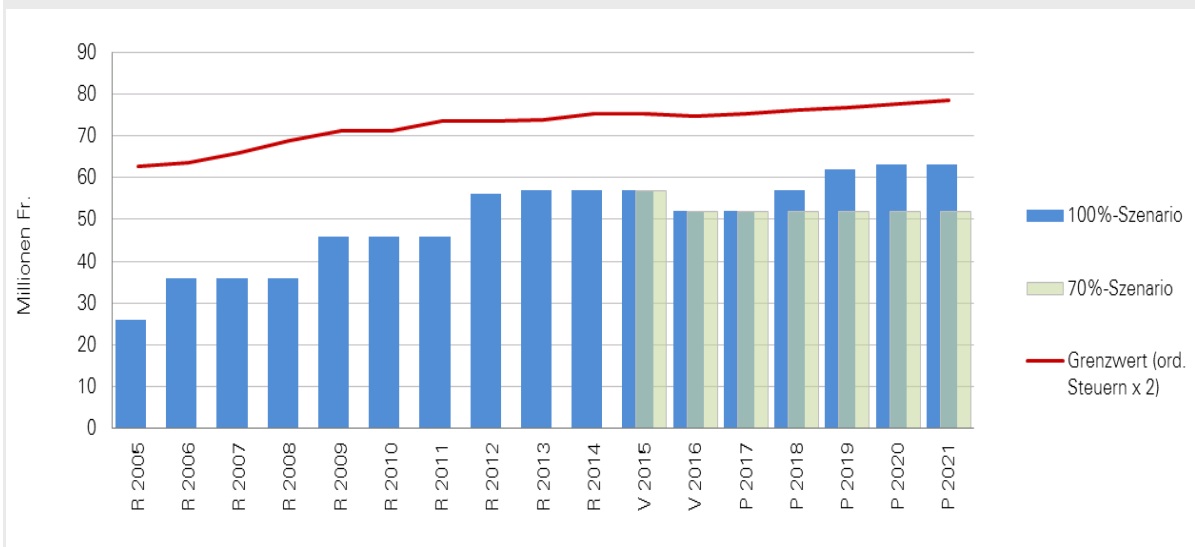


ENTWICKLUNGEN / IAFP 17 - 21



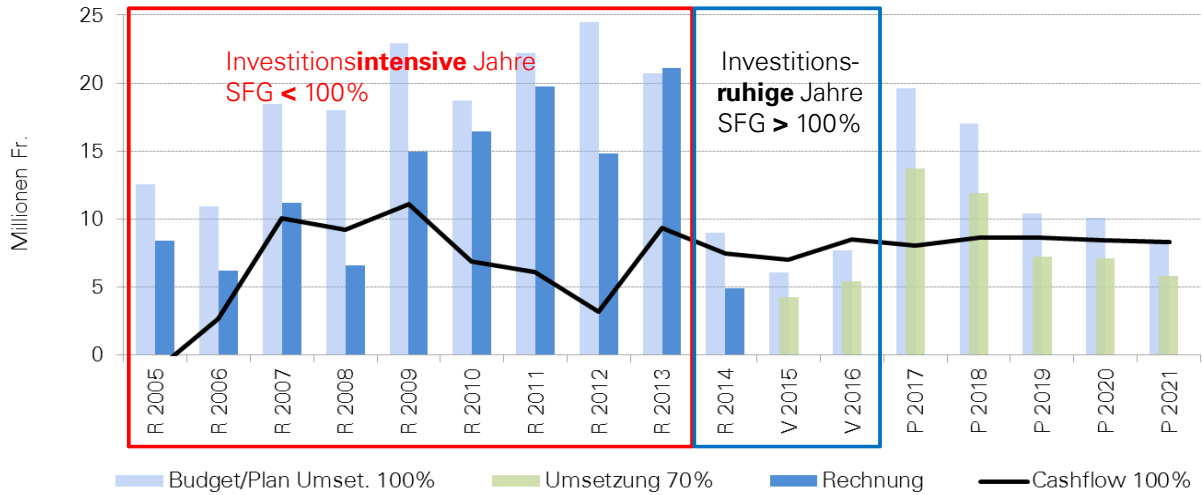
ENTWICKLUNG LANGFRISTIGE SCHULDEN

Zahlen in CHF/Mio.



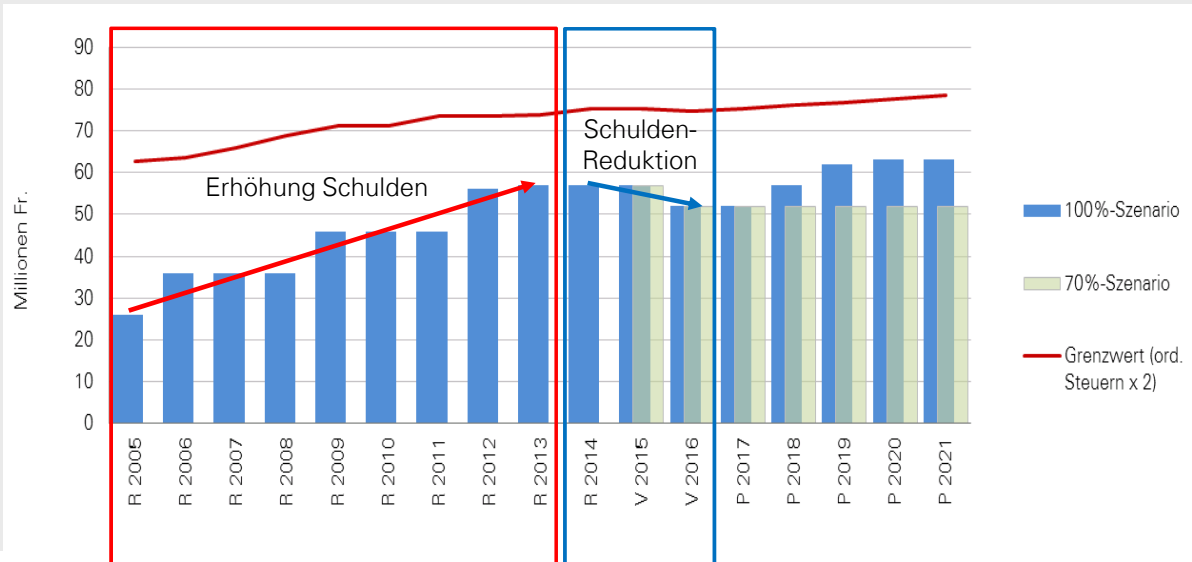
ENTWICKLUNG NETTOINVESTITIONEN UND CASHFLOW (OHNE SF)

Zahlen in CHF/Mio.



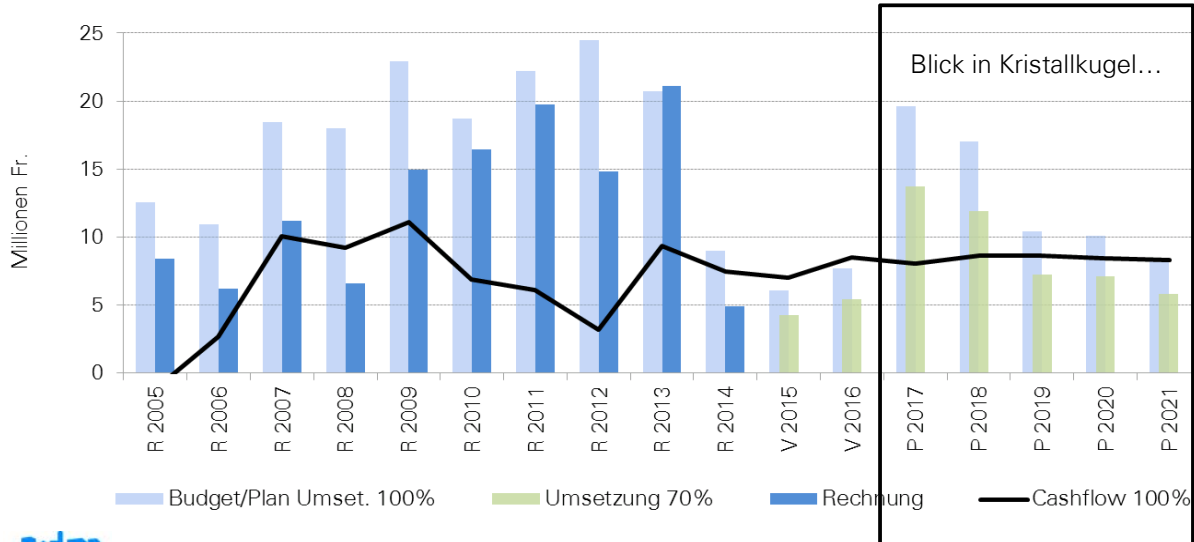
ENTWICKLUNG LANGFRISTIGE SCHULDEN

Zahlen in CHF/Mio.



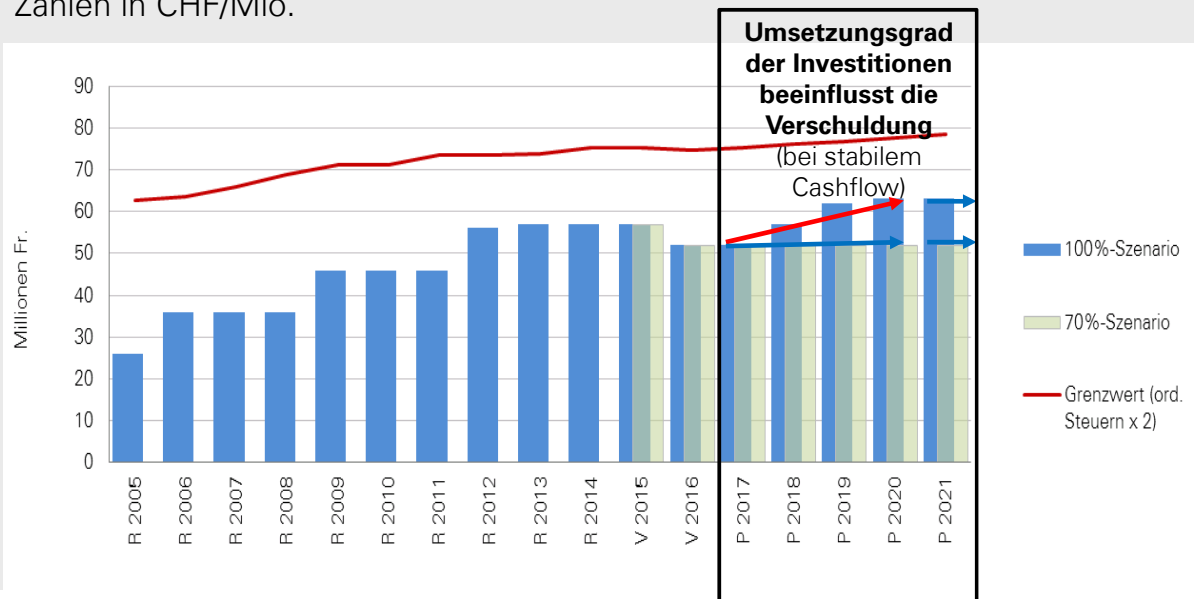
ENTWICKLUNG NETTOINVESTITIONEN UND CASHFLOW (OHNE SF)

Zahlen in CHF/Mio.



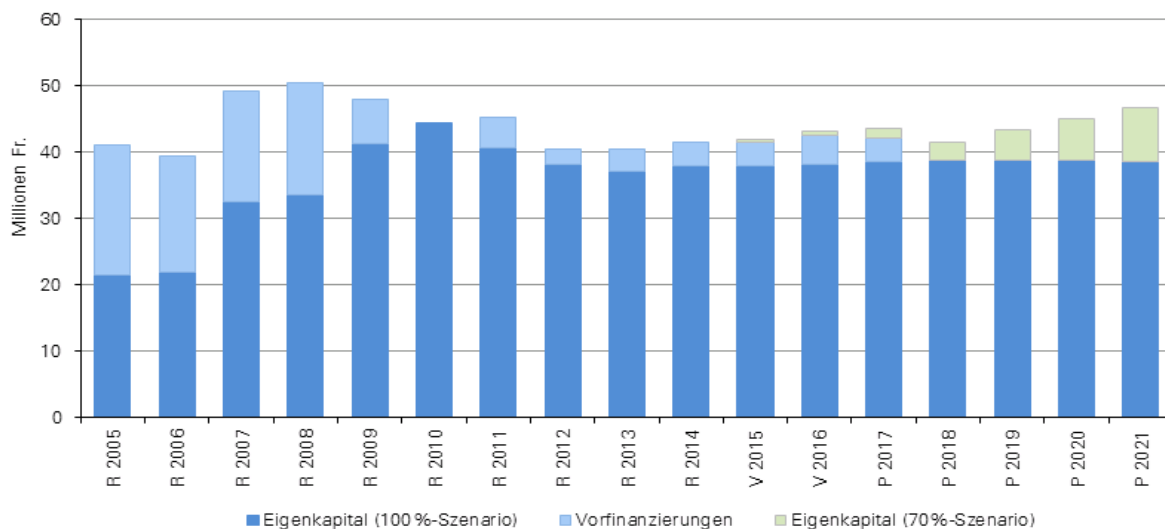
ENTWICKLUNG LANGFRISTIGE SCHULDEN

Zahlen in CHF/Mio.



EIGENKAPITALENTWICKLUNG

Zahlen in CHF/Mio.



ZUSAMMENFASSUNG VORANSCHLAG 2016

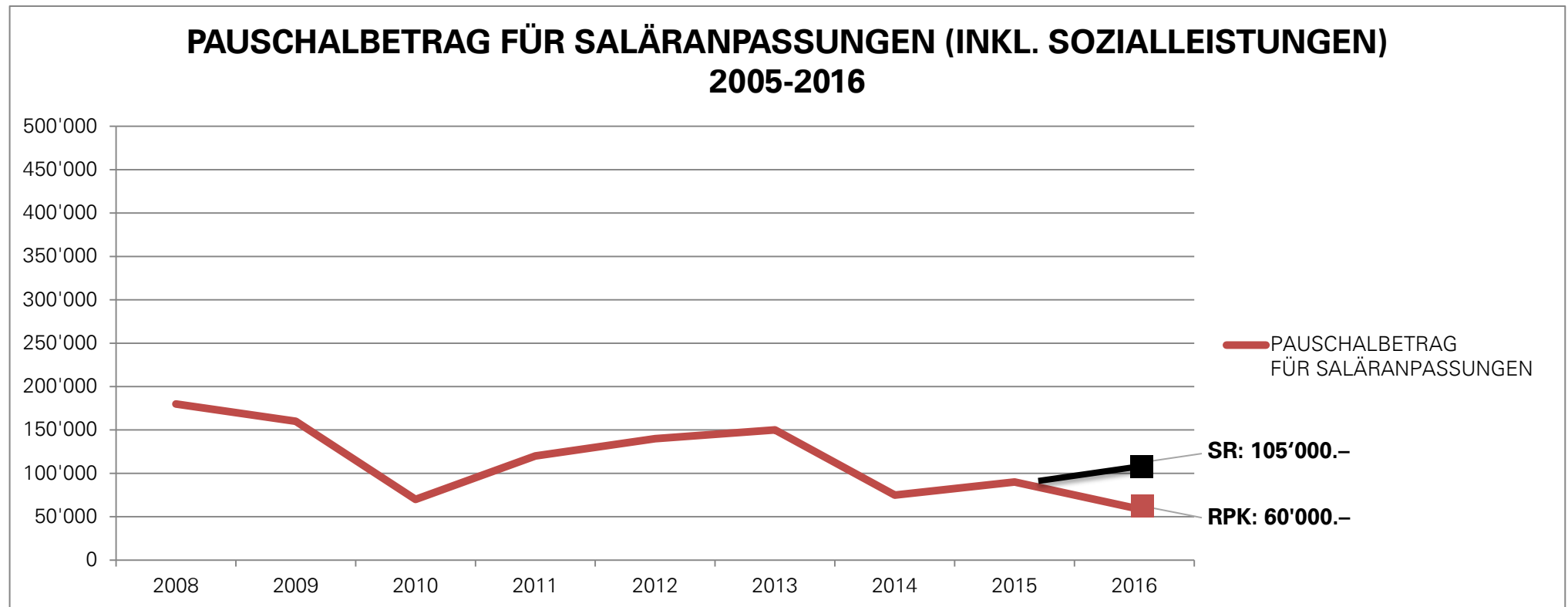
- Div. (v.a. gebundene) Mehraufwände können durch (z.T. ausserordentliche) Mehreinnahmen (Steuern) überkompensiert werden (Bildung VF Hagen 0.8 Mio).
- SPARPAKET2017: Zahlen vollumfänglich eingeflossen (IAFP) -> Umsetzung weiterhin notwendig.
- Cashflow mit 8.5 Mio. innerhalb Zielband (7 – 10 Mio.).
- Investitionsruhiges Jahr: Selbstfinanzierungsgrad > 100% (110%).
- IAFP: Einnahmen müssen weiterhin wachsen, um gebundenes Ausgabenwachstum (Sozialhilfe, Zusatzleistungen, Pflegefinanzierung) kompensieren zu können. Falls Tendenz dreht, dann schnell Situation strukturelles Defizit.



Geschäft-Nr. 058/15

10.06 Finanzen; Jahresrechnungen, Inventare (Archiv Abt. IIIA. + B.)

Antrag des Stadtrates zur Genehmigung des Voranschlages 2016 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2017/21



Projektions-Präsentation zu

Traktandum 6

**Dringliche Interpellation Christian Hiltbrunner, SVP,
und Mitunterzeichnende, betreffend Änderung**

Aufnahmequote für Asylsuchende per 01.01.2016

Referat Stadtrat Samuel Wüst



Stadt Illnau-Effretikon

Asylsuchende und Flüchtlinge

17. Dezember 2015

SR Samuel Wüst



Stadthaus
Postfach
Märplatz 29
8307 Effretikon

Telefon 052 354 24 24
Fax 052 354 23 23
info@ilef.ch
www.ilef.ch

Sozialhilfe



Stadt Illnau-Effretikon

Antworten zu den Fragen der Interpellationen

- Ausgangslage
- Unterbringung der Flüchtlinge in Illnau-Effretikon
- Unterbringung bei nochmaliger Kontingenterhöhung
- Unmittelbare finanzielle Auswirkungen
- Schule
- Längerfristige Herausforderungen und Auswirkungen



Ausgangslage

- **Quote: neu 114 (bisher 81)** Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene per 1. Januar 2016
- per 17. Dezember 2015 betreut die Stadt 93 Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene
- 16 Personen kommen im Januar 2016
- bis Mitte Januar 2016 Quote sollte erfüllt sein
- weitere Entwicklung ungewiss. Zunahme im Frühjahr oder Sommer 2016 möglich



Unterbringung der Flüchtlinge in Illnau-Effretikon

- Phase 1: in einfachen Notunterkünften der Stadt
- Phase 2: eigene Wohnung
- Die Mietkosten pro Person/Monat betragen Fr. 336.- (Weisslingen Fr. 430.-, Fehraltorf Fr. 220.-)
- in Effretikon: Brandrietstrasse, Rappenstrasse, Märtplatz Rütlistrasse, Gartenstrasse, Weiherstrasse und im Moos
- in Illnau: Kempttalstrasse, Usterstrasse



Nochmalige Erhöhung des Kontingents

- Wohnungssuche für Asylsuchende ist extrem schwierig
- Abklärungen laufen für Zivilschutzanlagen, Baracken, Container



Unmittelbare finanzielle Auswirkungen

- Sozialhilfekosten werden während den ersten 10 Jahren von Bund und Kanton übernommen.
- Die Gemeinde trägt Personal- und Infrastrukturkosten.
- Nettoaufwand im Jahr 2016 wird höher sein.
- Nicht budgetiert



Schule

- Unter den neu zugewiesenen Personen befinden sich schätzungsweise 5 bis 6 schulpflichtige Kinder.
- Die Schule hat nach bisherigen Erfahrungen eher Probleme (zahlenmässig und inhaltlich) mit Kindern aus Familiennachzügen aufgrund des Ausländerrechts und der Bilateralen Verträge.
- Die Schulpflege wird eine Aufnahmeklasse eröffnen.



Längerfristige Herausforderungen

- **Integration** bei Kinder- und Jugendlichen verläuft dank vorbildlichem Bildungssystem gut bis sehr gut.
- Grösste Herausforderung ist die schlechte Arbeitsintegrationsquote von Flüchtlingen ab ca. 40 Jahre
- Nach 10 Jahren Aufenthalt in der Schweiz verfügen nur 50 bis 60 % über eine stabile Arbeit
→ steigende Sozialhilfekosten
- Bund, Kantone und Gemeinden haben das Problem erkannt. Überzeugende Konzepte und Ideen gibt es noch nicht.



Unterbringung der Flüchtlinge in Illnau-Effretikon



Unterbringung der Flüchtlinge in Illnau-Effretikon

Frage 1:

- in Effretikon: Brandrietstrasse, Rappenstrasse, Märtplatz Rütlistrassen, Gartenstrasse, Weiherstrasse und im Moos
- in Illnau: Kempttalstrasse, Usterstrasse



Unterbringung der Flüchtlinge in Illnau-Effretikon

Frage 2:

- Nein



Unterbringung der Flüchtlinge in Illnau-Effretikon

Frage 2:

- Nein, aber
- Im Rahmen der eigenen Wohnungssuche haben Familien Wohnungen an der Schmittestrasse und am Dorfbach gemietet. Die Mieten liegen innerhalb der Richtlinien der Fürsorgebehörde.



Unterbringung der Flüchtlinge in Illnau-Effretikon

Frage 3:

- Phase 1: in einfachen Notunterkünften der Stadt
- Phase 2: eigene Wohnung, Kosten gemäss Richtlinien der Fürsorgebehörde
- 2 Personenhaushalt maximal Fr. 1'350.-
- 5 Personenhaushalt maximal Fr. 1'950.-



Unterbringung der Flüchtlinge in Illnau-Effretikon

Frage 4:

- Die Mietkosten pro Person/Monat betragen Fr. 336.-
(Weisslingen Fr. 430.-, Fehraltorf Fr. 220.-)

